



# Rheinland-Pfalz


## Statistische Monatshefte

Statistik  
nutzen

06 | 2005



Statistisches Landesamt



## Fotonachweis

Titelfoto: Achim Steinhäuser.

Am 10. Juni hat der Staatsminister des Innern und für Sport, Karl Peter Bruch, den neuen Internetauftritt des Statistischen Landesamtes gestartet.

Autorenfotos: Manfred Riege, Fotostudio Jörg, Nassau.

## Inhalt

kurz + aktuell	<b>325</b>
Aktuelle Daten braucht das Land Der neue Internetauftritt des Statistischen Landesamtes	<b>330</b>
Private Haushalte – Struktur, Einnahmen, Ausgaben und Ausstattung	<b>337</b>
Privatisierung der amtlichen Statistik – oder eine Anstalt des öffentlichen Rechts?	<b>347</b>
Daten zur Konjunktur	<b>357</b>
Zahlenspiegel Rheinland-Pfalz	<b>379</b>
Neuerscheinungen	<b>389</b>

Herausgeber: Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz  
56128 Bad Ems  
Telefon: 02603 71-0, Telefax: 02603 71-3150  
E-Mail: [poststelle@statistik.rlp.de](mailto:poststelle@statistik.rlp.de)  
Internet: [www.statistik.rlp.de](http://www.statistik.rlp.de)  
Erscheinungsfolge: monatlich

Bestellnummer: Z 2201, ISSN: 0174-2914

© Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz · Bad Ems · 2005

Für nichtgewerbliche Zwecke sind Vervielfältigung und unentgeltliche Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet. Die Verbreitung, auch auszugsweise, über elektronische Systeme/Datenträger bedarf der vorherigen Zustimmung. Alle übrigen Rechte bleiben vorbehalten.

## Inhalt

kurz + aktuell	<b>325</b>
Aktuelle Daten braucht das Land Der neue Internetauftritt des Statistischen Landesamtes	<b>330</b>
Private Haushalte – Struktur, Einnahmen, Ausgaben und Ausstattung	<b>337</b>
Privatisierung der amtlichen Statistik – oder eine Anstalt des öffentlichen Rechts?	<b>347</b>
Daten zur Konjunktur	<b>357</b>
Zahlenspiegel Rheinland-Pfalz	<b>379</b>
Neuerscheinungen	<b>389</b>

Herausgeber: Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz  
56128 Bad Ems  
Telefon: 02603 71-0, Telefax: 02603 71-3150  
E-Mail: [poststelle@statistik.rlp.de](mailto:poststelle@statistik.rlp.de)  
Internet: [www.statistik.rlp.de](http://www.statistik.rlp.de)  
Erscheinungsfolge: monatlich

Bestellnummer: Z 2201, ISSN: 0174-2914

© Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz · Bad Ems · 2005

Für nichtgewerbliche Zwecke sind Vervielfältigung und unentgeltliche Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet. Die Verbreitung, auch auszugsweise, über elektronische Systeme/Datenträger bedarf der vorherigen Zustimmung. Alle übrigen Rechte bleiben vorbehalten.

## Zeichenerklärung

0	Zahl ungleich null, Betrag jedoch kleiner als die Hälfte von 1 in der letzten ausgewiesenen Stelle
-	nichts vorhanden
.	Zahl unbekannt oder geheim
x	Nachweis nicht sinnvoll
...	Zahl fällt später an
/	keine Angabe, da Zahl nicht sicher genug
()	Aussagewert eingeschränkt, da Zahl statistisch unsicher
D	Durchschnitt
p	vorläufig
r	revidiert
s	geschätzt

Für die Abgrenzung von Größenklassen wird im Allgemeinen anstelle einer ausführlichen Beschreibung „50 bis unter 100“ die Darstellungsform „50-100“ verwendet.

Einzelwerte in Tabellen werden im Allgemeinen ohne Rücksicht auf die Endsumme gerundet.

### Gezielte schulische Förderung von Kindern mit Sprach- und Sprechstörungen – Jungen häufiger betroffen

An den rheinland-pfälzischen Förderschulen werden im laufenden Schuljahr insgesamt 674 Schülerinnen und Schüler mit sprachlichen Beeinträchtigungen in einem speziell hierauf ausgerichteten Bildungsgang betreut. Bei diesen 489 Jungen und 185 Mädchen liegen so schwer wiegende Sprach- und Sprechstörungen vor, dass sie selbst durch gezielte schulbegleitende oder integrierte Maßnahmen in einer Grundschule nicht ausreichend gefördert werden können. Traditionell sind Jungen stärker betroffen als Mädchen. Sie stellen regelmäßig deutlich mehr als 70% der entsprechend betreuten Schülerschaft.

Im vergangenen Herbst wurden insgesamt 288 Kinder in den Bildungsgang Sprache einer Förderschule eingeschult. Das waren knapp 7 pro 1 000 der Abc-Schützen. Bei den Jungen lag die Quote mit 9 pro 1 000 rund doppelt so hoch wie bei den Mädchen.

Die schulischen Anforderungen, die im Bildungsgang Sprache an die betroffenen Kinder gestellt werden, entsprechen denen der Grundschule. Um dem gesonderten Förderbedarf Rechnung tragen zu können, wird der Unterricht grundsätzlich in verpflichtender Ganztagsform angeboten. Schulen mit dem Förderschwerpunkt Sprache sind als

Durchgangsschule konzipiert. Sie werden von den Schülerinnen und Schülern nur so lange besucht, bis die Sprachbeeinträchtigung behoben ist oder die gegebenenfalls weiterhin notwendige sonderpädagogische Förderung durch zusätzliche Angebote in einer Regelschule erfolgen kann.

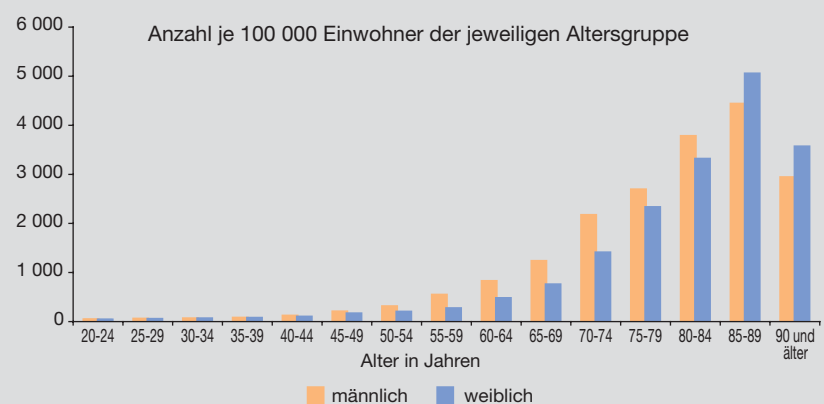
### 3 700 Menschen starben im Jahr 2003 an den Folgen von Schlaganfällen

In rheinland-pfälzischen Krankenhäusern wurden im Jahr 2003 mehr als 19 900 Schlaganfallpatientinnen und -patienten vollstationär behandelt, davon waren 10 700 Frauen und 9 200 Männer. 1 518 Menschen starben während ihres Krankenhausaufenthaltes.

Insgesamt erlagen im Jahr 2003 annähernd 3 700 Rheinland-Pfälzerinnen und Rheinland-Pfälzer den Folgen eines Schlaganfalls. Das spezifische Sterberisiko ist hier in den vergangenen Jahren deutlich zurückgegangen. So lag die altersstandardisierte Sterberate Ende der 1990er Jahre noch bei rund 55 Sterbefällen je 100 000 Einwohner. Inzwischen werden Werte von etwa 50 Schlaganfalltoten je 100 000 Einwohner registriert. Zu diesem deutlichen Absinken des Sterberisikos dürfte beigetragen haben, dass in den vergangenen Jahren die Akutversorgung von Schlaganfallpatientinnen und -patienten in Rheinland-Pfalz deutlich verbessert wurde.

Ein Schlaganfall wird durch eine Durchblutungsstörung des Gehirns verursacht, in deren Folge die Nervenzellen des Gehirns nicht mehr ausreichend mit Sauerstoff und Nähr-

#### In rheinland-pfälzischen Krankenhäusern vollstationär versorgte Schlaganfallpatientinnen und -patienten<sup>1)</sup> 2003



stoffen versorgt werden. Die häufigste Ursache hierfür ist, dass ein zum Gehirn führendes Blutgefäß durch eine Arteriosklerose oder durch kleine Blutgerinnsel verstopft wird.

Zerebrovaskuläre Krankheiten verursachten im Jahr 2002 bundesweit Kosten von mehr als 7,8 Mrd. Euro, das sind knapp 95 Euro je Einwohner. Mit rund 6,4 Mrd. Euro wurden mehr als 80% dieser Gesamtsumme für Vorsorge-, Behandlungs- und Rehabilitationsmaßnahmen bei 65- bis 84-Jährigen ausgegeben. Das Risiko, einen Schlaganfall zu erleiden, steigt mit zunehmendem Alter kontinuierlich an.

### Rheinland-pfälzische Wirtschaft profitiert vom Außenhandel

### Exporte überschreiten erstmals die 30-Milliarden-Grenze

Die rheinland-pfälzischen Unternehmen haben im Jahr 2004 Waren im Wert von 31,7 Mrd. Euro ausgeführt. Das waren fast 11% mehr als im Jahr 2003. Gleichzeitig stiegen die Einfuhren um 5,7% auf 19,8 Mrd. Euro. Deutschlandweit wurden 10% mehr Waren ausgeführt und 7,4% mehr Waren eingeführt.

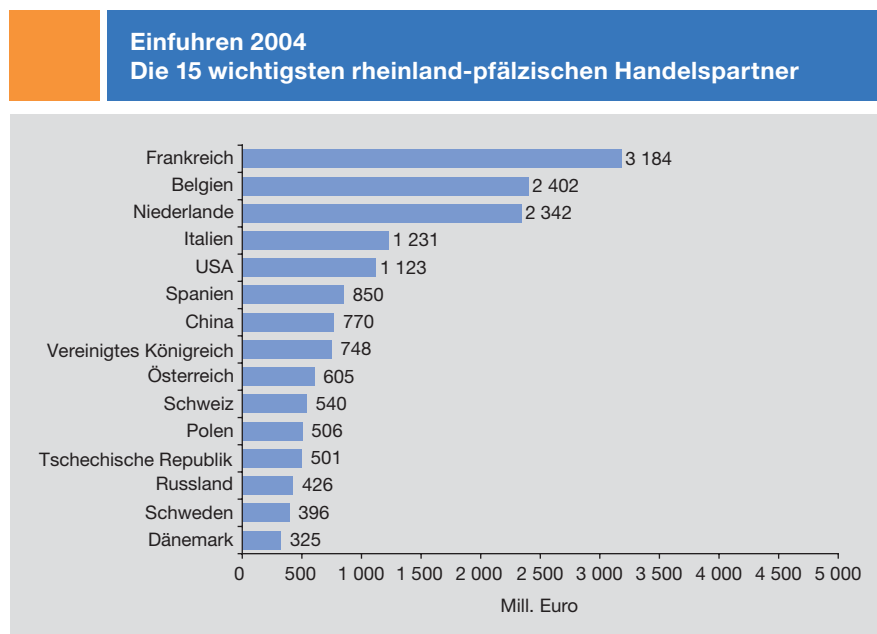
Fast zwei Drittel der rheinland-pfälzischen Ausfuhren (20,7 Mrd. Euro; +8,2%) gingen in die EU-Länder, wobei Frankreich das Hauptabnehmerland war. Die Exporte nach Asien wurden um 18% auf 3,8 Mrd. Euro ausgeweitet. Hier kam die größte



Nachfrage aus China und Japan. Nach Amerika wurden Güter im Wert von 3,6 Mrd. Euro (+16%) ausgeführt, davon entfielen allein 2,5 Mrd. Euro auf die USA (+14,4%).

Zu den wichtigsten Exportgütern zählten Lastkraftwagen, Spezial-

fahrzeuge, Fahrgestelle und Kraftfahrzeugzubehör. Darüber hinaus wurden chemische und pharmazeutische Erzeugnisse, Kunststoffe und Maschinen in nennenswertem Umfang ausgeführt. Der Export von rheinland-pfälzischem Wein ging um 3,7% auf 320 Mill. Euro zurück.



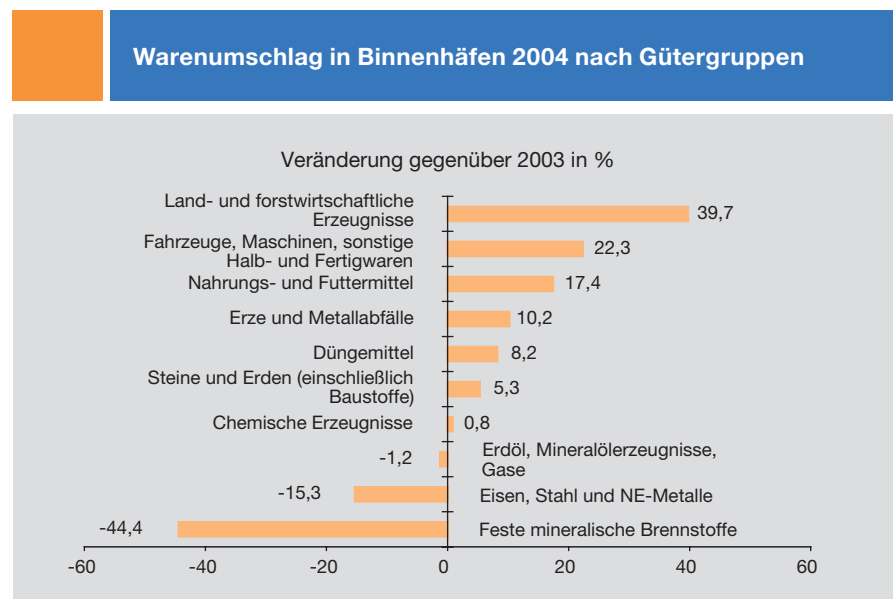
Auf der Einfuhrseite entfielen im Jahr 2004 fast drei Viertel der Importe auf die EU-Länder (14,3 Mrd. Euro; +5%). Hier wurden die Warenbezüge aus Frankreich, dem wichtigsten Herkunftsland, um fast 11% gesteigert. Die Einfuhren aus Asien nahmen um 9,5% auf 1,9 Mrd. Euro zu. Während die Warenbezüge aus China um fast 11% stiegen, ging die Nachfrage nach Gütern aus Japan um 15% zurück. Insgesamt rückläufig (-4,2%) waren auch die Warenbezüge vom amerikanischen Kontinent, wobei die Einfuhren aus den USA um 6,5% niedriger ausfielen als im Jahr 2003.

Zu den wichtigsten Importgütern zählten Kraftfahrzeuge, Fahrgestelle und Kraftfahrzeugzubehör, außerdem Mineralölerzeugnisse, chemische und pharmazeutische Erzeugnisse, Kunststoffe und Maschinen. Der Einfuhrwert von Wein (337 Mill. Euro; +4,8%) war höher als der Ausfuhrwert.

### Steigende Umschlagzahlen in den Binnenhäfen 2004

Der Güterumschlag in den rheinland-pfälzischen Rhein- und Moselhäfen hat im vergangenen Jahr um 6% zugelegt. Im Jahr 2004 wurden rund 23,9 Mill. t umgeschlagen. Der Versand von Gütern nahm um 6,9% auf 9,7 Mill. t zu, der Empfang um 5,3% auf 14,2 Mill. t.

Im Vergleich zum Jahr 2003 stieg der Umschlag von land- und forstwirtschaftlichen Erzeugnissen (Umschlagsvolumen 2004: 499 000 t)



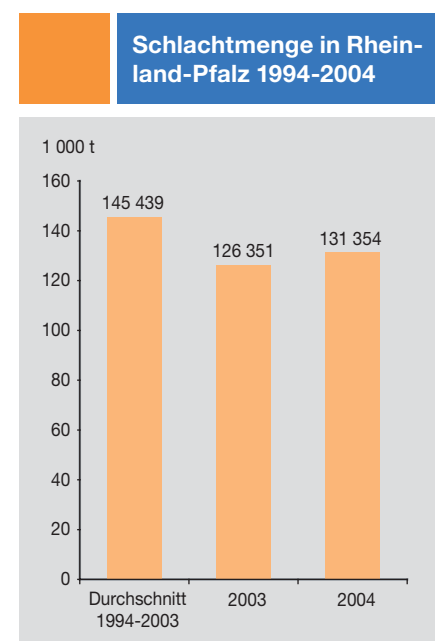
am stärksten. Zugenommen hat auch der Umschlag von Fahrzeugen, Maschinen und sonstigen Halb- und Fertigwaren (3,7 Mill. t), Nahrungs- und Futtermitteln (1,8 Mill. t), Erzen und Metallabfällen (465 000 t), Düngemitteln (1,2 Mill. t) sowie Steinen und Erden (6,7 Mill. t). Feste mineralische Brennstoffe (50 000 t), Eisen, Stahl und Nichteisenmetalle (700 000 t) sowie Erdöl, Mineralölerzeugnisse und Gase (5,4 Mill. t) erreichten nicht mehr das Umschlagvolumen von 2003. Der Umschlag von chemischen Erzeugnissen (3,4 Mill. t) blieb nahezu unverändert.

### Fleischaufkommen in Rheinland-Pfalz wieder gestiegen

#### Mehr Schlachtvieh aus dem Ausland

Das Fleischaufkommen aus Schlachtungen in Rheinland-Pfalz steigt wieder. Die gesamte Schlachtmenge des

Jahres 2004 belief sich auf 131 400 t, das waren 5 000 t mehr als im Jahr zuvor (+4%). 2003 war das Jahr, das mit 126 400 t den einstweiligen Tiefpunkt einer seit 1991 rückläufigen Entwicklung der Schlachtungen in Rheinland-Pfalz markierte. Seinerzeit hatte die Schlachtmenge bei 184 000 t gelegen.





Am 10. Juni hat der Staatsminister des Innern und für Sport, Karl Peter Bruch, den neuen Internetauftritt des Statistischen Landesamtes gestartet. Was die neue Website unter

**[www.statistik.rlp.de](http://www.statistik.rlp.de)**

bietet, können Sie in diesem Heft ab Seite 330 lesen.

Fast drei Viertel der Menge (73,4%) waren Schweinefleisch, 25,8% Rind- und Kalbfleisch. Hammelfleisch (0,7%) und Pferdefleisch (0,1%) spielten eine sehr geringe Rolle; Geflügel verarbeitende Schlachtbetriebe gibt es in Rheinland-Pfalz nicht. Der rheinland-pfälzische Anteil des Fleischaufkommens an der deutschen Erzeugung liegt bei vergleichsweise geringen 2,3%.

Immer mehr der zuletzt 1,2 Mill. Schlachttiere kommen aus dem Ausland: Ihr Anteil hat sich seit 2001 auf 18,1% vervierfacht. Das liegt hauptsächlich daran, dass von Jahr zu Jahr mehr Schlachtschweine importiert werden; im Jahr 2004 waren es 220 000 Tiere (20,8%). Bei Rindern (Auslandsanteil 1,1%) wird dagegen fast nur auf Vieh aus inländischen Beständen zurückgegriffen. Zentren der Fleischerzeugung sind die Kreise Bernkastel-Wittlich und Bitburg-Prüm, wo im vergangenen Jahr 59% der Schweine und 42% der Rinder geschlachtet wurden.

### Baugenehmigungen im Wohnbau im ersten Quartal stark rückläufig

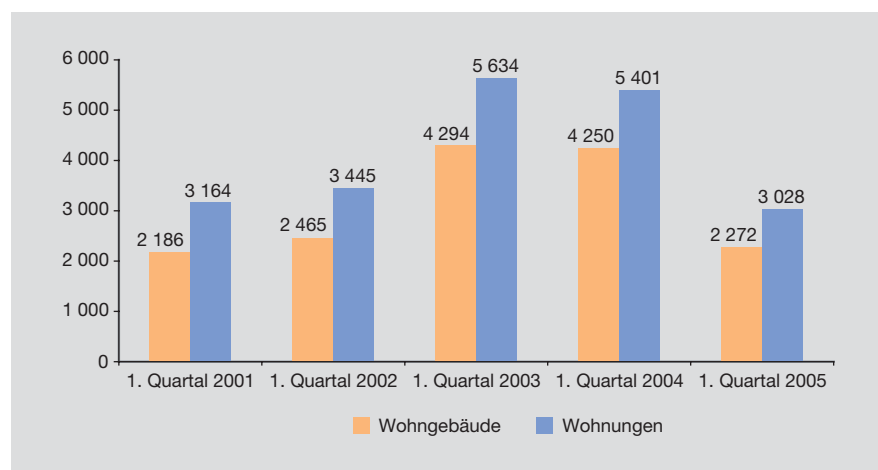
#### Vorzieheffekt wegen Eigenheimzulage wird jetzt sichtbar

Im ersten Quartal 2005 genehmigten die rheinland-pfälzischen Bauaufsichtsbehörden deutlich weniger Errichtungen von neuen Wohngebäuden und Wohnungen als in den ersten drei Monaten des Vorjahres. Von Januar bis März dieses Jahres wurden Baufreigaben für 2 272 neue Wohngebäude mit 3 028 Wohneinheiten erteilt. Das waren 46,5 bzw. 44% weniger als im Vorjahreszeitraum. Der Rückgang der Baugenehmigungen dürfte maßgeblich auf die Unsicherheit der Bauherren wegen der Pläne zur Abschaffung der Eigenheimzulage zurückzuführen sein. Ohnehin geplante Bauten wurden wegen des drohenden Wegfalls der Zulage in den Jahren 2003 und

2004 vorgezogen. Beleg dafür sind die registrierten Baugenehmigungen im ersten Quartal 2003 bzw. 2004, als jeweils rund 4 300 neue Wohngebäude (36 bzw. 43% der Baufreigaben des gesamten Jahres) gebaut werden sollten. Die Genehmigungen des ersten Quartals 2005 bewegen sich wieder auf dem Niveau der Jahre 2001 und 2002.

Besonders spürbar war die Zurückhaltung im Wohnungsneubau in den Landkreisen. So sank die Zahl der geplanten Wohngebäude von 3 740 im ersten Quartal 2004 auf 1 977 Gebäude in den ersten drei Monaten des Jahres 2005 (–47%), die Zahl der zu errichtenden Wohnungen halbierte sich auf 2 400. In den kreisfreien Städten gingen die erteilten Baufreigaben bei den Gebäuden um 42% zurück; bei der Zahl der Wohnungen waren die Einbußen deutlich geringer (–7,5%).

**Baugenehmigungen im Wohnbau (Neubau)  
jeweils im 1. Quartal 2001-2005**



Die Bauzurückhaltung des ersten Quartals 2005 schlägt sich in den geplanten Wohnungsbauinvestitionen nieder. Gegenüber den Investitionen des Vorjahresquartals (905 Mill. Euro) wollten die Bauherren zu Beginn dieses Jahres nur noch 501 Mill. Euro (–45%) in den Bau neuer Wohnhäuser investieren.

### In den ersten drei Monaten kamen mehr Touristen ins Land

#### Frühe Ostertage bescherten Gäste- und Übernachtungsplus

In den ersten drei Monaten des Jahres 2005 registrierten die rheinland-pfälzischen Fremdenverkehrs- und Beherbergungsbetriebe mehr als 1,1 Mill. Gäste. Das waren 7,9% mehr als im gleichen Vorjahreszeitraum. Die Zahl der Übernachtungen stieg um 8% auf 3,2 Mill. Ausschlaggebend für diese Entwicklung dürf-

te die Tatsache gewesen sein, dass die Ostertage in diesem Jahr in den Monat März fielen, im Vorjahr hingegen in den April.

Überdurchschnittlich stark, und zwar um 11,9%, stieg die Zahl der ausländischen Gäste; die Zahl der Gäste mit Wohnsitz in Deutschland lag um 6,9% höher als im ersten Quartal 2004.

Vom Gästeplus profitierten alle Fremdenverkehrsgebiete des Landes. In der Region Mosel/Saar stieg ihre Zahl um rund 19% an, was sich auch in einem gleich großen Zuwachs an Übernachtungen niederschlug. Das Rheintal und die Region Hunsrück/Nahe/Glan verzeichneten ebenfalls eine deutliche Zunahme der Zahl der Gäste von rund 11 bzw. 9%, wobei sich die Zahl der Übernachtungen mit +12 bzw. +10% in diesen Gebieten noch etwas kräftiger erhöhte. Spitzenreiter in Bezug auf die durchschnittliche Aufenthalts-

dauer der Gäste war mit 3,7 Tagen die Region Hunsrück/Nahe/Glan. In Rheinhessen dagegen hielten sich die Gäste im Schnitt mit 1,8 Tagen nur kurz auf.

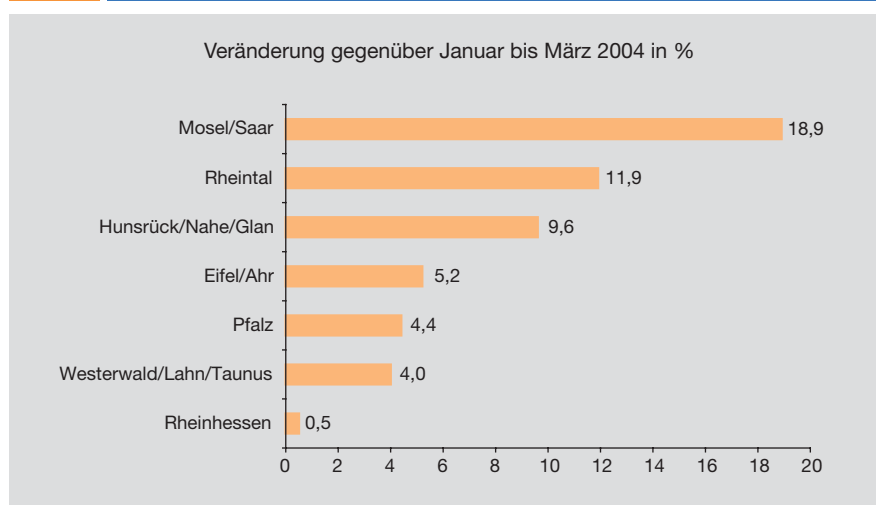
Mit Ausnahme der Erholungs-, Ferien- und Schulungsheime verzeichneten alle Betriebsarten mehr Gäste als in den ersten drei Monaten des Vorjahres, wobei die Ferienhäuser und -wohnungen den größten Zuwachs verbuchten. Die Zunahme an Übernachtungen schlug sich ebenfalls bei allen Betriebsarten nieder, am stärksten wiederum bei den Ferienhäusern und -wohnungen, gefolgt von den Pensionen, Gasthöfen und Ferienzentren, mit jeweils zweistelligen Zuwachsraten.

### 1,3 Mill. Kraftfahrzeuge auf dem Prüfstand

545 Pkw wurden im vergangenen Jahr in Rheinland-Pfalz von den Prüforganisationen aus dem Verkehr gezogen. Das waren 0,1% aller untersuchten Personenwagen. Für gut die Hälfte der knapp 960 000 Pkws stellten die Prüfer Mängelberichte aus. Von den rund 91 000 Bussen, Lastkraftwagen und sonstigen Kraftfahrzeugen wurden 59% beanstandet. Wie auch in den Jahren zuvor schnitten die Krafträder am besten ab: Fast 80% waren ohne Mängel.

Insgesamt wurden im Jahr 2004 rund 1,3 Mill. Kraftfahrzeuge und Anhänger auf Verkehrssicherheit und vorschriftsmäßigen Zustand geprüft. Das waren 1,6% weniger als im Vorjahr.

#### Übernachtungen von Januar bis März 2005 nach Fremdenverkehrsgebieten



# Aktuelle Daten braucht das Land

## Der neue Internetauftritt des Statistischen Landesamtes

Von Jürgen Hammerl und Robert Schroeder

Ein nutzerfreundliches, umfassendes Informationsangebot für jedermann bietet der neue Internetauftritt des Statistischen Landesamtes Rheinland-Pfalz. Fachlich versierte Nutzerinnen und Nutzer in Wirtschaft, Verwaltung und Wissenschaft werden dort ebenso fündig wie interessierte Bürgerinnen und Bürger.

### Internetauftritt mit neuem Inhalt und neuem Gewand

Ziel des neu gestalteten Internetauftritts ist es, Statistik-Interessierte schnell zu den gewünschten Informationen zu leiten. Statistik wird kurz, übersichtlich und verständlich dargestellt, ohne den Anspruch auf tief gegliederte Informationen zu vernachlässigen. Entstanden ist eine Plattform, die sich im Wesentlichen aus drei Komponenten zusammensetzt:

- dem „statischen“ Angebot mit Grundinformationen zu allen Statistikbereichen,
- der Rubrik „Meine Heimat“, mit der schnell und einfach umfangreiche Daten über Kommunen gewonnen werden können, sowie
- der Online-Datenbank für die freie Informationsrecherche.

### Das statische Angebot

Thematische Gliederung

Auf der Startseite finden die Nutzer einen nach Themen gegliederten Einstieg, der zur besseren Übersicht in die Bereiche Wirtschaft, Staat und Gesellschaft unterteilt ist. Über Schlagworte, wie beispielsweise „Tou-

rismus, Gastgewerbe, Handel“ gelangt man zu einem differenzierten Informationsangebot, das „eilige Nutzer“ ebenso bedient wie jene, die zu einem Thema umfassende statistische Daten suchen.

Zu jedem Thema wird es mindestens eine Kurzpräsentation geben, in der aktuelle Strukturen sowie wichtige Entwicklungen der Vergangenheit grafisch und in kurzen Textbeiträgen dargestellt werden. Sie vermitteln einen Überblick über das Spektrum des jeweiligen Themas und sind zugleich Grundlage für die Bewertung aktueller Entwicklungen.

Das Aktuellste aus allen Statistikbereichen empfängt die Nutzer gleich auf der Startseite, wo die neuesten Pressemitteilungen angerissen werden. Alle Pressemitteilungen des laufenden und des vorangegangenen Jahres sind darüber hinaus im Rahmen einer Gesamtübersicht und innerhalb der einzelnen Themenbereiche zugänglich. Somit können auch ältere Meldungen bequem nachgeschlagen werden.

Die bewährten Tabellen mit wichtigen Eckdaten aus allen Statistikbereichen wurden in das neue Angebot übernommen.

Kurzpräsentationen vermitteln Überblick

Aktuelle Pressemitteilungen auf der Startseite

## S1 Die Startseite



### Printveröffentlichungen zum kostenfreien Download

Mit der Umgestaltung des Internetangebots wurde auch für die Verbreitung von Printprodukten ein neuer Weg eingeschlagen, der (zunächst noch) parallel zum Postversand beschritten wird. Die jeweils aktuellsten Ausgaben der Statistischen Berichte können – kostenfrei – als PDF-Datei heruntergeladen werden. An der Möglichkeit, auch ältere Ausgaben auf diese Weise zu beziehen, wird gearbeitet, ebenso an einem Abo-Service zur automatischen Benachrichtigung über Neuerscheinungen. Auch für die täglichen Pressemitteilungen wird

es in absehbarer Zeit einen solchen – auch themenbezogenen – Service geben.

Zudem besteht die Möglichkeit, Fachbeiträge aus den Statistischen Monatsheften kostenfrei herunterzuladen. Eine thematische Sortierung erleichtert die Suche. Ebenso werden ausgewählte Querschnittsveröffentlichungen des Amtes zumeist als PDF-Datei zum kostenlosen Download angeboten.

### Adress-Suche

Die Suche nach Adressen der Kommunalverwaltungen ist seit geraumer Zeit Bestandteil des Internetangebots des Statis-

Abo-Service ist  
in Vorbereitung

tischen Landesamtes, eine Komponente, die sich wachsender Beliebtheit erfreut. Im Rahmen der Neugestaltung des Internet-Auftritts wurde dieser Service auf die Adressen der allgemein bildenden und der berufsbildenden Schulen ausgeweitet.

## Meine Heimat

Umfassende Informationen über Kommunen

Herzstück des neuen Internetauftritts ist sicherlich die Rubrik „Meine Heimat“. Dahinter verbirgt sich ein datenbankgestütztes Informationsangebot über Dörfer, Städte, Verbandsgemeinden, Landkreise und das Land Rheinland-Pfalz. Mit wenigen Mausklicks können sich die Nutzer umfangreiche Daten erschließen. Die Ergebnisse der Abrufe werden in Tabellen und Grafiken dargestellt. Neben aktuellen Daten, beispielsweise zu den Einwohner-

zahlen, zur Erwerbstätigkeit oder zu den Kommunalfinanzen, werden auch Zeitreihen angezeigt. Ebenso besteht die Möglichkeit, die ausgewählte Gemeinde mit den Durchschnittswerten aller Kommunen der entsprechenden Größenklasse zu vergleichen – ein Service, der sicher nicht nur für kommunalpolitisch Interessierte von Bedeutung ist.

Vergleich mit Gemeinden gleicher Größenklasse

Abgerundet wird „Meine Heimat“ durch ein umfangreiches Informationsspektrum rund um die Gemeinde, das vom Namen des Bürgermeisters über die nächste Polizeiinspektion, das zuständige Amtsgericht bis hin zur jeweiligen Diözese oder Landeskirche reicht. Für alle Kommunen mit hauptamtlichen Verwaltungschefs – also Verbandsgemeinden, verbandsfreie Gemeinden, Kreise und kreisfreie Städte – werden zudem die Anschriften

## Terminologie

### Verwendete Begriffe und Abkürzungen

Active-X®: eine von Microsoft entwickelte Technik für interaktive Objekte („Komponenten“) auf Webseiten (konzeptuell ähnlich Java-Applets).

Apache®: die weltweit meisteingesetzte Webserver-Software (freie Software).

ASP: Active Server Pages, eine von Microsoft vor allem für das World Wide Web entwickelte, serverseitige Scripting- und Automatisierungsschnittstelle.

CMS: Content Management System, Software zur Erfassung, Verwaltung, Archivierung, Formatierung und Ausgabe von Inhalten („Content“) unterschiedlicher Art.

CSS: Cascading Style Sheets, ein Standard zur vom Inhalt getrennten Definition der visuellen Eigenschaften von HTML-Dokumenten, des Layouts.

Delphi®: auf der Sprache Object Pascal basierende Entwicklungsumgebung für die Windows-Programmierung.

Frames: ein HTML-Standard, um Web-Inhalte aus unterschiedlichen Quellen in nebeneinanderliegenden, getrennten Abschnitten desselben Browserfensters anzuzeigen.

HTML: Hypertext Markup Language, die Seitenauszeichnungssprache, in der üblicherweise Webseiten codiert werden.

Java®: eine systemunabhängige Programmiersprache, die auf einer Software-Plattform basiert, welche auf unterschiedlichen Systemen denselben Zwischencode (den so genannten Java-Bytecode) ausführt (virtuelle Maschine).

Java-Applet: ein im Browser ablaufendes Java-Programm.

Java-Applikation: ein selbstständig, d.h. ohne Browser, ablaufendes Java-Programm.

Javascript: eine java-ähnliche, vor allem client-seitig, d.h. im Browser, ablaufende Scripting-Sprache, die innerhalb von Webseiten benutzt werden kann.

LIS: das Landesinformationssystem des Statistischen Landesamtes Rheinland-Pfalz.

Mason: eine freie, auf Perl® basierende Content-Delivery-Engine, ein Grundgerüst und Werkzeugkasten für die Entwicklung komplexer Web-Plattformen.

mod\_perl: ein Zusatzmodul für Apache®, das die Funktionalität der Sprache Perl® für die Web-Anwendung erweitert und eine effizientere Ausführung implementiert.

.NET®: eine Programmierplattform insbesondere für Web-Anwendungen bzw. Web-Services von Microsoft.

Perl®: eine besonders für Web-Anwendungen und das Verarbeiten von Text ausgerichtete Programmiersprache.

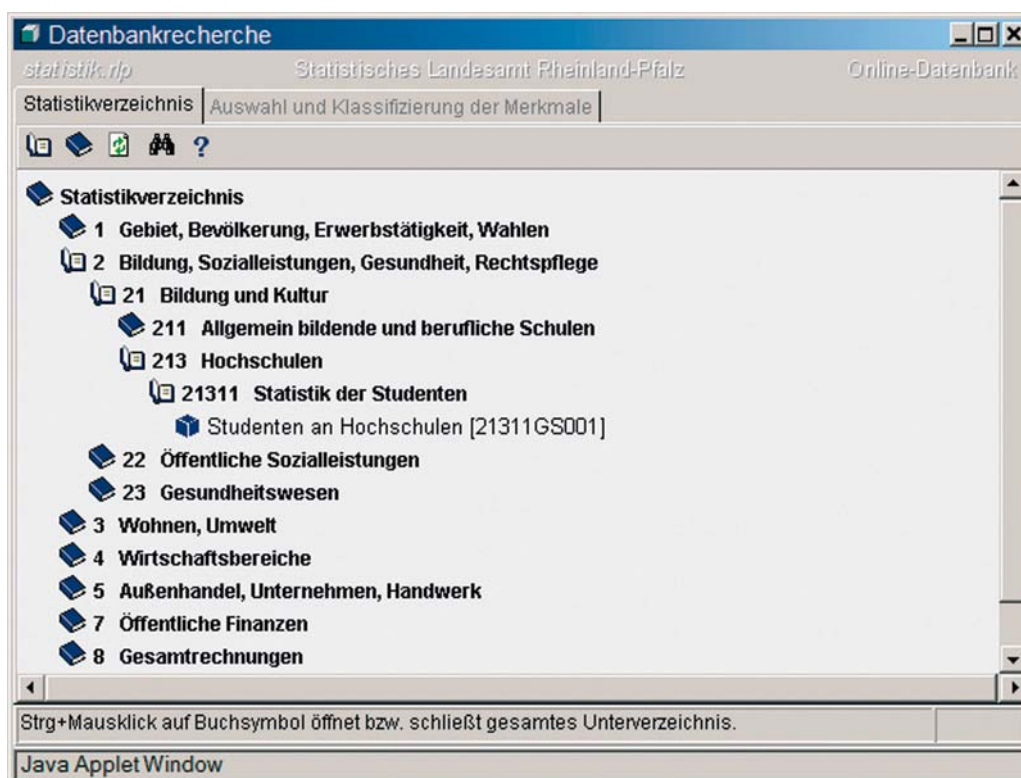
PDF: Portable Document Format, gängiges, weitgehend plattformunabhängiges Dateiformat für Dokumente, die in druckfähigem Layout weitergegeben werden sollen.

Web-CMS: ein CMS speziell zur Verwaltung von Web-Inhalten.

Webserver: 1. ein Computer, der Web-Seiten im Internet zur Verfügung stellt; 2. die dafür notwendige Server-Software.



## S2 Der Suchbaum



der Verwaltungen samt Telefon- und Fax-Nummer, E-Mail-Adresse und Link auf das jeweilige Internetangebot gezeigt.

abfragen voraus. Die Online-Datenbank ist quasi die kleine Schwester des Landesinformationssystems, das beispielsweise von Ministerien, Kommunalverwaltungen und Kammern genutzt wird. Für die Online-Datenbank im Internet wurde ein in fachlicher und räumlicher Tiefe reduziertes Angebot geschaffen.

Es ermöglicht den Nutzern – in der Regel bis auf Kreisebene – Daten frei zu recherchieren. Daten zur Bevölkerung und zu den Finanzen sind auch auf Ortsgemeindeebene abrufbar. Die Internet-Datenbank verfügt über große Teile der Funktionen des Landesinformationssystems. Die Daten können grafisch aufbereitet und in gängige Tabellenkalkulationsprogramme exportiert werden; zudem sind die Tabellen pivotierbar, das heißt, die Spalten können frei verschoben werden.

Daten können  
frei recherchiert  
werden

Daten kommen  
aus dem  
Landesinforma-  
tionssystem

„Meine Heimat“ stützt sich auf die Datenbank des Landesinformationssystems, das heißt, die Daten werden zum Zeitpunkt des Abrufs aus dieser Datenbank zusammengestellt und sind damit immer auf dem aktuellsten Stand. Mit den leicht zu handhabenden Suchroutinen richtet sich „Meine Heimat“ auch an die weniger geübten Internetnutzer.

### Online-Datenbank

Dagegen setzt die Bedienung der dritten Komponente des neuen Internetauftritts Grundkenntnisse in der Technik von Daten-

## Aus technischer Sicht zwei Hauptbestandteile

Ein statischer und ein dynamischer Bereich

Das neue Internetangebot des Statistischen Landesamtes umfasst aus technischer Sicht einen statischen und einen dynamischen Bereich. Die Unterschiede fallen dem Anwender zunächst nur durch geringfügige Abweichungen im Layout auf. Beide Bereiche unterscheiden sich aber vor allem in der Funktionalität und in der zugrunde liegenden Technik. Nach dem Einstieg über die neue Startseite, die zum statischen Angebot gehört, verzweigt der dynamische Teil in die drei Angebotskomponenten „Meine Heimat“, „Online-Datenbank“ und „Adress-Suche“.

Diese drei Funktionen werden „live“ über eine Online-Abfrage der Datenbank des neuen Landesinformationssystems (LIS) gespeist, während der statische Teil mit festen Inhalten verschiedener Quellen bestückt wird.

## Dynamischer Teil – direkte Datenbankabfragen

Die wesentliche Neuerung stellt der dynamische Teil dar. Für dessen Implementation wurde eine Windows-Webserver-Plattform mit dem von Microsoft entwickelten ASP-Scripting verwendet. Der Webserver nimmt Kontakt zum ebenfalls unter Windows betriebenen LIS-Datenbankserver auf. Die Datenbankanbindung der Adress-Suche sowie der Funktion „Meine Heimat“ wurde webserverseitig mit Hilfe von ASP realisiert.

Die Datenbankrecherche der Online-Datenbank, eine interaktive Möglichkeit zum Zu-

griff auf das LIS, wurde als Java-Applet entwickelt. Je nach Ausstattung des Browsers lassen sich die Ergebnisse einer Abfrage beim Nutzer in unterschiedlicher Form anzeigen. Im einfachsten Fall erscheint eine HTML-Darstellung der Ergebnisse. Beim Microsoft Internet Explorer mit zugelassenem Active-X-Scripting wird eine Active-X-Komponente geladen, die dem Benutzer in seinem Browserfenster ein Umordnen der Daten und damit unterschiedliche Tabellengestaltungen ermöglicht. Mit Hilfe von JavaScript und einem Frame-Layout werden Darstellung und Ablauf der verschiedenen Elemente browserseitig gesteuert.

## Ein neues Design

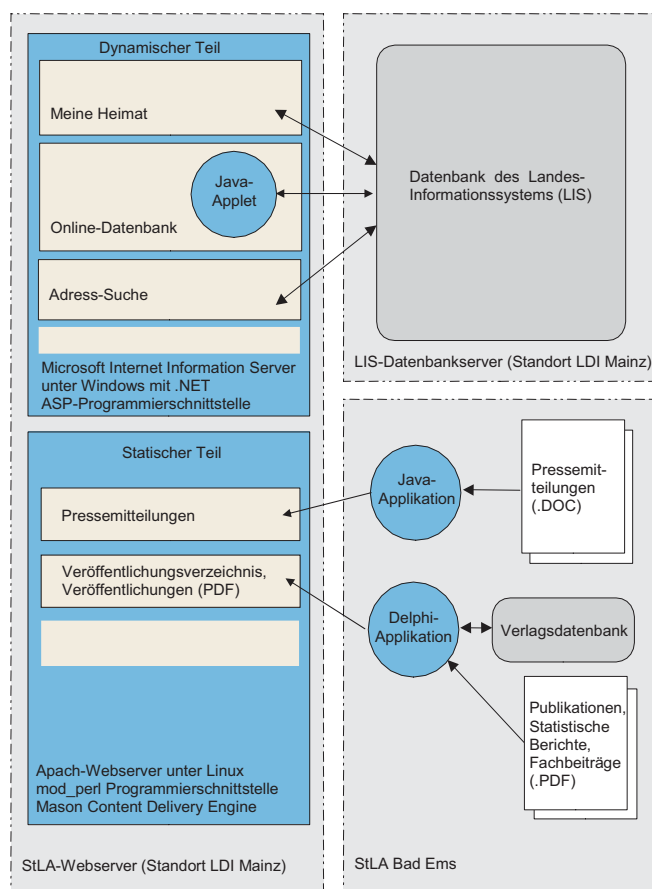
Dem Komplex Online-Datenbank kann man im Rahmen dieses Beitrages nur sehr eingeschränkt gerecht werden. Deshalb wird nachfolgend dem statischen Teil etwas mehr Raum gewidmet, der – bedingt durch das neue Design und Layout – auch die augenscheinlichsten Veränderungen aufweist.

## Statischer Teil – statisch und doch nicht statisch

Der statische Teil birgt besonders für die Administration der Website wesentliche Vorteile, da hier eine konsequente Trennung der drei Ebenen Layout, Struktur/Navigation und Inhalt („Content“) verwirklicht wurde. So werden Änderungen in jeder dieser Ebenen möglich, ohne dass hiervon Auswirkungen auf die anderen Ebenen ausgehen.

Java-Applets, ASP und eine Active-X-Komponente

### S3 Das Schema der neuen Internet-Plattform



Dreiteilung  
Layout – Struktur – Content

Die Trennung erfolgt zum einen durch konsequente Verwendung von Cascading Style Sheets (CSS) für das Layout, und zum anderen durch die programmgesteuerte Generierung all jener Seitenbestandteile, die nicht zum eigentlichen Seiteninhalt, dem „Content“, gehören – also die Menüs, die Navigationselemente sowie die Kopf- und Fußzeilen. Daher ist dieser Teil der Internetanwendung nicht statisch im engeren Sinn des Wortes. Das Zusammensetzen der Seitenbestandteile, gegebenenfalls auch mit textlichen Vervollständigungen, erfolgt bei jedem Seitenaufruf programmgesteuert, also dynamisch.

### Content Delivery statt Content Management

Statt eines komplexen Web-Content-Management-Systems (Web-CMS) wird die Content-Delivery-Engine „Mason“ genutzt. Sie setzt auf dem Apache-Webserver, der Programmiersprache Perl und dem Apache-Modul mod\_perl auf. So wird ein weiter reichender und gleichzeitig performanterer Einsatz von Perl ermöglicht. Diese Plattform kommt gleichzeitig der Notwendigkeit entgegen, bestehende Automationsverfahren flexibel integrieren bzw. erweitern zu können. Die Gesamtheit der Komponenten eines herkömmlichen Web-CMS wird im Statistischen Landesamt nicht benötigt, so besteht z. B. kein Bedarf an einem Redaktionssystem mit umfangreicher Benutzer- und Rechteverwaltung.

Mit Hilfe von Mason lassen sich in Verbindung mit der Programmiersprache Perl zentrale Steuerungsroutinen im Sinne des Content-Managements respektive der Content-Delivery bauen. Darüber hinaus können einzelne HTML-Inhalte durch Einbetten von Perl-/Mason-Code individuell dynamisiert und mit zusätzlicher Funktionalität versehen werden.

Zentrale Steuerung plus Dynamisierung von Content

### Automatische Aktualisierung des Veröffentlichungsverzeichnisses

Zu den bereits bestehenden Automationsverfahren zur Erzeugung von Web-Content gehört eine datenbankgestützte Verwaltung der Veröffentlichungen des Amtes.

Dabei wird mit Hilfe einer in Delphi entwickelten Anwendung sowohl die Printaus-

Statistische Berichte jetzt als PDF-Dokumente online



gabe des Veröffentlichungsverzeichnisses turnusmäßig erzeugt als auch laufend die Web-Ausgabe aktualisiert. Diese Applikation wurde mit der neuen Content-Delivery-Plattform verzahnt und um die direkte Bereitstellung der nunmehr als PDF-Dokumente vorliegenden Statistischen Berichte erweitert.

### **Maßgeschneiderter Veröffentlichungsmechanismus für Pressemitteilungen**

Pressemeldungen vom Redakteurs-PC ins Web

Eine weitere technische Neuerung stellt die automatisierte Einstellung und Verwaltung der Pressemitteilungen dar. Die dazu entwickelte Software besteht zum einen Teil aus einer Java-Applikation, die auf dem Redakteurs-PC installiert ist. Dort laufen die Pressemeldungen als Word-Datei ein, werden automatisch in das für die Mason-Applikation benötigte Format umgewandelt und auf dem Webserver thematisch einsortiert.

Als zweiter Teil wurden Perl-/Mason-Komponenten entworfen, die bei Bedarf die entsprechenden Übersichten im Weban-

gebot aktualisieren. Dies betrifft zum einen die Rubrik „Aktuell“ und zum anderen das Archiv der Pressemitteilungen.

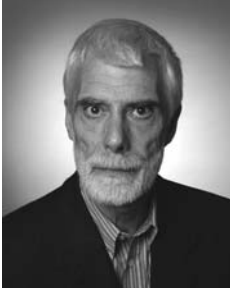
### **Flexibilität, Effizienz und Zukunftssicherheit**

Ein großer Vorteil der eingesetzten Web-Plattform ist ihre leichte Erweiterbarkeit und Modifizierbarkeit. Hier sind praktisch keine Grenzen gesetzt. Damit steht dem Amt eine zukunftssichere und effizient einsetzbare Internetplattform zur Verfügung.

Jürgen Hammerl, Diplom-Sozialwirt, leitet das Referat Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, Auskunftsdienst und Informationssysteme;

Robert Schroeder, Anwendungsprogrammierer, arbeitet in der Abteilung Informationstechnik für den Bereich Internet.

## Private Haushalte – Struktur, Einnahmen, Ausgaben und Ausstattung



Von Helmut Kollmar

Als Nachfrager von Gütern und Dienstleistungen kommt den Privathaushalten und ihren Haushaltsmitgliedern in einer Volkswirtschaft eine zentrale Rolle zu. Das private Nachfragepotenzial wird hierbei entscheidend durch die Zahl und die Struktur der vorhandenen Haushalte bestimmt. Weitere Einflussgrößen sind in diesem Zusammenhang die Höhe des verfügbaren Einkommens, die Wohnsituation und die Ausstattung mit Gebrauchsgütern. Ausreichende Informationen über diese Faktoren sind eine unerlässliche Voraussetzung für eine sachgerechte Konjunktur- und Strukturpolitik. Sie werden darüber hinaus für die Produktions- und Absatzplanungen von Unternehmen benötigt. Verschiedene statistische Erhebungen haben Haushalte zum Gegenstand. Neben der seit 1957 jährlich durchgeführten Mikrozensusstichprobe, die mit Beginn des Jahres 2005 zu einem unterjährigen Erhebungsturnus übergang, liefern auch die jetzt erstmals europaweit gestartete Erhebung „Leben in Europa“ (EU-SILC) sowie die in fünfjährigen Abständen – zuletzt 2003 – durchgeführte Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS) Erkenntnisse zu diesem Themenbereich. In dem nachstehenden Beitrag werden die wesentlichen Ergebnisse der EVS 2003 zusammengefasst.

### Soziodemographische Struktur der rheinland-pfälzischen Haushalte

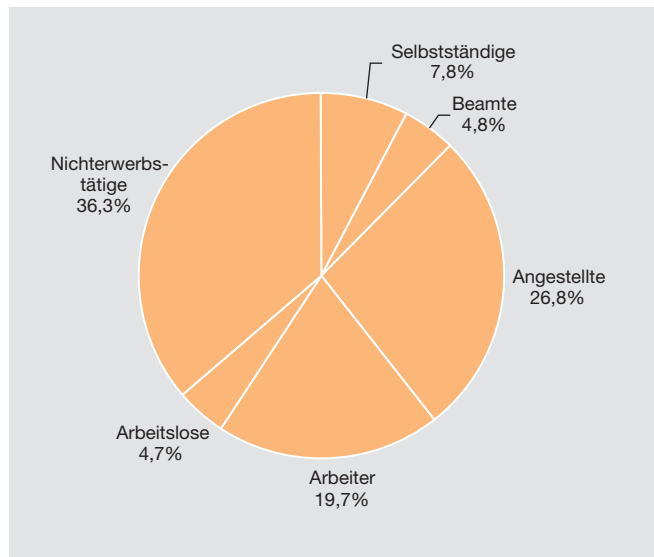
In Abständen von fünf Jahren werden in Deutschland im Rahmen der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS) private Haushalte zu ihren Einnahmen und Ausgaben, zur Wohnsituation, zu der Ausstattung mit technischen Gebrauchsgütern sowie zu ihrem Vermögen und den Schulden befragt. Das Hauptanliegen der Erhebung besteht darin, die wirtschaftliche und soziale Lage der Haushalte aus dem Blickwinkel der Einkommensverteilung und -verwendung darzustellen. Die Ergebnisse werden zudem in den Volkswirtschaftlichen

Gesamtrechnungen (VGR) und zur Anpassung der Gewichte der Verbraucherpreisindizes benötigt. In die Einkommens- und Verbrauchsstichprobe des Jahres 2003 waren 3 440 rheinland-pfälzische Haushalte einbezogen. Die Befragungsergebnisse repräsentieren – hochgerechnet – 1,809 Mill. Haushalte. Das waren 3,3% mehr als bei der vorhergegangenen Erhebung im Jahr 1998. Mit +8% hat die Zahl der Einpersonenhaushalte am deutlichsten zugenommen, gefolgt von den Zweipersonenhaushalten (+3,3%). Zusammen stellen sie nunmehr gut zwei Drittel aller Haushalte im Land. Nur noch jeder 26. Haushalt hat heute fünf oder mehr Haushaltsmitglieder.

Jeweils ein Drittel der Haushalte bestehen aus einer bzw. zwei Personen

## S 1

### Haushalte nach sozialer Stellung des Haupteinkommensbeziehers im Januar 2003



Damit ist die Zahl dieser Haushalte gegenüber 1998 um fast 16% zurückgegangen. Wie auf Bundesebene ist auch in Rheinland-Pfalz seit langem ein Trend zu kleinen Haushalten zu beobachten.

Haupteinkommensbezieher bestimmt soziale Stellung des Haushalts

Neben der Zahl der Haushaltsmitglieder spielt die soziale Stellung des Haupteinkommensbeziehers eine wichtige Rolle. Von den befragten Haushalten hatten 7,8% einen Selbstständigen als Bezugsperson, 4,8% waren unter diesem Aspekt als Beamtenhaushalte einzustufen. In fast 27% der Fälle stellte ein im Angestelltenverhältnis beschäftigtes Haushaltsmitglied den Haupteinkommensbezieher, bei nicht ganz 20% der Haushalte ein Arbeiter oder eine Arbeiterin. 1998 erreichten die Angestelltenhaushalte erst einen Anteil von 24% und die Arbeiterhaushalte noch einen Anteil von 21,4%. Dies bestätigt – wie auch in anderen Statistiken ersichtlich –, dass die Zahl der als Arbeiter Beschäftigten zurückgeht, während sich die Zahl der Angestellten

erhöht. Bei weniger als 5% der Haushalte zählte 2003 ein arbeitsloses Haushaltsmitglied als Bezugsperson. Nicht erwerbstätig war der Haupteinkommensbezieher bei über 36% der betrachteten Haushalte. Die stärkste Gruppe stellten dabei die Rentner mit mehr als 29% aller Haushalte. Ein Vergleich mit dem Bundesdurchschnitt zeigt in Rheinland-Pfalz einen etwas höheren Anteil an Haushalten von Selbstständigen, Arbeitern bzw. Nichterwerbstätigen, einen etwas niedrigeren dagegen vor allem von Angestelltenhaushalten.

## Erläuterung

### Die Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS)

Die EVS gehört zu den Statistiken der Wirtschaftsrechnungen und findet in der Regel alle fünf Jahre statt, zuletzt 2003. Es handelt sich dabei um eine Quotenstichprobe auf freiwilliger Basis, in der durch Werbemaßnahmen gewonnene Haushalte Auskunft zur Struktur des Haushalts, zur Wohnsituation, in Einnahmen und Ausgaben sowie zur Ausstattung mit technischen Gebrauchsgütern erteilen.

Die Erhebung umfasst drei Teile:

1. Das Einführungsinterview zur Erhebung von Angaben zu Haushaltsstruktur, Wohnsituation und Ausstattung,
2. das Haushaltsbuch mit Aufzeichnungen über die Einnahmen und Ausgaben eines Quartals,
3. das Feinaufzeichnungsheft zum Festhalten von Daten über den Verbrauch an Nahrungsmitteln, Getränken und Tabakwaren.

In Rheinland-Pfalz beteiligten sich insgesamt rund 3 440, bundesweit knapp 60 000 Haushalte an der EVS 2003.

Bei den Darstellungen dieses Beitrags beziehen sich die Auswertungen zur Haushaltsstruktur, Wohnsituation und Ausstattung auf die Gesamtheit der an der EVS teilnehmenden Haushalte. Bei den Ergebnissen über die Einnahmen und Ausgaben wurde das erste Halbjahr 2003, und damit rund die Hälfte dieser Haushalte, einbezogen.

57% der Haushalte mit Bezugsperson zwischen 35 und 65 Jahren

Einen wichtigen Gesichtspunkt stellt das Alter des Haushaltsvorstands und der zugehörigen Haushaltsmitglieder dar. 23% der Haushalte hatten 2003 einen Haupteinkommensbezieher im Alter zwischen 35 und 45 Jahren, bei 19,5% der Haushalte war die Bezugsperson zwischen 45 und 55 Jahre alt. In weniger als 16% der Fälle war sie jünger als 35, in fast 27% der Haushalte älter als 65 Jahre. Damit zeichnet sich auch in der Altersstruktur der Haupteinkommensbezieher die generelle Alterungsproblematik der Bevölkerung ab. Eine weitgehend gleiche Struktur zeigen die Ergebnisse für Gesamtdeutschland.

### Haushaltsnettoeinkommen

In Rheinland-Pfalz überdurchschnittliches Haushaltsnettoeinkommen

Die Auswertung der EVS ergab für das erste Halbjahr 2003 in Rheinland-Pfalz ein durchschnittliches Haushaltsnettoeinkommen von 2 949 Euro pro Monat. Es lag damit um 10% höher als fünf Jahre zuvor. Im Bundesdurchschnitt verfügten die Haushalte im ersten Halbjahr 2003 über ein monatliches Nettoeinkommen von 2 771 Euro. Auch der Vergleich mit dem früheren Bundesgebiet (2 895 Euro) zeigt für Rheinland-Pfalz immer noch einen Vorsprung von 54 Euro. Die Steigerungsrate der Haushaltsnettoeinkommen lag im Land mit 8,7% ebenfalls etwas höher als im früheren Bundesgebiet (+7,8% gegenüber 1998).

### Soziale Stellung und Einkommenshöhe

Soziale Stellung bestimmt Einkommenshöhe

Die soziale Stellung des Haupteinkommensbeziehers bestimmt wesentlich die finanzielle Situation eines Haushalts. So hatten bei der aktuellen Erhebung Haushalte

von Selbstständigen monatlich ein durchschnittliches Nettoeinkommen von über 5 000 Euro. Arbeitnehmerhaushalte kamen auf 3 436 Euro, Nichterwerbstätige (ohne Arbeitslose) auf 2 067 Euro. Diese Reihenfolge hinsichtlich der Höhe des Nettoeinkommens bestand bereits fünf Jahr zuvor. Allerdings zeigten in diesem Zeitraum die Haushalte von Selbstständigen mit einem Plus von 14,5% und die von Arbeitnehmern mit +10,2% eine günstigere Entwicklung als die Haushalte der Nichterwerbstätigen, deren Nettoeinkommen 2003 nur um 1,9% höher lag als 1998.

Der Vergleich mit dem früheren Bundesgebiet zeigt in der Differenzierung nach sozialer Stellung des Haupteinkommensbeziehers für Rheinland-Pfalz fast durchweg

#### T 1

Nettoeinkommen, Aufwendungen für den privaten Verbrauch und Ersparnis privater Haushalte im ersten Halbjahr 2003

Soziale Stellung Haushaltstyp	Netto- ein- kommen	Aufwen- dungen für den privaten Verbrauch	Erspar- nis
	EUR je Haushalt und Monat		
Haushalte insgesamt	2 949	2 171	446
Darunter Haushalte nach ausgewählter sozialer Stellung des Haupteinkommensbeziehers			
Selbstständige	(5 075)	(2 936)	(1 658)
Arbeitnehmer/-innen	3 436	2 469	560
Beamte/Beamtinnen	4 611	3 283	732
Angestellte und Arbeiter/-innen	3 314	2 384	542
Angestellte	3 618	2 507	678
Arbeiter/-innen	2 840	2 194	329
Nichterwerbstätige (ohne Arbeitslose)	2 067	1 700	136
darunter			
Rentner/-innen und Pensionäre	2 169	1 763	150
Darunter Haushalte nach ausgewählten Haushaltstypen			
Allein lebende Männer	1 581	1 317	67
Allein lebende Frauen	1 525	1 291	127
Paar <sup>1)</sup>	3 566	2 570	594
ohne Kind	3 235	2 415	459
mit Kind(ern) <sup>2)</sup>	4 072	2 808	802

1) Ehepaare und nicht eheliche Lebensgemeinschaften. – 2) Ledige Kinder unter 18 Jahren.

günstigere Werte; nur bei den Nichterwerbstätigen sind die Ergebnisse geringfügig unterdurchschnittlich.

## Haushaltstyp und Einkommenshöhe

Paare mit Kindern verfügen über gut 4 000 Euro

Eine Untergliederung der Daten nach ausgewählten Haushaltstypen zeigt im Jahr 2003 für allein lebende Frauen und Männer mit 1 525 bzw. 1 581 Euro pro Monat ein annähernd gleiches Haushaltsnettoeinkommen. Ehepaare und nicht eheliche Lebensgemeinschaften verfügten monatlich im Durchschnitt netto über 3 566 Euro. In dieser Zahl sind die durchschnittlichen Nettoeinkommen von Paaren ohne Kinder mit 3 235 Euro sowie die von Paaren mit Kindern unter 18 Jahren mit durchschnittlich 4 072 Euro enthalten. Während sich das Nettoeinkommen Alleinlebender gegenüber 1998 praktisch nicht verändert hat, stellten sich Paare deutlich besser als fünf Jahre zuvor. Bei Paaren ohne Kinder ist ein Zuwachs um rund 12%, bei Paaren mit Kindern um gut 21% zu beobachten.

Im Vergleich mit dem früheren Bundesgebiet stellten sich 2003 in Rheinland-Pfalz Alleinlebende und Paare ohne Kinder mit ihrem monatlichen Nettoeinkommen ungünstiger, Paare mit Kindern dagegen deutlich günstiger.

## Wohnsituation der Haushalte

Im Rahmen der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe machen die befragten Haushalte auch Angaben zu ihren Wohnverhältnissen. Eine Auswertung dieser Daten zeigt mit 57% für Rheinland-Pfalz eine sehr hohe Wohneigentumsquote (Anteil der privaten Haushalte mit Wohneigentum an den Haushalten insgesamt). Im Bundesdurchschnitt liegt sie mit 43% deutlich niedriger. Ein wichtiger Grund für diesen überdurchschnittlichen Anteil an Wohneigentum im Land ist die eher ländlich geprägte Siedlungsstruktur. Sie erleichtert Haushalten auch unter dem Aspekt der Bodenpreise das Bauen.

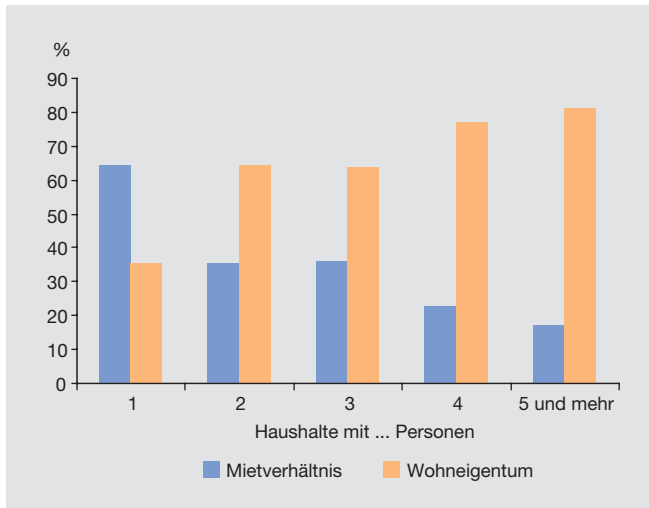
### T 2

Monatliche Aufwendungen privater Haushalte für den privaten Verbrauch im ersten Halbjahr 2003 nach sozialer Stellung des Haupteinkommensbeziehers

Gütergruppe	Ins- gesamt	Soziale Stellung			
		Beamte/ Beamtin- nen	Ange- stellte	Arbeiter/ -innen	Nicht- erwerbs- tätige
	EUR je Haushalt und Monat				
Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren	315	412	345	365	247
Bekleidung und Schuhe	116	177	143	112	77
Wohnen, Energie, Wohnungsinstandhaltung	721	893	751	712	650
Innenausstattung und Haushaltseinrichtung	113	181	145	97	89
Gesundheitspflege	81	258	65	37	89
Verkehr	303	615	421	360	146
Nachrichtenübermittlung	67	85	82	75	45
Freizeit, Unterhaltung, Kultur sowie Bildungswesen	249	405	310	248	188
Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen	98	144	119	95	77
Andere Waren und Dienstleistungen	107	113	124	94	91
Privater Verbrauch insgesamt	2 171	3 283	2 507	2 194	1 700

## S 2

## Wohnsituation der Haushalte nach Haushaltsgröße im Januar 2003



Mehrpersone Haushalte häufiger mit Wohneigentum

Zwischen dem Vorhandensein von Wohneigentum und der Haushaltsgröße wird ein ausgeprägter Zusammenhang deutlich. Während von den Einpersonenhaushalten gut ein Drittel Wohneigentum besitzt, sind es bei Zweipersonenhaushalten bereits fast zwei Drittel. In der gleichen Höhe liegt der Anteil bei den Haushalten mit drei Personen. Mit zunehmender Haushaltsgröße steigt die Eigentumsquote weiter an. So leben bereits deutlich mehr als drei Viertel der Vierpersonenhaushalte in den eigenen vier Wänden, von den Haushalten mit fünf und mehr Personen besitzen sogar gut 81% Wohneigentum.

### Aufwendungen für den privaten Verbrauch

Ein wichtiges Anliegen der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe ist die Ermittlung der Aufwendungen von Haushalten für den privaten Verbrauch, unterteilt nach

ausgewählten Gruppen von Gütern und Dienstleistungen.

Alle untersuchten Haushalte gaben im ersten Halbjahr 2003 durchschnittlich 2 171 Euro im Monat für ihren Verbrauch aus. Mit rund einem Drittel stellte der Bereich Wohnen, Energie und Wohnungsinstandhaltung den größten Ausgabenposten dar. Den mit 14,5% zweitgrößten Bereich bildeten Ausgaben für Nahrungs- und Genussmittel. Es folgten die Aufwendungen für die persönliche Mobilität (z. B. Kauf und Betrieb eines Autos) mit durchschnittlich 14% des privaten Verbrauchs. Auf den Bereich Freizeit, Unterhaltung, Kultur und Bildung entfielen schließlich rund 11% der monatlichen Ausgaben. Gegenüber 1998 haben sich damit die Schwerpunkte der monatlichen Verbrauchsaufwendungen nur unwesentlich verändert.

Rund ein Drittel der Ausgaben für Wohnen und Energie

### Erläuterung

Die aus der EVS ermittelten Einkommen stellen Durchschnittswerte dar, denen eine breite Streuung der einzelnen Beobachtungswerte zugrunde liegt.

Das Haushaltseinkommen enthält die Angaben aller Mitglieder der befragten Haushalte. Es setzt sich zusammen aus:

- Einkommen aus unselbstständiger Arbeit,
- Einkommen aus selbstständiger Arbeit,
- Einnahmen aus Vermögen,
- Einkommen aus öffentlichen Transferzahlungen,
- Einkommen aus nicht öffentlichen Transferzahlungen und aus Untermiete.

Nur in äußerst seltenen Fällen wird das Haushaltseinkommen eines realen Haushalts aus allen diesen Einkommensquellen gleichzeitig gespeist.

Während sich seit 1998 die Aufwendungen für den privaten Verbrauch insgesamt nur geringfügig erhöht haben, waren die Ausgaben für Energie bzw. Nachrichtenübermittlung im ersten Halbjahr 2003 um jeweils rund ein Viertel höher als fünf Jahre zuvor. Der größte Rückgang mit einem Minus von rund 12% war für den Bereich Innenausstattung, Haushaltsgeräte und Haushaltsgegenstände zu verzeichnen.

## Abhängigkeit der Ausgabenschwerpunkte von der Haushaltsstruktur

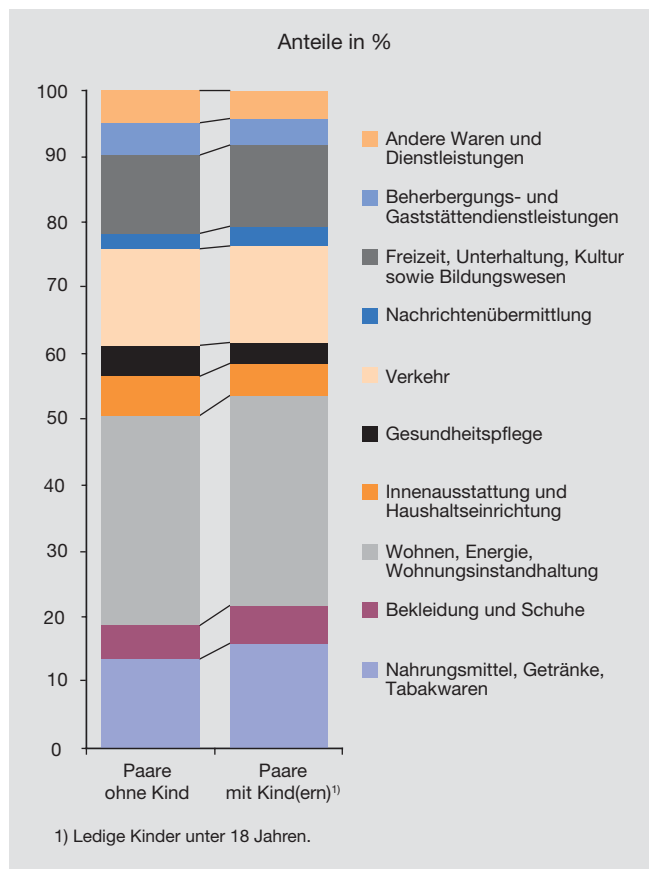
Nicht nur die absolute Höhe der Aufwendungen für den privaten Verbrauch, sondern auch deren Zusammensetzung ist erwartungsgemäß von der Haushaltsstruktur abhängig.

Unterschiede in der Ausgabenverteilung

So fallen bei den Angestelltenhaushalten, die über ein höheres Haushaltsnettoeinkommen als die Arbeiterhaushalte verfügen (3 618 zu 2 840 Euro), nicht nur die Ausgaben für den privaten Verbrauch mit 2 507 gegenüber 2 194 Euro deutlich höher aus, sie sind auch anders strukturiert. Bei Haushalten von Angestellten entfallen 30% der Aufwendungen auf Wohnen und Energie, bei Arbeiterhaushalten sind es 32,5%. Die Aufwendungen für Nahrungs- und Genussmittel machen bei Arbeitern ebenfalls einen höheren Anteil (16,6%) als bei Angestellten (13,8%) aus. Haushalte mit einem Nichterwerbstätigen als Haupteinkommensbezieher müssen sogar 38,2% ihres monatlichen Nettoeinkommens von 1 700 Euro für Wohnen und Energie aufwenden. Gespart wird für diese relativ höheren Aufwendungen beispielsweise bei den Ausgaben für Mobilität. In diesen Bereich fließen bei den

S 3

## Monatliche Aufwendungen von Paaren ohne Kind und mit Kindern im ersten Halbjahr 2003



Nichterwerbstätigen nur 8,6%, während die Aufwendungen bei Haushalten von Angestellten bzw. Arbeitern anteilmäßig rund doppelt so hoch sind.

Die Ausgaben für Wohnen und Energie zeigen erwartungsgemäß eine deutliche Abhängigkeit von der Haushaltsgröße. Wegen der üblicherweise höheren Quadratmetermieten für kleinere Wohnungen, aber auch wegen der deutlich geringeren Nettoeinkommen müssen kleine Haushalte einen größeren Anteil ihres Einkommens für diesen Bereich aufwenden als Haushalte mit mehreren Personen, die zudem noch häufiger Wohneigentum besitzen.



### Ersparnis

Monatliche  
Ersparnis im  
Durchschnitt  
446 Euro

Aus den Befragungen der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe lassen sich des Weiteren Erkenntnisse über die Ersparnisse der Haushalte ermitteln. Hierzu werden von den Ausgaben für die Sach- und Geldvermögensbildung die laufenden Einnahmen aus Kreditaufnahmen und die Zinszahlungen abgezogen. Die so berechnete durchschnittliche Ersparnis lag 2003 in Rheinland-Pfalz bei 446 Euro pro Monat. Sie war damit 140 Euro höher als fünf Jahre zuvor.

Da die Ersparnis im Wesentlichen von der Höhe des Haushaltsnettoeinkommens und den notwendigen Aufwendungen für den privaten Verbrauch abhängig ist, lag sie bei Haushalten von Angestellten mit 678 Euro

pro Monat deutlich höher als bei Arbeiterhaushalten (329 Euro) oder bei Haushalten von Nichterwerbstätigen. Letztere sparten im Durchschnitt 136 Euro monatlich. Auch allein lebende Frauen und Männer konnten wegen ihres deutlich niedrigeren Einkommens monatlich nur 127 bzw. 67 Euro einer Sparanlage zuführen, während Paare durchschnittlich fast 600 Euro sparten.

Im Bundesvergleich steht Rheinland-Pfalz mit der Höhe des Sparbetrags hinter Baden-Württemberg an zweiter Stelle, bezogen auf die ausgabefähigen Einnahmen mit einer Sparquote von 14,9% sogar auf dem Spitzenplatz. In Deutschland insgesamt liegt die Sparquote bei 11,4%, im Durchschnitt des früheren Bundesgebiets bei 11,8%.

### T 3

Ausstattung privater Haushalte mit ausgewählten Gebrauchsgütern im Januar 1998 und im Januar 2003

Gebrauchsgut	Rheinland-Pfalz		Deutschland	
	1998	2003	1998	2003
Anteil entsprechend ausgestatteter Haushalte in %				
<b>Fahrzeuge</b>				
Personenkraftwagen	80,3	84,1	75,1	76,9
Fahrrad	77,2	72,5	80,0	78,6
<b>Unterhaltungselektronik</b>				
Fernsehgerät	96,6	92,6	95,8	94,4
Videorecorder	64,4	66,5	62,4	67,8
Fotoapparat, Digitalkamera	84,2	79,4	86,3	83,4
Radiorecorder/Stereorundfunkgerät	79,3	84,0	80,4	83,9
Hi-Fi-Anlage	65,0	61,7	67,1	66,4
Satellitenempfangsanlage	41,5	49,2	28,8	36,8
Kabelanschluss	42,4	39,7	53,4	52,6
<b>Informations- und Kommunikationstechnik</b>				
Personalcomputer	42,1	61,2	41,5	61,4
Internet oder Online-Dienste	7,6	45,7	8,1	46,0
Telefon stationär (auch schnurlos)	95,9	92,6	96,8	94,5
Telefon mobil (Autotelefon, Handy)	11,7	74,2	11,2	72,5
Anrufbeantworter stationär	32,6	43,1	36,8	46,2
<b>Elektrische Haushaltsgeräte</b>				
Kühlschrank (auch mit Gefrierfach)	99,1	98,2	99,0	98,8
Gefrierschrank, Gefriertruhe	81,8	72,2	77,4	66,0
Geschirrspülmaschine	49,7	62,5	44,8	56,6
Mikrowellengerät	53,7	64,2	50,8	62,7
Waschmaschine	92,8	95,4	91,6	93,5
Wäschetrockner	40,2	48,1	29,4	36,5



## Mobilität der Haushalte

Anteil der Haushalte mit Pkw weiter gestiegen

Die individuelle Mobilität der Bevölkerung hat sich im Zeitablauf deutlich erhöht. Das belegt die Ausstattung der Haushalte mit Personenkraftwagen. So war 2003 in rund 84% aller Haushalte mindestens ein Pkw vorhanden. Fünf Jahre zuvor lag der Anteil noch bei gut 80%, vor 30 Jahren bei rund 58%. Im Bundesdurchschnitt haben rund 77% der Haushalte ein Kraftfahrzeug.

Der für Rheinland-Pfalz wesentlich höher liegende Wert ist ein Indiz dafür, dass mit der Anschaffung eines Pkw dem im ländlichen Bereich wesentlich stärkeren Zwang zum Individualverkehr begegnet wird. Dies wird verdeutlicht durch die Betrachtung des Ausstattungsbestands. Während im Bundesdurchschnitt auf 100 Haushalte 102 Pkw kommen, sind es in Rheinland-Pfalz über 118 Personenwagen. Mit zunehmender

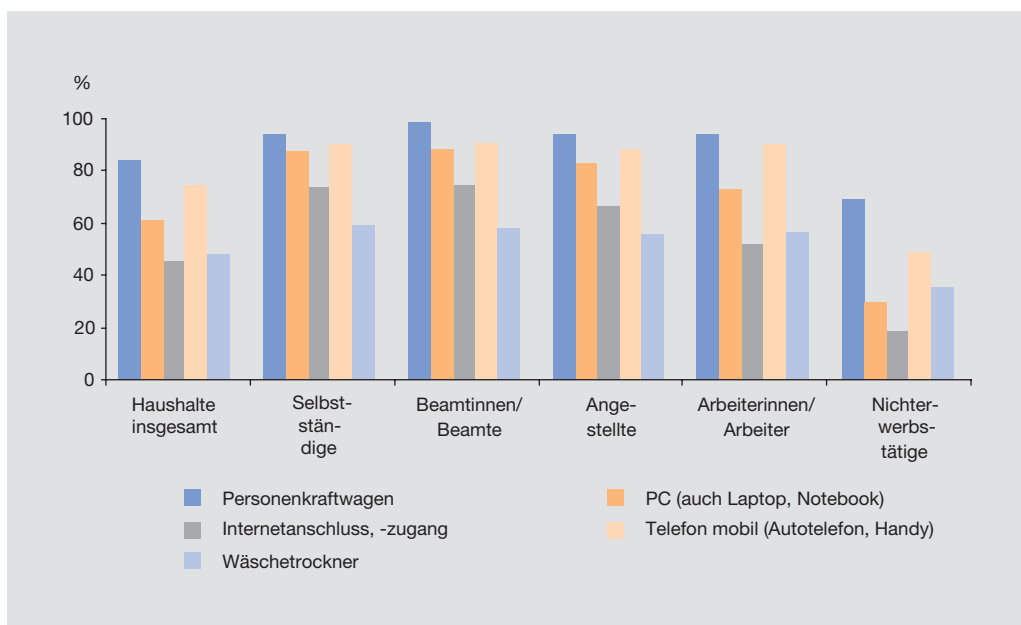
der Haushaltsgröße steigt der Anteil der Haushalte, die einen Pkw besitzen. Während nicht ganz zwei Drittel der allein in einem Haushalt Lebenden über einen Pkw verfügen, haben fast alle Vierpersonenhaushalte mindestens ein Fahrzeug. Auch die soziale Stellung des Haupteinkommensbeziehers hat Einfluss auf das Vorhandensein eines Pkw. Während über 98% der Beamtenhaushalte ein Fahrzeug besitzen, sind es bei Haushalten von Nichterwerbstätigen nur rund 69%.

Der in den letzten 30 Jahren gleichlaufende Anstieg des Besitzes von Fahrrädern zeigt, dass hier eine Bedeutungsänderung stattgefunden hat: weg vom zwingend erforderlichen Fortbewegungsmittel hin zum Sport- und Freizeitgerät. Aktuell besitzen fast drei Viertel aller Haushalte mindestens ein Fahrrad, 1973 war es nur etwas mehr als die Hälfte aller Haushalte.

Fahrrad zusätzlich zum Pkw

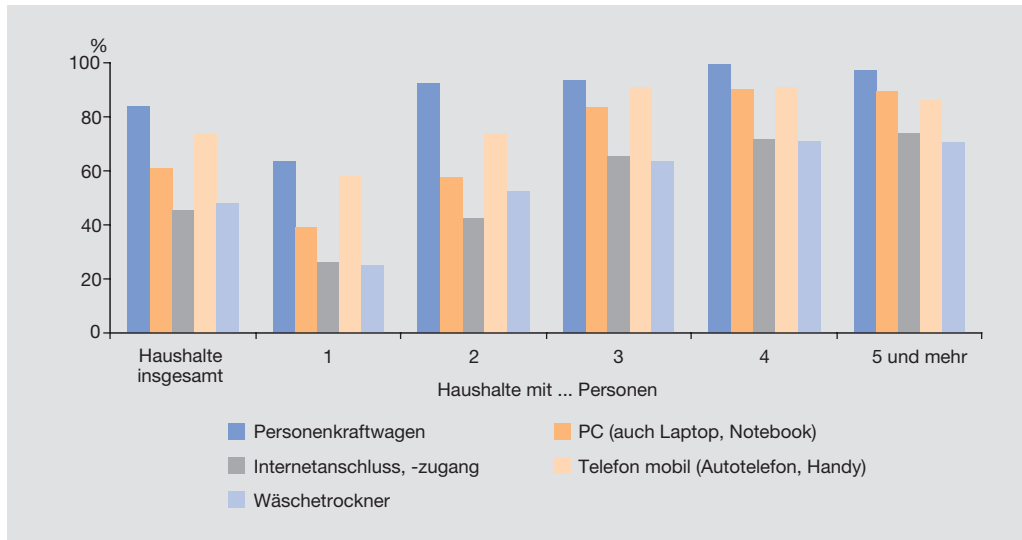
S 4

### Ausstattung privater Haushalte mit ausgewählten Gebrauchsgütern nach sozialer Stellung des Haupteinkommensbeziehers im Januar 2003



## S 5

## Ausstattung privater Haushalte mit ausgewählten Gebrauchsgütern nach Haushaltsgröße im Januar 2003



## Ausstattung mit Unterhaltungselektronik

Versorgungsgrad bei Mehrpersonenhaushalten höher

Der Versorgungsgrad der Haushalte mit dem Unterhaltungsmedium Fernsehen liegt in Rheinland-Pfalz, wie auch in der gesamten Bundesrepublik, deutlich über 90%. Bei Vierpersonenhaushalten ist annähernd eine Vollversorgung erreicht. Zwei Drittel der Haushalte verfügen zusätzlich über einen Videorecorder. Knapp die Hälfte aller rheinland-pfälzischen Haushalte hatte 2003 eine Satellitenempfangsanlage, rund 40% verfügten über einen Kabelanschluss. Dabei waren Satellitenanlagen mit steigender Haushaltsgröße häufiger vorhanden, während Kabelanschlüsse eher in kleineren Haushalten zur Verfügung standen. In diesem Ergebnis spiegelt sich wider, dass größere Haushalte häufiger über Wohneigentum verfügen – mit der Möglichkeit, sich eine eigene Empfangsanlage zu installieren. Gegenüber 1998 nahm der Anteil der Haushalte mit Satellitenanschluss um fast 8 Prozentpunkte zu, während der Versor-

gungsgrad mit Kabelanschlüssen um über 2 Prozentpunkte zurückging.

## Ausstattung mit Informations- und Kommunikationstechnologie

Umfang und Geschwindigkeit der Verbreitung von Informations- und Kommunikationstechnologien spiegelt sich auch in der Ausstattung der Haushalte mit entsprechenden Gütern wider. Während die Versorgung mit Festnetztelefonen schon seit Ende der 1980er Jahre bei über 90% liegt, hat der Besitz von Mobiltelefonen gerade in den letzten Jahren einen gewaltigen Aufschwung genommen. Besaßen 1998 rund 12% aller Haushalte ein Handy oder ein Autotelefon, waren es fünf Jahre später bereits mehr als 74%. Besonders starke Zuwächse wurden bei Mehrpersonenhaushalten sowie bei Haushalten von Beamten, Angestellten bzw. Arbeitern (mit Ausstattungsgraden um 90%) beobachtet. Auch die Ausstattung mit Heimcomputern hat

Hohe Zuwachsraten bei Mobiltelefonen

Knapp die Hälfte der Haushalte im Internet

sich in den letzten Jahren wesentlich verbessert. Heute verfügen gut 61% der Haushalte über einen PC, im Jahr 1998 lag der Versorgungsgrad erst bei 42%. Die Zunahmen waren bei kleineren Haushalten und bei Arbeiterhaushalten überdurchschnittlich hoch. Ebenfalls gestiegen ist die Verfügbarkeit von Internetzugängen. Während der Anteil 1998 noch bei weniger als 8% lag, hatten 2003 fast 46% der Haushalte einen Zugang zum World Wide Web. Verantwortlich hierfür sind überdurchschnittliche Zuwächse bei Mehrpersonenhaushalten bzw. bei Haushalten von Erwerbstätigen.

## Ausstattung mit Haushaltsgeräten

Haushaltsgröße beeinflusst Ausstattung

Während bei Kühlschrank und Waschmaschine fast von einer Vollversorgung der Haushalte gesprochen werden kann, be-

sitzen weniger als zwei Drittel der rheinland-pfälzischen Haushalte eine Geschirrspülmaschine und weniger als die Hälfte einen Wäschetrockner. Hier spielen kleine Haushalte die wesentliche Rolle, die solche Ausstattungen wegen der geringen Personenzahl seltener benötigen als Mehrpersonenhaushalte.

Helmut Kollmar, Diplom-Volkswirt, leitet die Abteilung Gesellschaft, Bevölkerung, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen.

# Privatisierung der amtlichen Statistik – oder eine Anstalt des öffentlichen Rechts?



Von Dr. Stephan Danzer

Die Anforderungen an die amtliche Statistik haben sich in den letzten Jahren stark verändert. Zwar haben die statistischen Ämter weiterhin qualitativ hochwertige Daten bereitzustellen, damit Politik, Gesellschaft und Wirtschaft für ihre Entscheidungen eine fundierte Basis besitzen, darüber hinaus werden aber von der amtlichen Statistik insbesondere Auswertungen und Analysen der festgestellten statistischen Ergebnisse verlangt. Vor diesem Hintergrund ist zu überdenken, ob die derzeitige Organisation der statistischen Landesämter die neuen Aufgaben erfüllen kann oder andere Formen diesen Anforderungen zielgenauer gerecht werden. Der vorliegende Beitrag setzt sich argumentativ mit den Möglichkeiten der „Privatisierung“ und der Einrichtung als „Anstalt des öffentlichen Rechts“ auseinander.

## Pro und Contra

Es gibt kaum einen staatlichen Bereich, über dessen Privatisierung nicht diskutiert wird. Einige staatliche Unternehmen oder Unternehmensteile sind bereits „versilbert“. Auch die amtliche Statistik bleibt von der Frage ihrer Privatisierung nicht verschont. Das beruht auf einem grundsätzlichen Bedürfnis, bisher staatliche Angelegenheiten dem „freien Spiel der Kräfte“ zu überlassen und sich auf staatliche Kernaufgaben zu beschränken. Der Staat sieht nicht mehr die Notwendigkeit, in unternehmensnahen Aufgabenbereichen aktiv mitzuwirken.

Steigerung der Effizienz erreicht wird. Angesichts angespannter bzw. zu sanierenden öffentlicher Haushalte sind auch die Grenzen des staatlich Machbaren greifbar geworden.

Diese Einschätzung der Vorteile einer Privatisierung staatlicher Angelegenheiten bleibt nicht unwidersprochen. Die Kritiker sehen Qualitätseinbußen, weil freie Unternehmer vor allem Kostenminimierung erreichen wollen. Der „Verkauf“ staatlicher Aufgaben und Unternehmen mit dem Ziel der Haushaltskonsolidierung kann nach dieser Ansicht nur bedingt nachhaltige Lösungen der strukturellen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Probleme bieten. Schließlich geht die Privatisierung oftmals mit einem Abbau von Arbeitsplätzen und den damit verbundenen nachteiligen Folgen einher.

... oder Qualitätseinbußen?

Steigerung der Effizienz durch Privatisierung ...

Die Befürworter sind davon überzeugt, dass durch einen intensiveren Wettbewerb und die Ausnutzung von Produktivitätsvorsprüngen privater Unternehmen eine

## Neustrukturierung der amtlichen Statistik

Zusammenführung von Ämtern als Effizienzsteigernde und kostendämpfende Maßnahme

Die vorgenannten Argumente für eine Privatisierung sind nicht wirklich neu. Die Empfehlungen der Rechnungshöfe des Bundes und der Länder anlässlich der Prüfung einiger statistischer Landesämter enthalten teilweise eine vergleichbare Diktion. Die Begriffe „Effizienz“, „Effektivität“ und „Optimierung von Produktionsprozessen“ sowie Vorschläge für kostensenkende Maßnahmen durchziehen die Anforderungen an die amtliche Statistik. Bei Worten allein ist es nicht geblieben. Die Zusammenführung der Statistischen Landesämter Hamburg und Schleswig-Holstein beispielsweise begründet der Gesetzgeber vornehmlich mit der Erzielung von Effizienzsteigerungen und Kostenreduzierungen. Das nunmehr gemeinsame Statistische Amt soll Synergiepotenziale nutzen und damit den Haushalt entlasten. Erreicht wird dies insbesondere mit der Reduzierung von Personalkosten.<sup>1)</sup>

Trotz aller übereinstimmenden Begrifflichkeit mit den Beweggründen für eine Privatisierung bleibt es bei der „amtlichen“ Statistik in Hamburg und Schleswig-Holstein. Ausdrücklich wird die hoheitliche Aufgabe der durchzuführenden Statistiken mit der

neu gegründeten Anstalt des öffentlichen Rechts betont.<sup>2)</sup> Kann es da ausbleiben, über eine Privatisierung der amtlichen Statistik weiter nachzudenken? Sicherlich nicht bei einem modernen, an wirtschaftlichen Bedingungen ausgerichteten Staat.

Ungeachtet des ökonomischen Ansatzes für eine Privatisierung haben hinsichtlich der Aufgabe der amtlichen Statistik in einer demokratischen Gesellschaft Überlegungen eingesetzt, diese neu zu strukturieren. Die dem Grunde nach verfassungsrechtliche Argumentation setzt die Kenntnis der Funktion einer amtlichen Statistik vor dem Hintergrund der politischen Willensbildung einer demokratischen Gesellschaft voraus.

Nicht nur der ökonomische Ansatz spricht für eine Umstrukturierung

## Statistik in der demokratischen Gesellschaft

Die Ergebnisse der amtlichen Statistik sind nach übereinstimmender Auffassung ein für jedermann zugängliches und damit öffentliches Gut.<sup>3)</sup>

Politische Planung und Gestaltung sind bis heute nur auf fundierten Grundlagen möglich. Gerade eine moderne Volkswirtschaft kann ihre Zukunft in gesellschaftlicher, wirtschaftlicher und ökologischer Hinsicht nur mit umfassenden Informationen sichern. Das gesamte statistische Programm spiegelt, über den speziellen Verwendungszweck einzelner Statistiken hinaus, die Grunddaten der gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und ökologischen Strukturen wider. Erst die enge Verzahnung aller drei Bereiche verdeutlicht die Wechselwirkungen sowie Abhängigkeiten und ermöglicht

Politisches Handeln braucht Grunddaten der gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und ökologischen Strukturen

1) So: Bürgerschaft der Freien und Hansestadt Hamburg, Drucksache 17/3233, S. 1, und Drucksache 17/3522, S. 1.

2) Ebenda, Drucksache 17/3233, S. 22.

3) Seegmüller, Gerhard: Die Stellung eines Statistischen Landesamtes und seiner Datenverarbeitung in der Öffentlichkeit und innerhalb der staatlichen Einrichtungen, in: Baden-Württemberg in Wort und Zahl 1988, S. 320 ff. (321); Wingen, Max: Herausforderungen der amtlichen Statistik durch den gesellschaftlichen Wandel, in: Allgemeines Statistisches Archiv 1989, S. 16 ff. (31); Stäglin: Auswirkungen gesellschaftlicher Veränderungen auf Funktion und Arbeitsweise der amtlichen Statistik, in: Reiner / Wagner, Gert (Hrsg.): Auswirkungen gesellschaftlicher Veränderungen auf Funktion und Arbeitsweise der amtlichen Statistik – Berlin als Beispiel, Berlin 1990, S. 13 ff. (16).

nur dann eine systematische Beobachtung und eine vorausschauende Planung.<sup>4)</sup> Die amtliche Statistik bietet somit das notwendige Fundament für politische Entscheidungen.<sup>5)</sup>

Amtliche Statistik ermöglicht eine Überprüfung staatlichen Handelns

Die Ergebnisse der amtlichen Statistik decken gesellschaftliche und wirtschaftliche Probleme auf und offenbaren den politischen Handlungsbedarf. Vorhandene gesetzliche Regelungen können auf ihre Wirksamkeit überprüft werden. Insbesondere bedürfen die mit dem Ausbau des Sozialstaates einhergehenden erheblichen staatlichen Leistungsgewährungen der Kontrolle dahingehend, ob die Leistungszwecke erreicht werden bzw. inwieweit staatliche Unterstützung noch erforderlich ist.<sup>6)</sup>

Zugriff auf Informationen nicht auf Einzelne beschränkt

Die angesprochenen politischen Maßnahmen sind nicht auf die Verwaltungstätigkeit beschränkt. In einer demokratischen Gesellschaft haben nicht nur die Ministerien Zugriff auf die Informationen der amtlichen Statistik, sondern vielmehr auch die Entscheidungsträger in den Parlamenten. Dar-

über hinaus müssen die Bevölkerung, die Arbeitgeberverbände, die Gewerkschaften und alle anderen Interessenvertreter die Möglichkeit haben, auf die Daten der amtlichen Statistik zuzugreifen. Mit dem Zugriffsrecht auf die amtliche Statistik haben die Bürgerinnen und Bürger einen Informationsstand vergleichbar dem der staatlichen Organe. Somit wird die Bevölkerung in die Lage versetzt, eigene Vorstellungen zu entwickeln und den Gesetzgeber sowie das Regierungshandeln zu kontrollieren. Nach den Landesverfassungen hat die Bevölkerung zudem eine eigene Gesetzgebungskompetenz. Die für die Verwirklichung von Volksbegehren und Volksentscheid eventuell notwendige Zahlenbasis bietet die amtliche Statistik. Das allgemein zugängliche Informationsangebot gleicht somit die Machtverhältnisse aus und gewährleistet in einer demokratischen Gesellschaft die notwendige Transparenz.<sup>7)</sup> Darüber hinaus liefert die amtliche Statistik wichtige Grundlagen für den Dialog und die Verhandlungen gesellschaftlicher Gruppen. Beispielsweise benötigen die Tarifpartner fundierte Zahlen zur Ausgestaltung des Tarifrechts.<sup>8)</sup> Damit erfüllt die amtliche Statistik auch eine friedensstiftende Funktion.

Gleicher Informationsstand ermöglicht demokratische Mitwirkung

4) Merk, Hans Günther: Statistik auf dem Weg ins nächste Jahrtausend, in: Merk, Hans Günther / Bürgin, Gerhard u. a. (Hrsg.): Statistik 2000 – Zukunftsaufgaben der amtlichen Statistik, Schriftenreihe Forum der Bundesstatistik, Bd. 27, S.13 ff. (19); Bartels, Hildegard / Fürst, Gerhard: Entwicklung in der Organisation der amtlichen Statistik der Bundesrepublik Deutschland, in: Allgemeines Statistisches Archiv 1973, S. 237 ff. (242).

5) Hohmann-Dennhardt, Christine: Amtliche Statistik und ihre Bedeutung für die demokratische Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland, in: Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Amtliche Statistik – Ein konstitutives Element des demokratischen Staates, Wiesbaden 1999, S. 15 ff. (19); Krupp, Hans-Jürgen: Zur Rolle der Statistik auf dem Wege in die Informationsgesellschaft, in: Hanau, Klaus / Hujer, Reinhard / Neubauer, Werner (Hrsg.): Wirtschafts- und Sozialstatistik – Empirische Grundlagen politischer Entscheidungen – Heinz Grohmann zum 65. Geburtstag, Göttingen 1986, S. 20; ders.: Zur Rolle der Statistik in der Informationsgesellschaft, in: Wirtschaft und Statistik 2003, S.75 ff. (76).

6) Zypries, Brigitte: Politik und Statistik, in: Allgemeines Statistisches Archiv 2001, S. 141 ff. (142 f.).

7) Zypries, a. a. O., S. 143 f.; von der Lippe, Peter: Ideal und Realität der amtlichen Statistik in Deutschland, in: Wirtschaft und Statistik 2000, S. 709 ff. (716); Wingen, a. a. O., S. 31; Hohmann-Dennhardt, a. a. O., S. 20.

8) Zypries, a. a. O., S. 143.

9) Merk, a. a. O., S. 13 f.; Neise-Mundt, Rita: Anforderungen an die amtliche Statistik aus der Sicht der Wirtschaft, in: Stäglin/Wagner, a. a. O., S. 21 ff. (21).

Der Auftrag, grundlegende Informationen über den Zustand von Gesellschaft und Wirtschaft anzubieten, verpflichtet dazu, zuverlässige Daten zur Verfügung zu stellen. Ungenauigkeiten mindern die Zuverlässigkeit von wirtschaftlichen sowie sozialen Prognosen und führen zu falschen Konsequenzen, die die Statistik gerade zu verhindern sucht. Darüber hinaus verliert die Statistik bei mangelnder Qualität an Glaubwürdigkeit und damit an ihrer herausgehobenen Funktion in der Gesellschaft.<sup>9)</sup>

Zuverlässigkeit der Daten geboten

## Streit der Professoren

### Auffassung Wagners

Neue statistische Infrastruktur mit Elementen des Wettbewerbs

Angesichts der beschriebenen Aufgabe der Statistik in der demokratischen Gesellschaft fordert Wagner anstelle der amtlichen Statistik eine neue „Statistische Infrastruktur“.<sup>10)</sup> Er sieht ebenfalls die Notwendigkeit, der Gesellschaft statistische Basisdaten als öffentliches Gut zur Verfügung zu stellen. Die Ergebnisse sind deshalb öffentlich zu finanzieren und allen Interessierten zugänglich zu machen. Die Statistikproduktion bedarf aber gewisser Elemente des Wettbewerbs. Von der Festlegung des Erhebungsprogramms bis zur Publikation der Ergebnisse sind Wertentscheidungen zu treffen. Diese können in einer demokratischen Gesellschaft nicht allein von Ministerien sowie Statistikern der Ämter des Bundes und der Länder getroffen werden. In diesem Fall gehen innovative Ideen und die für die Demokratie notwendige Transparenz verloren. Dies führt schließlich zu einer geminderten Qualität der statistischen Ergebnisse. Im Einzelnen:

Der Gesetzgeber ist bei der Festlegung des statistischen Erhebungsprogramms von mehreren Wettbewerbern zu beraten. Dies setzt auch voraus, dass die statistischen Ämter nicht bei den Ministerien, son-

dern beim Parlament angesiedelt werden. Bei der Umsetzung der zu erhebenden Merkmale in ein statistisches Messkonzept gibt es unterschiedliche Konstrukte (Adäquationsproblematik). Es bestehen zudem verschiedene Möglichkeiten, fehlende Angaben durch eine optimale Erhebungsform zu minimieren. Weiterhin können die statistischen Daten auf mannigfache Weise aufbereitet und weitergeleitet werden. Dies reicht von Standardtabellen bis zu Aufbereitungen für wissenschaftliche Zwecke. Es muss ferner möglich sein, die statistischen Daten durch Externe auf ihre Qualität prüfen zu lassen. Nicht zuletzt müssen die Ergebnisse neutral publiziert werden.

Die Umsetzung der beschriebenen Forderungen vor allem bei der Statistikproduktion und -kontrolle kann nach der Meinung Wagners nur mit der Beteiligung privater Anbieter und wissenschaftlicher Institute erfolgen. Sie gewährleisten die für die Demokratie notwendige Transparenz und den erforderlichen Wettbewerb. Die Datensicherheit sieht Wagner durch zu schließende rechtliche Arrangements im nicht staatlichen Bereich als ungefährdet an. In diesem Bereich sind Verletzungen des Statistikgeheimnisses auch bisher nicht vorgekommen. Zudem spricht nichts dagegen, bei privater Erhebung die Auskunftspflicht festzuschreiben. Ihre Durchsetzung kann per Delegation auf Privatpersonen übertragen werden. Schließlich wird die Errichtung einer von der Produktion unabhängigen Behörde vorgeschlagen, die die von Gesetzes wegen benötigte „Amtlichkeit“ statistischer Ergebnisse feststellt. Damit ist auch ein weiterer Beitrag zur Objektivität und Neutralität statistischer Daten geleistet.<sup>11)</sup>

Datensicherheit und Auskunftspflicht zwingen nicht zu einer Begrenzung auf staatliche Organe

10) Wagner, Gert: „Amtliche Statistik“ oder „Statistische Infrastruktur“? – Überlegungen zu den empirischen Grundlagen der Wirtschaftspolitik, in: Europa-Universität Viadrina (Hrsg.): Antrittsvorlesungen IV, Frankfurt (Oder) 1998, S. 47 ff.; ders.: Re-Regulierung statt Privatisierung der statistischen Infrastruktur – eine Antwort auf Peter von der Lippe's Frage „Privatisierung der amtlichen Statistik“, in: Wirtschaft und Statistik 1999, S. 660 ff.; Wagner, Gert / Schupp, Jürgen / Stäglich, Reiner: Entbürokratisierung der Statistik durch Flexibilisierung, in: DIW-Wochenbericht 24/2003.

11) Unterstützung für einen Wettbewerb in der amtlichen Statistik erhält Wagner von Krupp, a. a. O., S. 79.



## Ansicht von der Lippe

Kosten der Datengewinnung und internationale Zusammenarbeit sprechen für Statistik als staatliche Aufgabe

Den vorgenannten Ausführungen widerspricht insbesondere von der Lippe.<sup>12)</sup>

Nach seiner Auffassung sind statistische Daten ein wesentliches Element der demokratischen Gesellschaft mit dem Anspruch von Objektivität, Neutralität und wissenschaftlicher Unabhängigkeit. Dieser hohe Standard kann von privaten Anbietern angesichts der dafür zu erwartenden hohen Kosten nicht gehalten werden. Unterschiedliche Regierungen werden zudem den privaten Anbieter aussuchen, der die für sie günstigen Ergebnisse liefern kann. Fraglich ist darüber hinaus, wer die notwendigen Daten in zeitlicher und räumlicher Hinsicht bereithält. Für die Qualität der statistischen Informationen ist die Richtigkeit der erhobenen Daten unabdingbar. Diese werden von den Auskunftspflichtigen aber nur dann offenbart, wenn ihre Angaben ausschließlich für die Statistik verwendet werden. Das Statistikgeheimnis ist bei privaten Anbietern mit eigenen geschäftlichen Interessen vor allem im Hinblick auf sensible Daten von Unternehmen nicht gesichert. Die internationalen Vorgaben bei statistischen Berechnungen fordern zudem eine Zusammenarbeit von mehreren Staaten, um zu guten und konsistenten Ergebnissen zu gelangen. Das Ziel wird nur durch einen nationalen Ansprechpartner realisiert. Weiterhin muss gefragt werden, ob vor dem Hintergrund mangelnder Kenntnisse bei der Produktion

statistischer Ergebnisse eine Behörde noch in der Lage ist, die Amtlichkeit statistischer Daten festzustellen.<sup>13)</sup>

Die Abwägung vorgenannter Argumente führt nach dieser Sicht zu dem Ergebnis, dass eine Privatisierung der statistischen Ämter derzeit kaum vorstellbar ist. Beide Autoren sind sich über die Bedeutung der amtlichen Statistik als öffentliches Gut in einer demokratischen Gesellschaft einig. Im Gegensatz zu von der Lippe weist Wagner in Teilbereichen auf Möglichkeiten hin, die statistische Produktion zumindest partiell durch private Anbieter zu ergänzen. Eine völlige Privatisierung mit der Verabschiedung des Staates von dieser Aufgabe schließt er ebenfalls ausdrücklich aus.

## Fazit

Völlige Privatisierung nach überwiegender Meinung derzeit ausgeschlossen

## Anforderungen an die amtliche Statistik

Dies sollte aber die amtliche Statistik nicht in Sicherheit wiegen. Die bestehenden und die neuen Anforderungen an die amtliche Statistik müssen sachgerecht erfüllt werden, auch wenn sie sich teilweise widersprechen. Hier ist ein ausgewogenes Verhältnis der unterschiedlichen Zielsetzungen zu realisieren. Gelingt der Erhalt eines qualitativ guten Angebots der amtlichen Statistik nicht, werden immer wieder die vorhandenen Strukturen der amtlichen Statistik auf dem Prüfstand stehen. Deshalb ist bereits heute zu fragen, ob mit einer neuen organisatorischen Einbindung die vielgestaltigen Herausforderungen erfüllt werden können.

Ausgewogenes Verhältnis unterschiedlicher Zielsetzungen muss erreicht werden

Einige wesentliche Anforderungen an die amtliche Statistik sind im Folgenden aufzuführen:

Anforderungen zielen auf ...

12) Von der Lippe, Peter: Privatisierung der amtlichen Statistik, in: Wirtschaft und Statistik 1988, S. 928 ff.; ders.: Bemerkungen zum Aufsatz „Re-Regulierung statt Privatisierung der statistischen Infrastruktur“ von Gert Wagner, in: Wirtschaft und Statistik 1999, S. 663 ff.

13) Unterstützung für seine Ansicht erhält von der Lippe von Hiss, Dieter / Schröder, Wolfgang: Amtliche Statistik – künftig unabhängig wie die Deutsche Bundesbank, in: Stäglich / Wagner, a. a. O., S. 129 ff. (132).



... Qualität Die zu ermittelnden Daten müssen von hoher Qualität sein. Allein auf der Grundlage zuverlässiger und korrekter Daten kann geplant, gestaltet und kontrolliert werden. Dies gewährleistet nur eine objektive, neutrale und wissenschaftlich unabhängige Arbeitsweise.<sup>14)</sup>

... Aktualität Angesichts der schnellen Änderung ökonomischer und gesellschaftlicher Zustände hat die amtliche Statistik aktuelle und kundenorientiert aufbereitete Informationen anzubieten. Erst dann sind Politik und Gesellschaft in der Lage, flexibel auf die verschiedenen Fragestellungen zu reagieren, um zum relevanten Zeitpunkt auf einer gesicherten Datenbasis die richtige Entscheidung zu treffen.<sup>15)</sup>

... begründete Auskunftspflicht Das Grundrecht auf informationelle Selbstbestimmung verpflichtet den Gesetzgeber, sowohl die Auskunftspflicht als auch ihren Umfang für jede Statistik einzeln zu begründen. Ein Grundrechtseingriff kann nur gerechtfertigt sein, wenn ein möglichst hoher Grad an Genauigkeit und Wahrhaftigkeit der erhobenen Daten für eine funktionsfähige Statistik erreicht werden soll.<sup>16)</sup> Trotz dieser verfassungsrechtlich hohen Hürden fordert die Gesellschaft eine weitere Reduzierung der Befragungsbelastung durch die amtliche Statistik.<sup>17)</sup> Damit stellt sie immer wieder die Frage nach dem Sinn und Zweck von

Statistik an sich. Vor diesem Hintergrund ist der Nutzen der amtlichen Statistik stets neu zu erläutern. Dies gelingt nur durch eine verständliche Darlegung der festgestellten statistischen Ergebnisse und ihrer Folgerungen.

Die statistischen Landesämter haben durch die Einführung moderner Hard- und Software und durch organisatorische Maßnahmen für eine effiziente und effektive Produktion zu sorgen.

... und Effizienz

## Inhaltliche Ausrichtung der amtlichen Statistik

Die amtliche Statistik antwortet auf die Herausforderungen mit einer Vielzahl von inhaltlichen Angeboten, von denen im Folgenden nur einige genannt werden:

Das statistische Programm soll stets einer eingehenden Aufgabenkritik unterzogen werden. Dabei ist eine Kosten-Nutzen-Analyse vorzunehmen, die neben den Kosten für die öffentliche Hand auch diejenigen der Auskunftspflichtigen berücksichtigt.<sup>18)</sup> Ziel ist es, die Berichtspflichtigen, ob die Unternehmen oder die Bürgerinnen und Bürger, aber auch die amtliche Statistik selbst von nicht mehr notwendigen Erhebungen zu befreien. Im Rahmen der Überprüfung muss allerdings die Gesamtschau aller Statistiken berücksichtigt werden. Erst das Ineinandergreifen aller Statistiken gibt ein realistisches Bild der wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und ökologischen Zusammenhänge wieder. Zudem muss die Qualität der amtlichen Statistik erhalten bleiben. Sie ist nur dann funktionsfähig, wenn alle für die Politik entscheidungsrelevanten Daten zur Verfügung stehen.<sup>19)</sup>

Aufgabenkritik:  
Das statistische  
Programm ist  
ständig zu über-  
prüfen

14) Wingen, a. a. O., S. 33.

15) Hohmann-Dennhardt, a. a. O., S. 17.

16) BVerfGE 65, 1 ff. (50, 55).

17) Hohmann-Dennhardt, a. a. O., S. 21; Zypries, a. a. O., S. 148.

18) Meyer-Teschendorf, Klaus / Hofmann, Hans: Bereinigung der Bundesstatistik – Abbau von Verwaltungsvorschriften und Standards – Reform der Behördenstruktur, in: DÖV 1998, S. 218 f.

19) Merk, a. a. O., S. 19; Hahlen, Johann: Amtliche Statistik zwischen „Schlanke Staat“ und „Informationsgesellschaft“, in: Wirtschaft und Statistik 1998, S. 97 ff. (98).

Neue Erhebungsmethoden zur Verringerung der Belastung für die Befragten

Bereits das Bundesverfassungsgericht sah es aufgrund des Verhältnismäßigkeitsgrundsatzes als erforderlich an, neu erarbeitete Methoden bei der Erhebungstätigkeit einfließen zu lassen, um von der Totalerhebung zu eingeschränkten Auswahlkreisen zu gelangen. Das bedeutet, den Kreis der Auskunftspflichtigen möglichst klein zu halten, soweit dies ausreicht, genaue und wahrhaftige Daten zu erhalten.<sup>20)</sup> Angesichts dessen ist die Methodenforschung in Zusammenarbeit mit der Wissenschaft weiter zu intensivieren.<sup>21)</sup> Darüber hinaus soll mit Hilfe von Registerauswertungen und Stichprobenerhebungen die Belastung der Bürgerinnen und Bürger wie der Unternehmen weiter gesenkt werden.

Verbesserte Information erforderlich, um Bedeutung und Nutzen der Ergebnisse verständlich zu vermitteln

Weiterhin empfinden die Auskunftspflichtigen ihre Obliegenheit weniger belastend, wenn sich ihnen der Nutzen der Statistik erschließt. Das ist auch ganz im Sinne des demokratischen Verständnisses der amtlichen Statistik. Als Grundlage für die politischen Entscheidungen sollen alle Interessierten über die Bedeutung und den Nutzen der einzelnen Statistiken Kenntnis erhalten. Dann findet die amtliche Statistik auch die notwendige Akzeptanz in der Gesellschaft. Erreicht werden kann dies durch eine entsprechende Information der Betroffenen. Sie soll zum einen den Zweck

der jeweiligen Statistik verdeutlichen und zum anderen dem betroffenen Auskunftspflichtigen das konkrete Ergebnis sowie seine Nutzenanwendung näher bringen.<sup>22)</sup> Die Kundenorientierung hat insbesondere die Aufgabe, die Informationsflut an Daten entsprechend den Informationswünschen aufzubereiten.<sup>23)</sup> Aufgrund ihrer besonderen Funktion für die politische Willensbildung sollen die Ergebnisdarstellungen verständlich aufbereitet sein.<sup>24)</sup>

Aufgrund der Empfehlungen der Rechnungshöfe des Bundes und der Länder haben die Amtsleitungen der statistischen Ämter zur Optimierung amtsinterner und ämterübergreifenden Zusammenarbeit den so genannten Masterplan entwickelt. Danach sollen vor allem medienbruchfreie Datenlieferungen möglich sein sowie eine Zentralisierung von statistischen Arbeiten insbesondere im IT-Bereich erzielt werden.<sup>25)</sup>

Im Blick des „Masterplans“: Rationalisierung der Produktionsabläufe

## Eine Anstalt öffentlichen Rechts als eine Antwort auf die Herausforderungen

Die beschriebenen Herausforderungen können in der Rechtsform einer Anstalt des öffentlichen Rechts besser bewältigt und die bisher geleisteten Anstrengungen zur Qualitätsverbesserung der amtlichen Statistik weiter optimiert werden. Der Staat ist bisweilen angesichts einer zunehmenden Komplexität des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lebens und seiner Verwissenschaftlichung überfordert, alle öffentlichen Aufgaben ohne eine geeignete Unterstützung zu erledigen. Deshalb sind

Anstalt des öffentlichen Rechts bietet mehr Möglichkeiten

20) BVerfGE 65, 1 ff. (55).

21) Neise-Mundt, a. a. O., S. 22.

22) Wingen, a. a. O., S. 38 ff.

23) Köhler, Sabine / Kopsch, Günter: Die Bedeutung der internationalen Vergleichbarkeit von Statistiken über die Informationsgesellschaft, in: Wirtschaft und Statistik 1997, S. 751 ff. (755).

24) Danzer, Stephan: Urheberrechte an Veröffentlichungen der amtlichen Statistik?, in: Statistische Monatshefte Rheinland-Pfalz 2003, S. 25 ff.

25) Götz, Uwe: Modernisierung der amtlichen Statistik – Ein Jahresrückblick 2004, in: Statistisches Monatsheft Baden-Württemberg 1/2005, S. 3 ff.

die Politik, die Gesellschaft und die Wissenschaft an der Aufgabenerledigung zu beteiligen. Die Anstalt des öffentlichen Rechts mit ihrer Verselbstständigung bietet ein Forum, um die für die Erfüllung des öffentlich-rechtlichen Auftrags benötigten gesellschaftlichen Gruppen verantwortlich mit einzubinden. In diesen intermediären Anstalten können für die Tätigkeit erforderliche Informationen von den an der politischen Willensbildung beteiligten Gruppen unmittelbar eingebracht werden. Die besondere Fachkunde gesellschaftlicher Gruppen lässt sich für anstehende Aufgaben nutzbar machen. Schließlich unterstützt die politische Abstimmung mit wichtigen Teilen der gesellschaftlichen Gruppen die Organisation bei der Umsetzung ihrer Ziele.<sup>26)</sup>

Ein Beispiel

Anhand eines Beispiels aus der Pflegestatistik soll dieser notwendige Kommunikationsbedarf verdeutlicht werden.

Die Pflegestatistik informiert über die Art der Pflegeeinrichtung, über die in den Pflegeeinrichtungen tätigen Personen, über die Art und Zahl der Pflegeplätze, über die betreuten Pflegebedürftigen sowie die Art und Höhe der Pflegeleistungen. Damit soll eine ausreichende Datenbasis für die pflegerische Versorgung und für die Nachfrage nach pflegerischen Angeboten infolge der Pflegeversicherung ermittelt werden.<sup>27)</sup> Diese Angaben über die pflegerische Infrastruktur besagen aber noch nichts über

die Qualität der Pflege. Anlass, dies zu überprüfen, gibt eine Studie, die über die Suizid-Motivation von Senioren aus Angst vor schlechter Behandlung in Pflegeheimen berichtet.<sup>28)</sup> Neben der Zusammenstellung des Zahlenmaterials sind also in Zusammenarbeit mit den entsprechenden Fachleuten sowohl über die ausreichende Versorgung als auch über ihre Qualität Auswertungen zu erstellen. Erst dann erschließt sich ein umfassendes Bild über die Pflegesituation.

Damit ein aktiver und zielorientierter Dialog geführt werden kann, benötigt die amtliche Statistik die notwendigen Rahmenbedingungen. Sicherlich ist ein Statistischer Beirat bzw. in Rheinland-Pfalz ein Statistischer Landesausschuss gebildet. Letzterer besitzt aber lediglich eine unterstützende Funktion (§ 3 Landesstatistikgesetz). In der Praxis tritt er jährlich in einer eintägigen Tagung zusammen. Für einen eingehenden, kontinuierlichen Meinungs- und Informationsaustausch soll die Mitwirkung von Vertretern der Politik, Wirtschaft und Gesellschaft jedoch in den statistischen Landesämtern institutionalisiert werden. Damit tragen sowohl der Produzent als auch die Nutzer der amtlichen Statistik die Verantwortung für den notwendig, regelmäßigen Kontakt. Ist dies umgesetzt, erhält die amtliche Statistik die Informationen, um die von ihr ermittelten Ergebnisse in einen sachlichen Zusammenhang zu stellen.

Stärkere Einbindung fachlicher Kompetenzen

Die mit der Durchführung hoheitlicher Aufgaben betraute Anstalt würde innerhalb des vorgegebenen gesetzlichen Rahmens ihre Obliegenheiten selbstverantwortlich erfüllen. Mit ihrem Verwaltungsrat besitzt die Anstalt die institutionelle Möglichkeit, Politik, Gesellschaft und Wissenschaft stärker als

Stärkere Bindung und Kontrolle durch Verwaltungsrat und Rechnungswesen

26) Berg, NJW 1985, S. 2294 ff. (2298); Lange, Klaus: Die öffentlichrechtliche Anstalt, in: VVDStRL 44, S. 169 ff. (194 ff.); Breuer, Rüdiger: Die öffentlichrechtliche Anstalt, in: VVDStRL 44, S. 211 ff. (228 f.); Rudolf, Walter in: Erichsen, Hans Uwe (Hrsg.): Allg. VerwR., § 52, Rdn. 17.

27) Bundesrat, Drucksache 483/99 vom 27. August 1999.

28) Generalanzeiger, Bonn, vom 13. September 2004, S. 35.

bisher in das Aufgabenprogramm der amtlichen Statistik und seine ständige Überprüfung einzubinden. Darüber hinaus wird mit einem kaufmännischen Rechnungswesen eine größere Kostentransparenz erreicht und damit der Anreiz zu effizientem Handeln erhöht.

Im Einzelnen lassen sich die Vorteile wie folgt zusammenfassen:

Verwaltungsrat kann Aktualität fördern ...

Wirtschaftliche und soziale Veränderungen und der sich daraus ergebende Bedarf für Entscheidungen von Politik, Gesellschaft und Wirtschaft werden durch den Verwaltungsrat unmittelbar an die amtliche Statistik herangetragen. Die zeitliche und inhaltliche Distanz zwischen Behörde und Gesellschaft wird verringert. Hier kann die amtliche Statistik Arbeitsschwerpunkte setzen.

... Auswertungsbedarf offenbaren ...

Die amtliche Statistik erhält einen direkten Zugang zu bedeutenden und grundsätzlichen Fragestellungen und Problemen der unterschiedlichen Entscheidungsträger. Ihr werden damit auch die sich möglicherweise widersprechenden Interessen offenbar. Dies kann die amtliche Statistik in ihre Auswertungs- und Analysetätigkeiten einfließen lassen. So erhalten die Darstellungen eine größere Tiefe und Relevanz.

... wissenschaftliche Ansätze fördern ...

Die amtliche Statistik besitzt mit der Präsenz der Wissenschaft im Verwaltungsrat die Chance, aktuelle wissenschaftliche Diskussionen und Methodenentwicklungen mit zu verfolgen. Das stärkt zum einen ihre Auswertungs- und Analysetätigkeit, zum anderen erfährt sie effizienter Möglichkeiten zur Erhebung von Daten auf eine für die Auskunftspflichten weniger belastende Weise.

Der Nutzen der Statistik für Politik, Gesellschaft und Wirtschaft kann mit der Einbindung von Vertretern dieser Bereiche gegenüber Auskunftspflichtigen und Nutzern leichter kommuniziert werden. Die Repräsentanten können damit eine direktere Kommunikation zwischen der amtlichen Statistik und der Öffentlichkeit fördern.

... für den Nutzen der amtlichen Statistik werben ...

Der intensivere Erfahrungs- und Meinungsaustausch führt zu bedarfsorientierteren Angeboten der amtlichen Statistik. Die Ressourcen werden damit effizient eingesetzt.

... und helfen, Kosten zu reduzieren

Die öffentliche Anstalt kann nur auf einer gesetzlichen Grundlage errichtet werden. Der Kurationsakt legt zudem die Zweckbestimmung der Anstalt fest und bestimmt den Umfang der Selbstständigkeit. Dabei ist einerseits die Verantwortung des Anstaltsträgers, also das Gemeininteresse des Staates, ausreichend zu würdigen, andererseits auch der Umfang staatlicher Kontrollrechte und der Mitbestimmungsanteil der gesellschaftlichen Gruppen an den Entscheidungen der Institution. Die Grenzen der Selbstständigkeit werden dann durch ein abgestuftes System von Einflussmöglichkeiten des Staates auf die Anstalt, etwa durch Sach- und Fachaufsichten, die Rechnungslegung oder andere Kontrollmechanismen, deutlich.

Unabhängig von der notwendigen Einbindung der amtlichen Statistik in eine staatliche Institutionalisierung kann durch eine Öffnung der amtlichen Statistik zu gesellschaftlichen Gruppen die objektive, neutrale und wissenschaftlich unabhängige Statistikproduktion und -darstellung verdeutlicht und gestärkt werden. Damit kann die amtliche Statistik ihre Wertschätzung in der Gesellschaft stärken und ihre


Im Endergebnis wird die objektive, neutrale und wissenschaftlich unabhängige Statistikproduktion und -darstellung verdeutlicht

Bedeutung für die politische Willensbildung herausheben. Nicht zuletzt wird durch ein selbständiges statistisches Amt die Ferne zur Exekutive offenbar; dies signalisiert den Bürgerinnen und Bürgern sowie den Unternehmen auch institutionell die Abschottung personenbezogener Daten.

### Ergebnis

Ausgangspunkt der Überlegungen war es, der Frage einer Privatisierung der amtlichen Statistik nachzugehen. Dies wurde verneint, insbesondere vor dem Hintergrund der Funktionen der amtlichen Statistik als objektivem, neutralem und wissenschaftlich unabhängigem Dienstleister für eine demokratische Gesellschaft. Die amtliche Statistik darf sich jedoch institutionellen

Änderungen nicht verschließen, um ihrem Auftrag umfassend und qualitativ hochwertig gerecht zu werden und auch in der Zukunft ihren Beitrag für die Gesellschaft und die Politik zu leisten. Die institutionellen Rahmenbedingungen einer Anstalt des öffentlichen Rechts könnten hierzu sicherlich neben den Zielsetzungen des Masterplans der amtlichen Statistik einen ergänzenden und weiterführenden Beitrag leisten.



Dr. Stephan Danzer leitet die Abteilung Verwaltung des Statistischen Landesamtes.

## Wirtschaft in Rheinland-Pfalz

von Dr. Ludwig Böckmann und Thomas Kirschey

### ifo Geschäftsklimaindex im Mai weiter gesunken

Der ifo Geschäftsklimaindex für die gewerbliche Wirtschaft gilt als wichtiger qualitativer Frühindikator für die Konjunktur in Deutschland. Für seine Ermittlung befragt das ifo Institut in München monatlich 7 000 Unternehmen.

Der ifo Geschäftsklimaindex ist zum vierten Mal in Folge gesunken und steht jetzt auf dem niedrigsten Wert seit fast zwei Jahren. Der Gesamtindex fiel im Mai auf 92,9 Punkte (Vormonat: 93,3 Punkte). Experten erwarten auch für die kommenden Monate keine Stimmungsverbesserung bei den Unternehmen. Die Binnenkonjunktur ist weiterhin sehr schwach. Darüber hinaus zeigen sich nun auch Anzeichen für eine Abschwächung des Wachstums der Weltwirtschaft. Das wird negative Auswirkungen auf die Exporterwartungen der Unternehmen haben.

Ursache für den Rückgang des ifo Geschäftsklimaindex ist eine weitere Eintrübung der Erwartungen. Der Teilindex der Geschäftserwartungen sank von 93,6 auf 92,3 Punkte. Die Beurteilung der Geschäftslage fiel dagegen etwas günstiger aus; der Lageindex verbesserte sich von 93,1 auf 93,4 Zähler.

Das Geschäftsklima des verarbeitenden Gewerbes hat sich im Mai zum fünften Mal in Folge verschlechtert. Ursächlich hierfür war die nochmals ungünstigere Entwicklung der Geschäftserwartungen. Die Lagebeurteilung verbesserte sich hingegen.

Im Bauhauptgewerbe verschlechterte sich die Stimmung, nachdem sie sich in den ver-

gangenen beiden Monaten günstig entwickelt hatte. Im Mai waren sowohl die Lageeinschätzung als auch die Erwartungen der Unternehmen im Baugewerbe ungünstiger.

Auch die Stimmung im Großhandel war getrübt, und zwar durch eine im Vergleich zum Vormonat deutlich schlechtere Lageeinschätzung. Die Geschäftserwartungen der Großhändler blieben dagegen nahezu unverändert.

Nach der günstigen Entwicklung im April verbesserte sich das Klima im Einzelhandel im Mai noch einmal. Zwar fiel die Lagebeurteilung etwas ungünstiger als im Vormonat aus, dafür hat sich die Einschätzung der Geschäftsaussichten verbessert.

Getrübt Stimmung im Großhandel

Stimmungsverbesserung im Einzelhandel

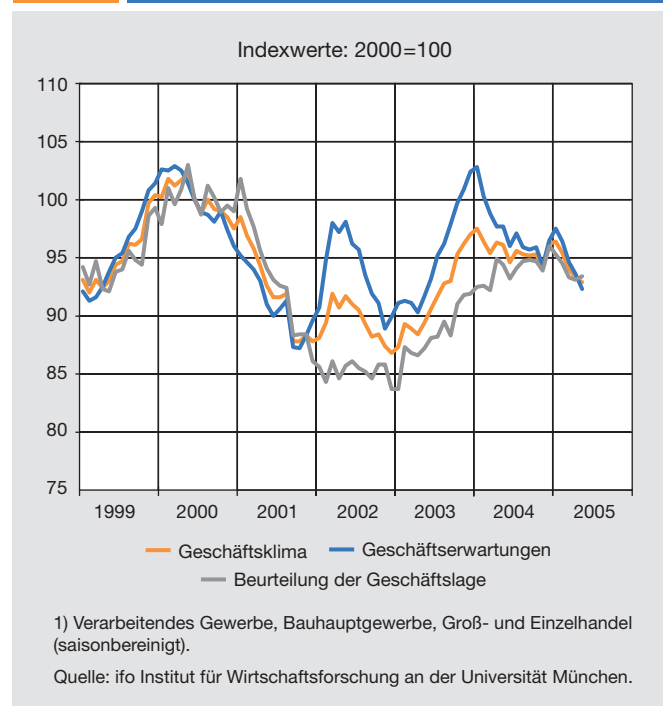
Geschäftsklimaindex auf dem niedrigsten Wert seit fast zwei Jahren

Geschäftserwartungen ungünstiger; Lageeinschätzung leicht verbessert

Geschäftsklima im verarbeitenden Gewerbe ungünstiger

Stand:  
Mai  
2005

ifo Geschäftsklima Deutschland  
ifo Konjunkturtest Gewerbliche Wirtschaft<sup>1)</sup>





### Schwächer steigende Auftragseingänge im verarbeitenden Gewerbe und im Baugewerbe

Die Auftragseingänge sind quantitative Frühindikatoren der Konjunkturentwicklung; sie laufen der Konjunktur um mehrere Monate voraus. Die Beobachtung der Frühindikatoren ermöglicht einen gewissen Ausblick auf die künftige konjunkturelle Entwicklung.

Da die Auftragseingänge des verarbeitenden Gewerbes aufgrund von Großaufträgen von Monat zu Monat stark schwanken können, wird zur Konjunkturbeurteilung der gleitende Drei-Monats-Durchschnitt herangezogen.

Auftragseingänge im verarbeitenden Gewerbe schwächer gestiegen als in den Vormonaten

Im rheinland-pfälzischen verarbeitenden Gewerbe ist der Drei-Monats-Durchschnitt der Auftragseingänge im Februar 2005 gegenüber dem Vorjahr schwächer gestiegen als in den Vormonaten. Der preisbereinigte Zuwachs belief sich im Vergleich zum entsprechenden Vorjahresmonat auf 3,6%. Damit lag die Zuwachsrate gegenüber dem Vormonat (Januar 2005: +9,3%) deutlich niedriger, nachdem sie sich zuvor drei Mal in Folge erhöht hatte.

Entwicklung im verarbeitenden Gewerbe mit den Vormonaten nur bedingt vergleichbar

Allerdings ist die Vergleichbarkeit der Auftragsentwicklung gegenüber den Vormonaten durch Sondereinflüsse aufgrund erfassungstechnischer Änderungen im Wirtschaftszweig „Herstellung von chemischen Erzeugnissen“ eingeschränkt. Wegen des hohen Gewichts der chemischen Industrie am verarbeitenden Gewerbe können sich diese Änderungen auch im Gesamtergebnis auswirken.

Die Auftragsentwicklung im verarbeitenden Gewerbe zu Beginn des Jahres ist ausschließlich auf die Zunahme des Exportgeschäfts zurückzuführen. Die Auftragseingänge aus dem Ausland stiegen zwar nicht

mehr so stark wie noch im Januar, lagen im Februar 2005 aber real um 11,8% über dem Vorjahresmonat. Dagegen waren die Auftragseingänge aus dem Inland im Vergleich zum Vorjahresmonat deutlich rückläufig. Gegenüber Februar 2004 wurde ein Minus von 4,5% registriert. Schon im Januar 2005 waren mit –0,1% leicht sinkende Auftrags-eingänge zu verzeichnen.

Der Fahrzeugbau, der etwa 15% zum Gesamtumsatz des verarbeitenden Gewerbes beisteuert, verbuchte im Februar 2005 real 5,8% weniger Bestellungen als im entsprechenden Vorjahresmonat, nachdem im Januar 2005 noch ein Auftragsplus von 8,9% beobachtet worden war. Bei den Inlandsbestellungen hat sich die Tendenz der letzten Monate fortgesetzt. Sie lagen im Vergleich zum Februar 2004 um 23,2% niedriger und waren zum siebten Mal hintereinander rückläufig. Das Auslandsgeschäft konnte das – durch Großaufträge geprägte – hohe Niveau zum Jahreswechsel trotz einer Verbesserung von 10% gegenüber Februar 2004 nicht ganz halten. Im Gegensatz zu den Vormonaten reichte der Zuwachs nicht mehr aus, um die Rückgänge des Inlandsgeschäftes auszugleichen.

Im Maschinenbau (Anteil am Umsatz des verarbeitenden Gewerbes: 9%) ist die Nachfrage weiter gestiegen. Das Volumen der Auftragseingänge nahm gegenüber dem Februar des Vorjahres um 5,1% zu. Die Zuwachsrate ist allerdings im Vergleich zum Vormonat um 3,5 Prozentpunkte gesunken, nachdem sie zuvor dreimal hintereinander zulegen konnte. Bei den Inlandsbestellungen gab es im Februar 2005 nur noch einen leichten Anstieg von 1,1% gegenüber dem Vorjahresmonat. Allerdings zeigte sich mit einem Minus von 4,5 Prozentpunkten eine weiter rückläufige Entwicklung im Vergleich zum Zuwachs des Vormonats.

Steigerung der Auftragseingänge ausschließlich auf das Auslandsgeschäft zurückzuführen

Aufträge im Fahrzeugbau erstmals seit Mitte 2002 wieder rückläufig

Auftragseingänge aus dem Ausland stiegen im Maschinenbau stärker als die aus dem Inland

Das Auslandsgeschäft wies weiterhin Zuwächse aus. Gegenüber Februar 2004 war eine Steigerung der Auftragseingänge um 7,9% zu verzeichnen. Zwar fiel mit 2,6 Prozentpunkten der Anstieg im Februar 2005 schwächer aus als noch im Januar, doch ist der Verlauf (viermal hintereinander positive Entwicklung der Auftragseingänge im Jahresvergleich) auch vor dem Hintergrund des starken Einbruchs im Oktober 2004 zu sehen.

Sinkende Nachfrage aus dem In- und Ausland in der Metallherzeugung und -verarbeitung

In der Metallherzeugung und -verarbeitung (Umsatzanteil im verarbeitenden Gewerbe: 10%) sanken die Auftragseingänge im Februar 2005 – erstmals seit September 2003 – gegenüber dem entsprechenden Vorjahresmonat um 6,2%. Dabei nahmen sowohl die Inlandsbestellungen (im Vergleich zum Februar 2004 um 7%) als auch die Auftrags-eingänge aus dem Ausland (um 5%) ab. Im Januar 2005 gab es im Inlandsgeschäft (+1,8%) und im Auslandsgeschäft (+5,8%) noch eine steigende Nachfrage.

Vergleichbarkeit mit den Vormonaten in der chemischen Industrie eingeschränkt

Im Wirtschaftszweig „Herstellung von chemischen Erzeugnissen“ (Anteil am Umsatz des verarbeitenden Gewerbes: 32%) ist die Vergleichbarkeit der Auftragsentwicklung mit den Vormonaten durch erfassungstechnische Änderungen eingeschränkt. Die Auswirkungen lassen sich nicht quantifizieren.

Die Auftragseingänge in der chemischen Industrie erhöhten sich im Februar 2005 um 17,7% gegenüber dem Wert des Vorjahresmonats. Im Vergleich zum Januar 2005 war damit ein leichter Anstieg um 0,4 Prozentpunkte zu verzeichnen. Die Inlandsaufträge stiegen im Vergleich zum Vorjahresmonat um 8,8%. Damit lagen die Zuwächse geringfügig unter dem Januarwert. Die Entwicklung des Auslandsgeschäfts hat sich wiederum deutlich verbessert. Die Aufträge

stiegen hier im Vergleich zum Februar 2004 um 22,8% und legten auch gegenüber dem Vormonat noch einmal zu.

Im Bauhauptgewerbe ist der Drei-Monats-Durchschnitt des Auftragseingangs im Februar 2005 um 0,7% gegenüber dem Vorjahresmonat gestiegen. Nach fünf Monaten mit rückläufiger Entwicklung waren zum Jahreswechsel erstmals wieder positive Entwicklungen zu verzeichnen. Gegenüber Januar 2005 gingen die aktuellen Zuwächse allerdings um 3 Prozentpunkte zurück.

Leicht steigende Auftragseingänge im Bauhauptgewerbe bei weiter sinkender Zahl an Baugenehmigungen

Die Zahl der Baugenehmigungen sinkt seit Anfang 2004 im Vergleich zum jeweiligen Vorjahresmonat. Im Februar 2005 kam es mit -43,9% zum bisher deutlichsten Rückgang im Jahresvergleich. Zuvor hatte die Veränderungsrate im Dezember 2004 und im Januar 2005 bei einem Minus von 32,5% bzw. 41,5% gelegen.

## Austausch der Berichtsbetriebe in den Repräsentativerhebungen im Handel und im Gastgewerbe

Die Handelsumsätze – vor allem die Einzelhandelsumsätze – gelten als Einzelindikatoren, die fast zeitgleich mit der Konjunktur laufen. Auch hier wird zur Konjunkturbeobachtung mit gleitenden Drei-Monats-Durchschnitten gearbeitet, um starke monatliche Schwankungen zu glätten.

Die sonst übliche Darstellung der Umsatzentwicklung in den Bereichen Einzelhandel, Großhandel und Gastgewerbe kann wegen der Umstellung der Statistiken in diesen Branchen auf einen neuen Berichterstattungskreis vorübergehend nicht erfolgen. Nach Abschluss der Umstellungsarbeiten werden die entsprechenden Ergebnisse wieder verfügbar sein. Daher erfolgt an dieser Stelle

Berichtskreiswechsel im Handel und Gastgewerbe führt zu Verzögerungen bei der Ergebniserstellung



Rückblick auf die Umsatzentwicklung im November 2004

noch einmal ein kurzer Rückblick auf die Umsatzentwicklung im November 2004.

Die Einzelhandelsumsätze waren im November 2004 preisbereinigt gegenüber November 2003 um 1,2% gesunken und gingen damit ähnlich stark zurück wie in den beiden Vormonaten.

Die Umsatzentwicklung im Großhandel war ebenfalls rückläufig. Im November 2004 gingen die realen Großhandelsumsätze im Vergleich zum entsprechenden Vorjahresmonat um 1% zurück.

Für das Gastgewerbe hatte sich die Abnahmerate in den vergangenen Monaten auf einem hohen Niveau eingependelt. Die Umsätze in Hotels, Pensionen, Gaststätten usw. verringerten sich im November 2004 gegenüber dem November des Vorjahres real um 6%.

### Verbraucherpreisindex im Mai wieder stärker gestiegen

Preisindizes – insbesondere der Index der Verbraucherpreise – gelten als Spannungskindikatoren, welche die „Erhitzung“ oder „Entspannung“ der Konjunktur anzeigen.

Preisanstieg etwas stärker als im Vormonat: + 1,8%

Der Verbraucherpreisindex belief sich im Mai 2005 auf einen Wert von 108. Er lag um 1,8% über dem Wert vom Mai des Vorjahres. Die Preissteigerungsrate war damit etwas höher als im Vormonat. Binnen Monatsfrist kam es zu einem Anstieg um 0,4%.

Am stärksten verteuerten sich wieder die alkoholischen Getränke und Tabakwaren (+6,2% im Vergleich zum Mai 2004) sowie die Güter und Dienstleistungen in den Bereichen Bildungswesen (+3,7%) und Verkehr (+2,4%). Die Preise für Nachrichtenübermittlung (–0,9%) sowie für Möbel, Hausrat

und ihre laufende Instandhaltung (–0,2%) waren im Vergleich zum Vorjahresmonat dagegen rückläufig.

### Deutlicher Rückgang der Arbeitslosigkeit im April

Die Zahl der Arbeitslosen ist ein nachlaufender Indikator, der weniger über die künftige konjunkturelle Entwicklung aussagt, dafür aber einen wichtigen Gesamtindikator für die Wirtschaftspolitik darstellt.

Im April hat sich die Lage am Arbeitsmarkt in Rheinland-Pfalz jahreszeitlich bedingt weiter verbessert. Die Betriebe haben verstärkt Arbeitskräfte wieder eingestellt, die sie in den Wintermonaten entlassen hatten. Mitte April 2005 waren rund 184 700 Personen ohne Arbeit – gut 9 200 weniger als im Monat zuvor. Im Vergleich zum April 2004 war die Zahl der Arbeitslosen allerdings um rund 28 600 höher. In dieser Zahl kommt der weiterhin belastende Einfluss der Arbeitsmarktreformen zum Ausdruck. Durch die Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe wird seit Jahresbeginn ein großer Teil der bisher „versteckte Arbeitslosigkeit“ in den Statistiken offen gelegt.

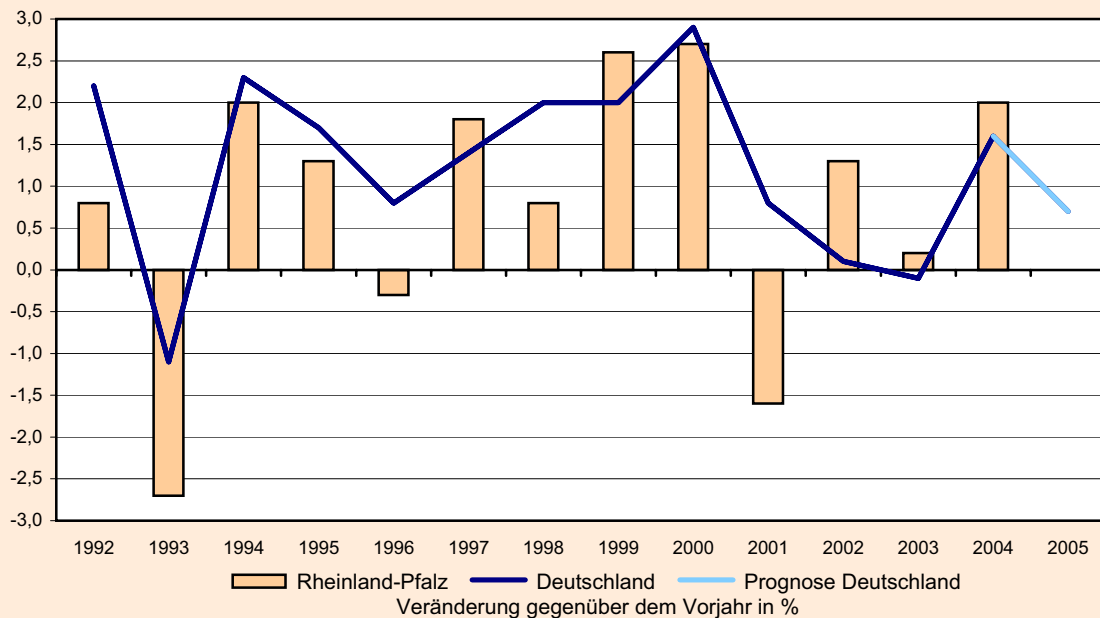
Jahreszeitlich bedingte Entspannung am Arbeitsmarkt

Die Arbeitslosenquote, die den Anteil der Arbeitslosen an allen zivilen Erwerbspersonen angibt, sank im April auf 9,2%. Im März hatte sie noch bei 9,6% und im April 2004 bei 7,7% gelegen.

Arbeitslosenquote weiter gesunken

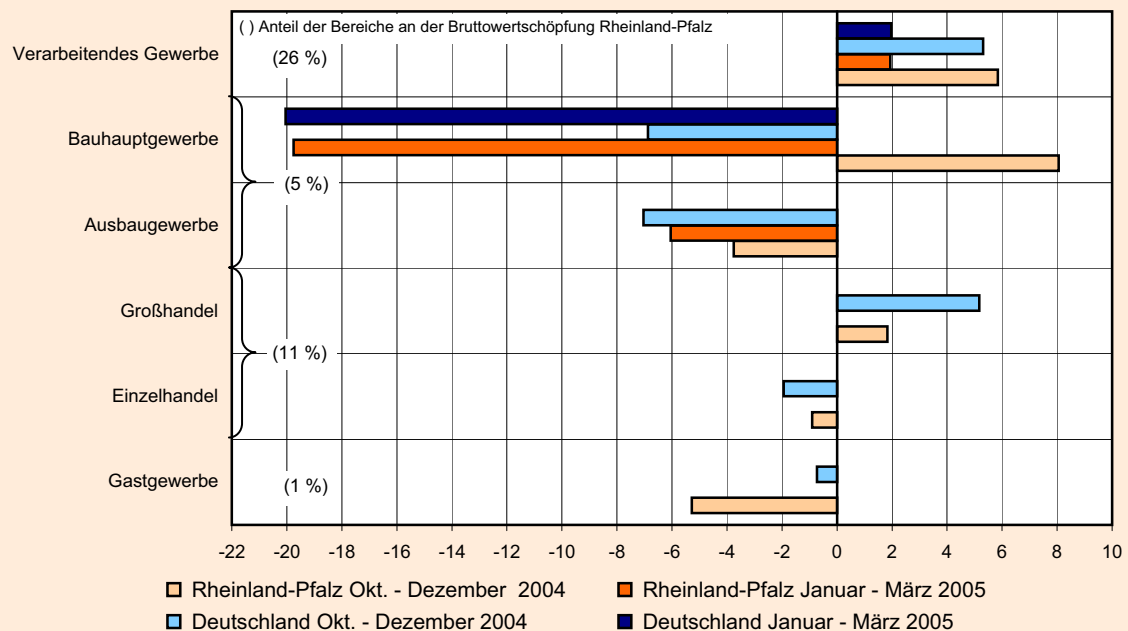
Dr. Ludwig Böckmann leitet das Referat Analysen, Prognosen, Forschungsdaten; Thomas Kirschey, Diplom-Volkswirt, ist in diesem Bereich als Referent tätig.

### Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1995 in Rheinland-Pfalz und in Deutschland<sup>1)</sup> (Berechnungsstand: Januar 2005)



1) Nächster Fortschreibungstermin für das 1. Halbjahr 2005 im September 2005. - Quelle Prognosewert 2005: Arbeitsgemeinschaft deutscher wirtschaftswissenschaftlicher Forschungsinstitute e.V.; Gemeinschaftsdiagnose Frühjahr 2005.

### Umsatz (nominal) nach ausgewählten Bereichen in Rheinland-Pfalz und Deutschland



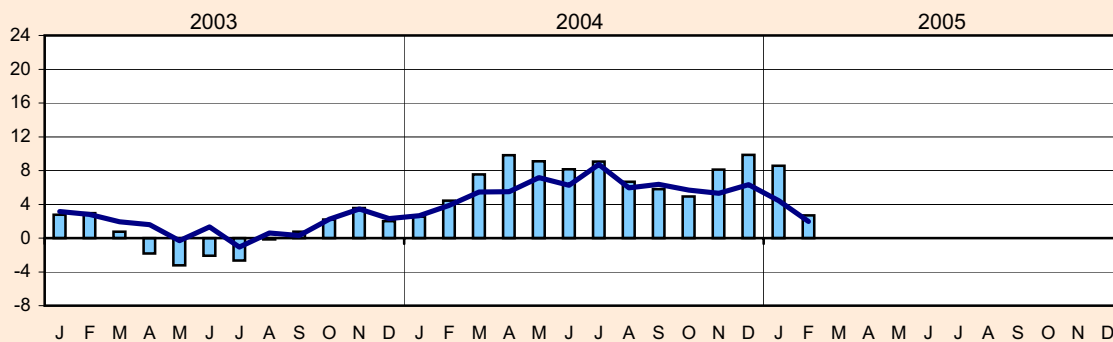
3-Monats-Durchschnitte<sup>1)</sup>; Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

1) Ausbaugewerbe: Quartale (oh. I. Quartal 2005); Groß- u. Einzelhandel, Gastgewerbe: Januar bis März 2005 liegen noch nicht vor.

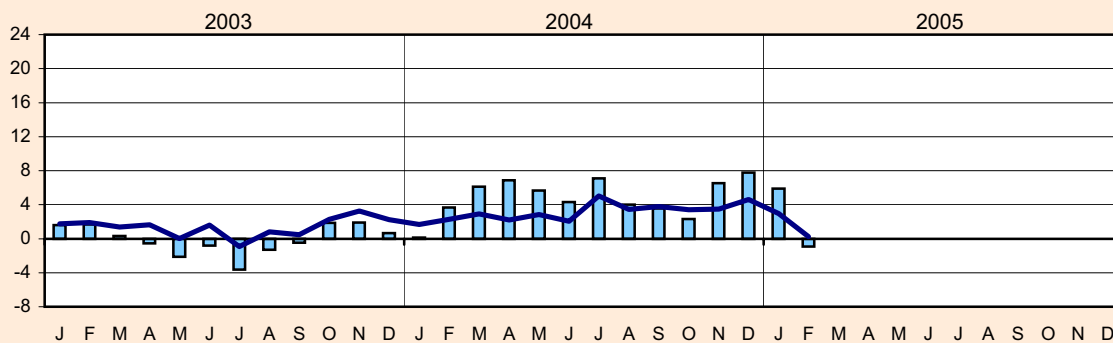
## Auftragseingang (Wertindex) und Umsatz (nominal) im verarbeitenden Gewerbe

### Deutschland

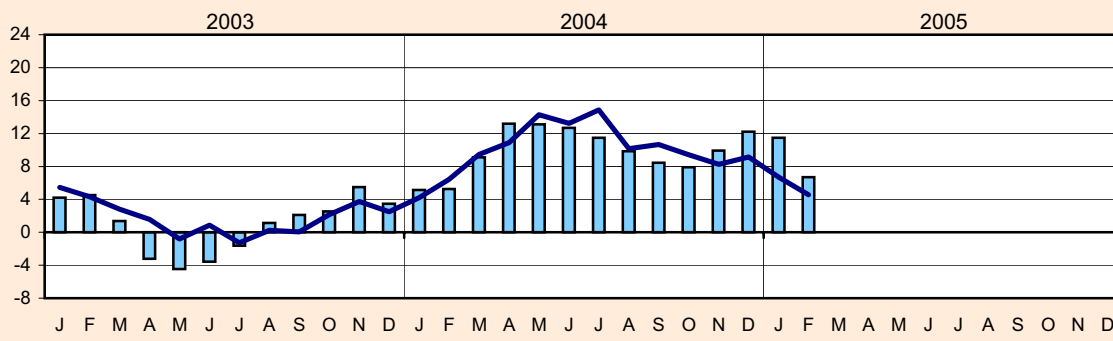
Insgesamt



Inland



Ausland



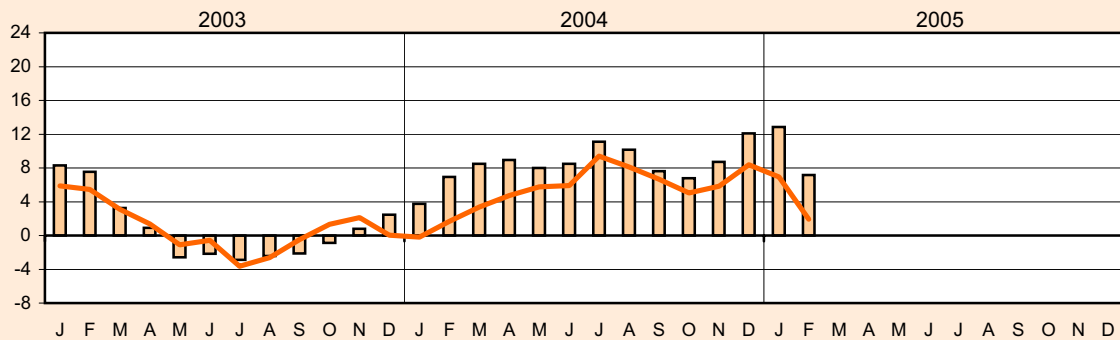
Auftragseingang Gesamtumsatz

Gleitende 3-Monats-Durchschnitte; Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

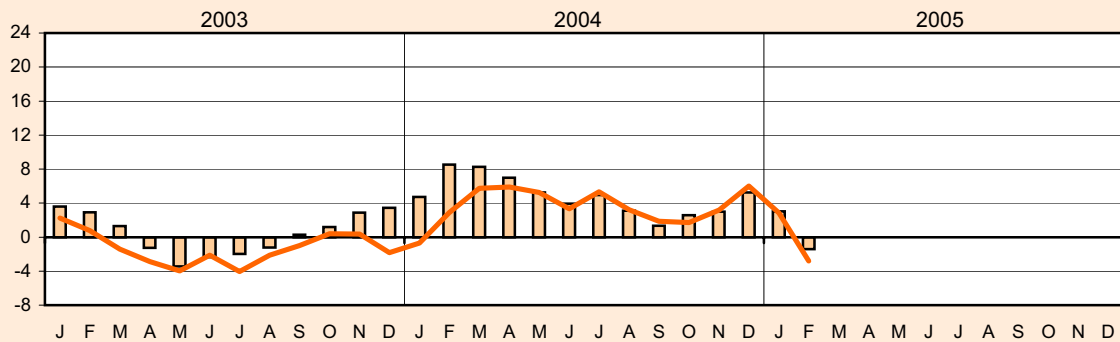
# Auftragseingang (Wertindex) und Umsatz (nominal) im verarbeitenden Gewerbe

## Rheinland-Pfalz

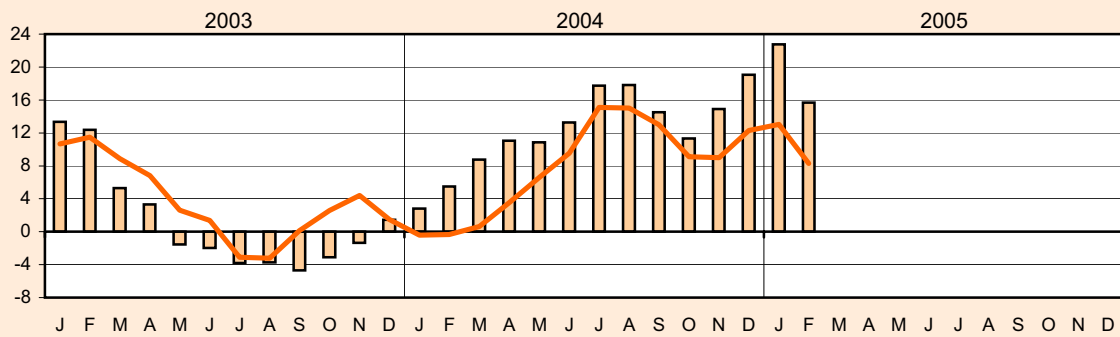
Insgesamt



Inland



Ausland

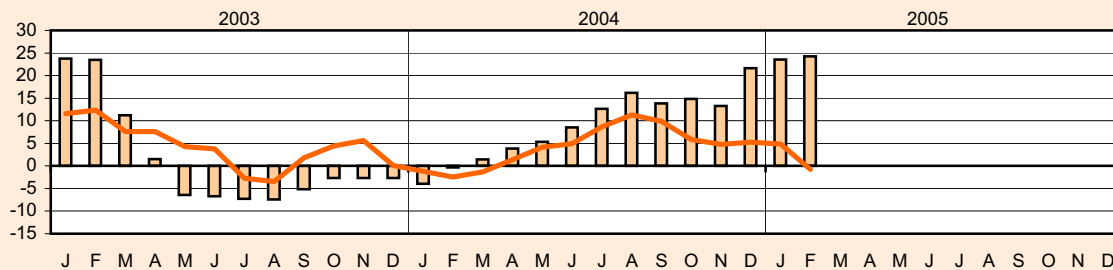


Auftragseingang Gesamtumsatz

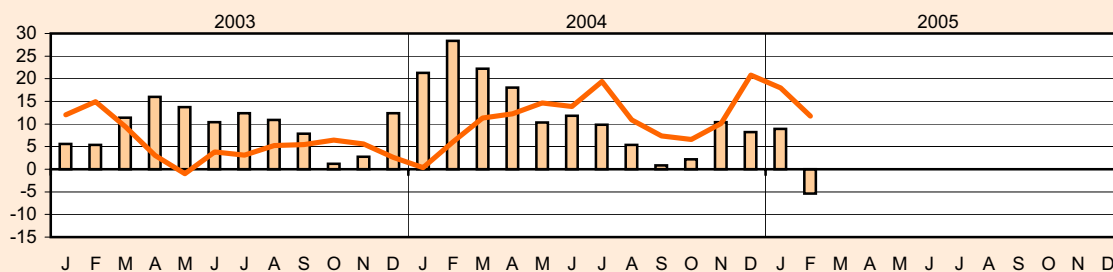
Gleitende 3-Monats-Durchschnitte; Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

## Auftragseingang (Wertindex) und Umsatz (nominal) im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz nach ausgewählten Branchen

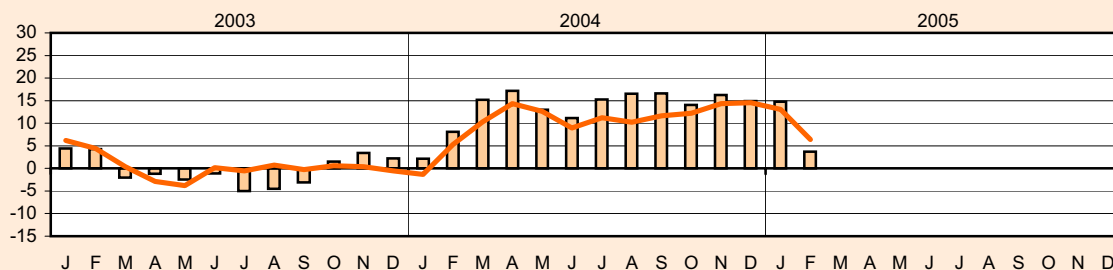
Chemische Erzeugnisse (Anteil am Gesamtumsatz 2004: 32%)



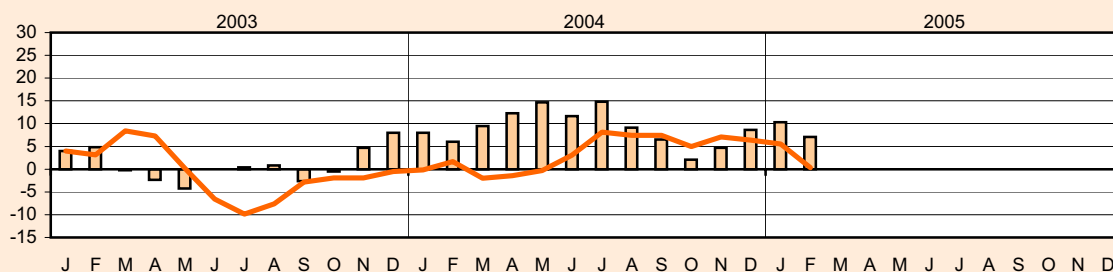
Fahrzeugbau (Anteil am Gesamtumsatz 2004: 15%)



Metallerzeugung und -verarbeitung (Anteil am Gesamtumsatz 2004: 10%)



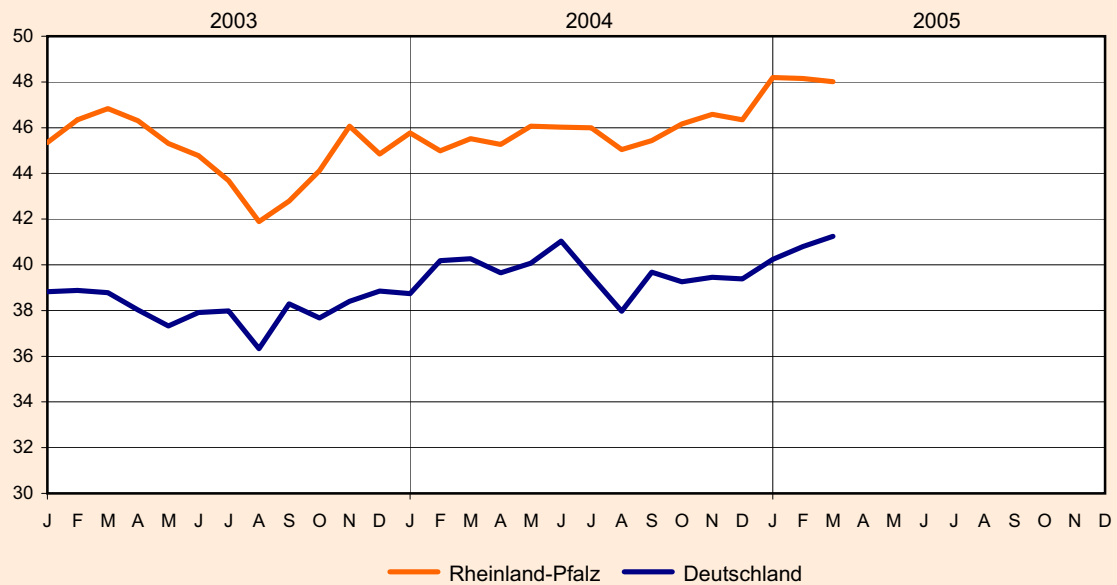
Maschinenbau (Anteil am Gesamtumsatz 2004: 9%)



■ Auftragseingang — Gesamtumsatz

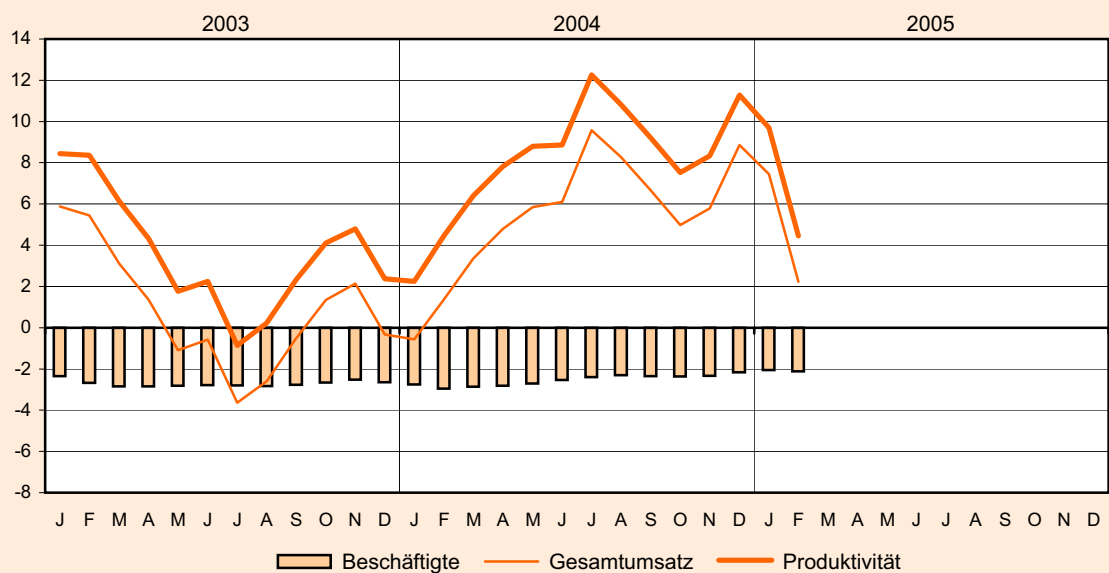
Gleitende 3-Monats-Durchschnitte; Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

### Exportquote im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz und in Deutschland



Exportquote: Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz in %.

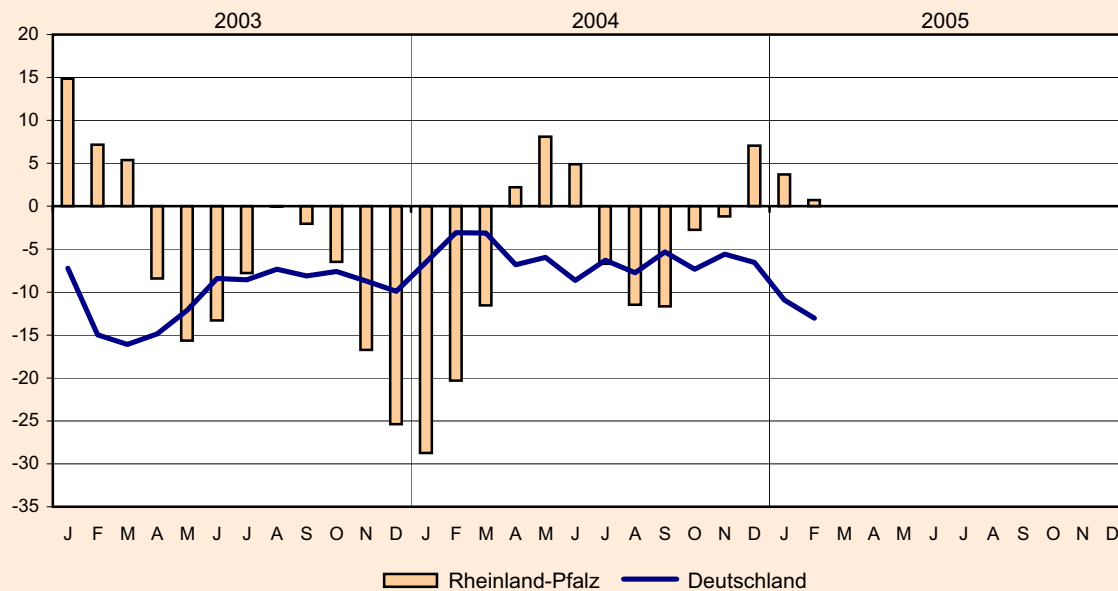
### Beschäftigte, Umsatz und Produktivität im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz



Gleitende 3-Monats-Durchschnitte; Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

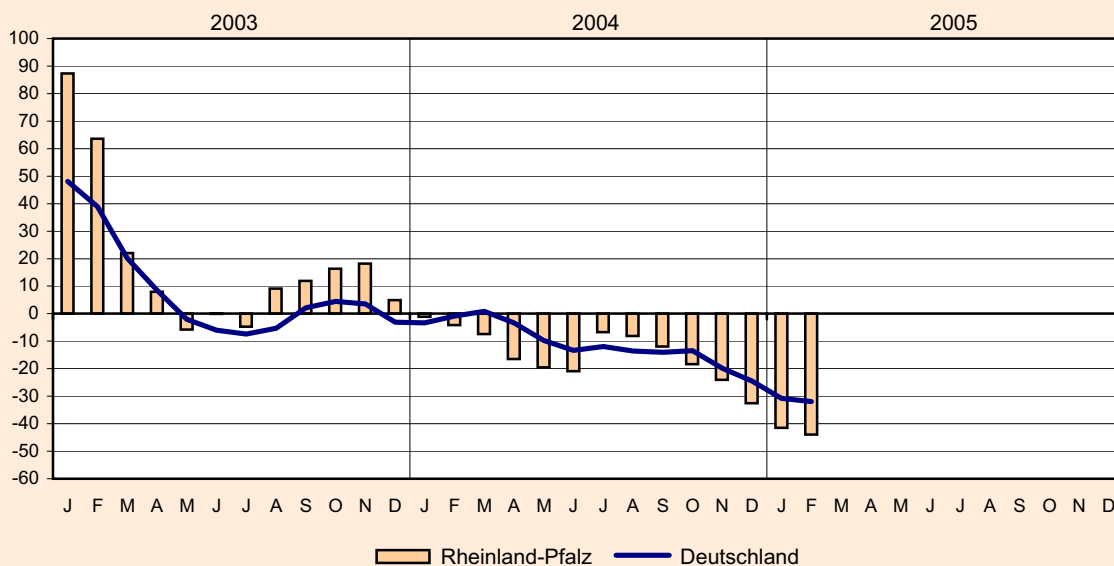
Produktivität: Umsatz je Beschäftigten.

### Auftragseingang im Bauhauptgewerbe in Rheinland-Pfalz und in Deutschland



Gleitende 3-Monats-Durchschnitte; Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

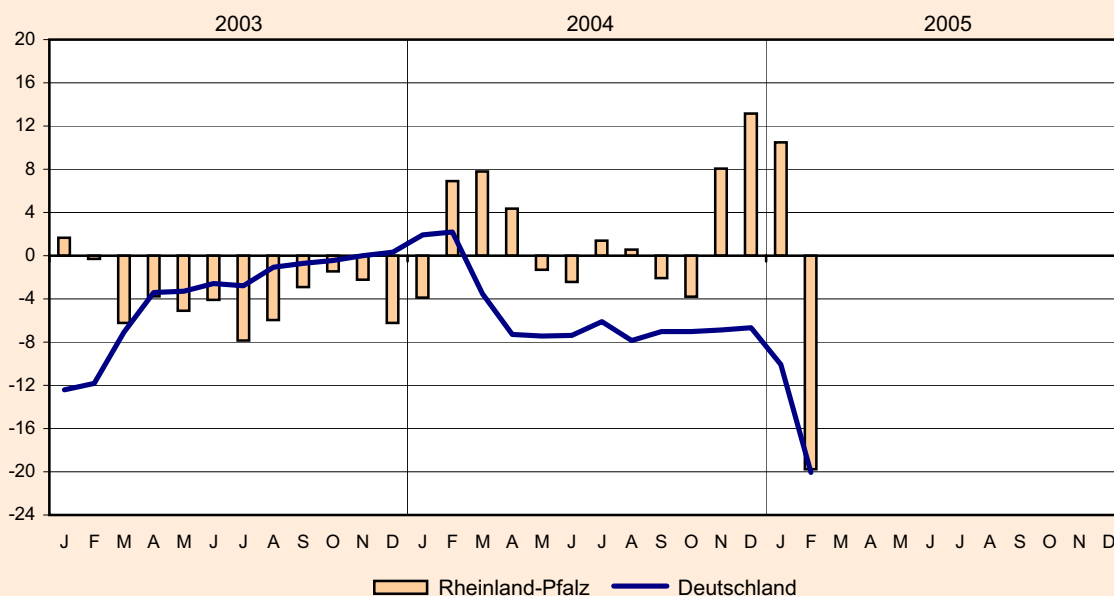
### Baugenehmigungen Wohnungen in neuerrichteten Wohngebäuden in Rheinland-Pfalz und in Deutschland



Gleitende 3-Monats-Durchschnitte; Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



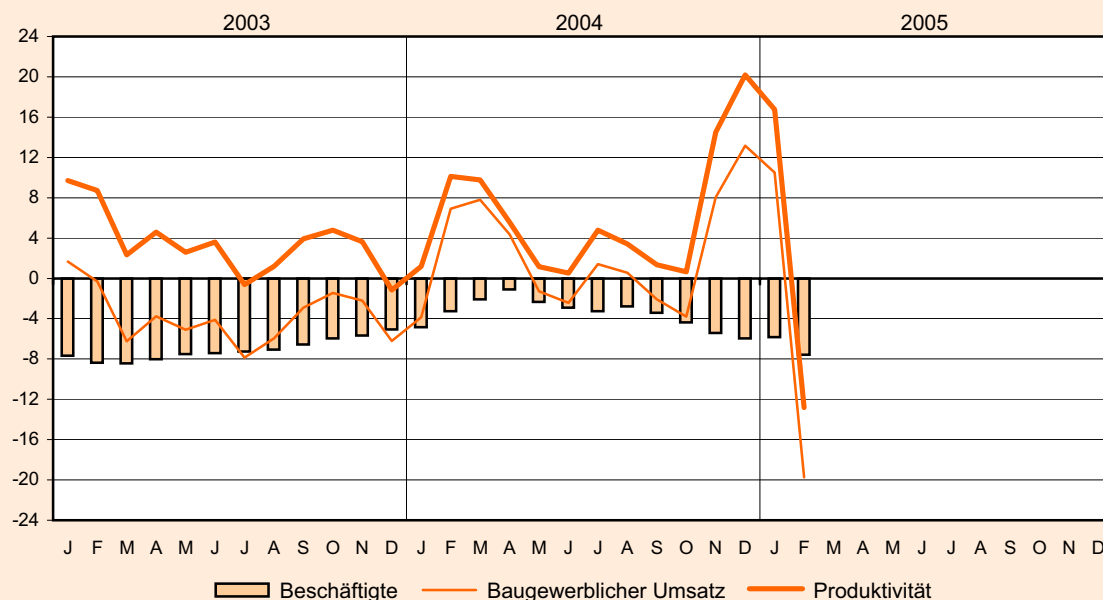
### Baugewerblicher Umsatz im Bauhauptgewerbe in Rheinland-Pfalz und in Deutschland



Gleitende 3-Monats-Durchschnitte; Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

Baugewerblicher Umsatz: Ohne Umsätze aus sonstigen Leistungen.

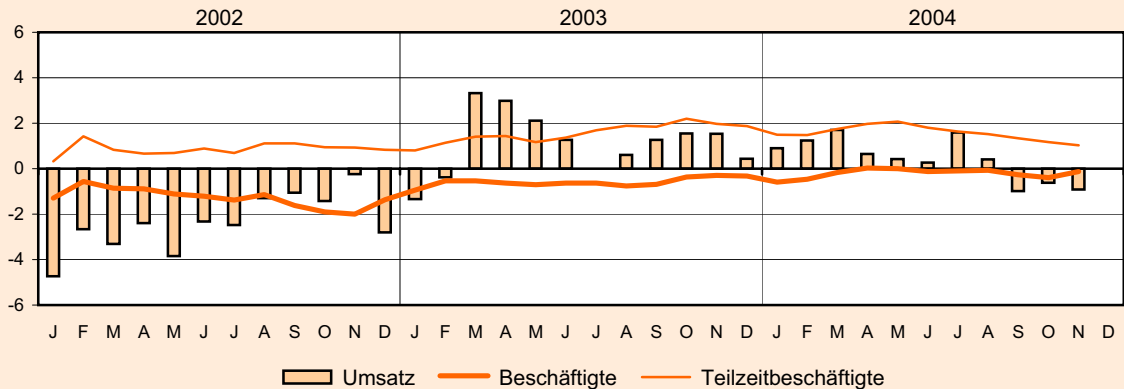
### Beschäftigte, baugewerblicher Umsatz und Produktivität im Bauhauptgewerbe in Rheinland-Pfalz



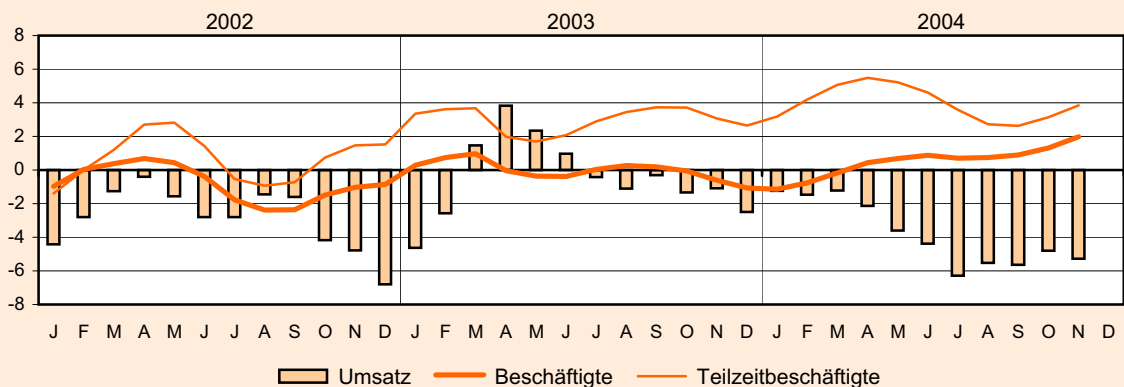
Gleitende 3-Monats-Durchschnitte; Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

Produktivität: Baugewerblicher Umsatz je Beschäftigten.

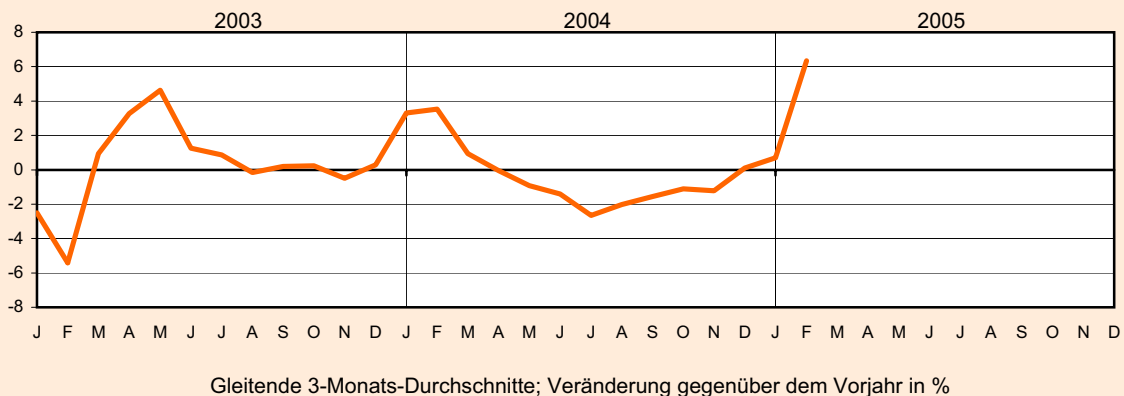
## Umsatz (nominal) und Beschäftigte im Einzelhandel (2000=100) in Rheinland-Pfalz



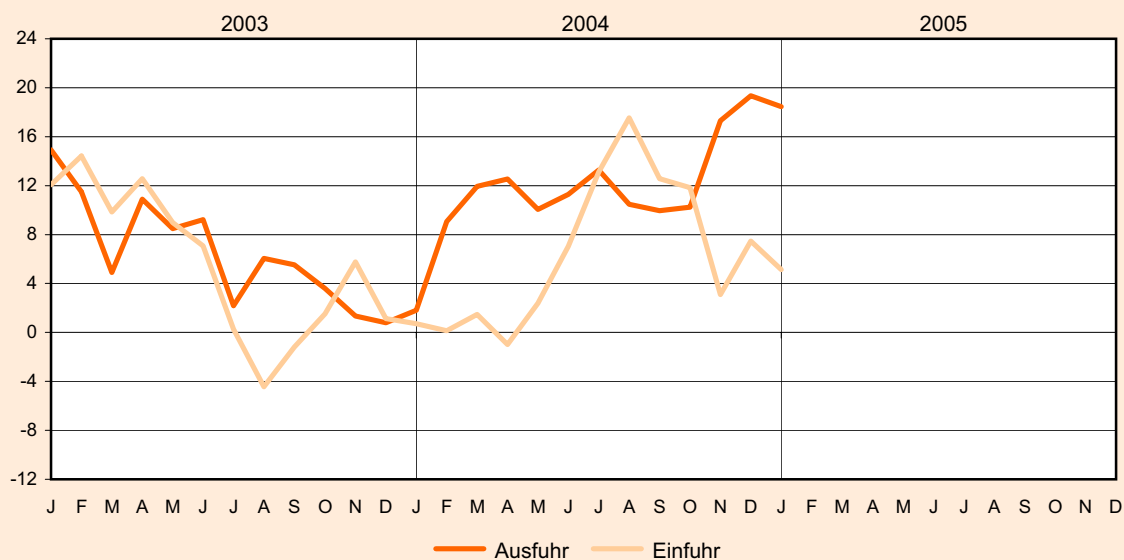
## Umsatz (nominal) und Beschäftigte im Gastgewerbe (2000=100) in Rheinland-Pfalz



## Gästeübernachtungen in Rheinland-Pfalz

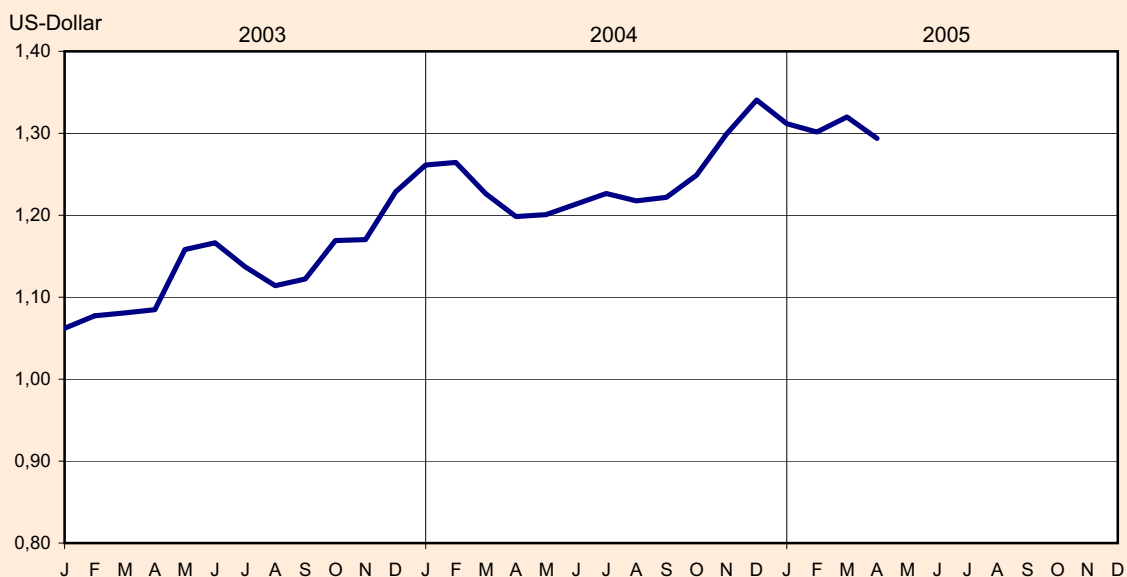


### Außenhandel (nominal) in Rheinland-Pfalz (Grenzüberschreitender Warenverkehr der Bundesrepublik Deutschland)



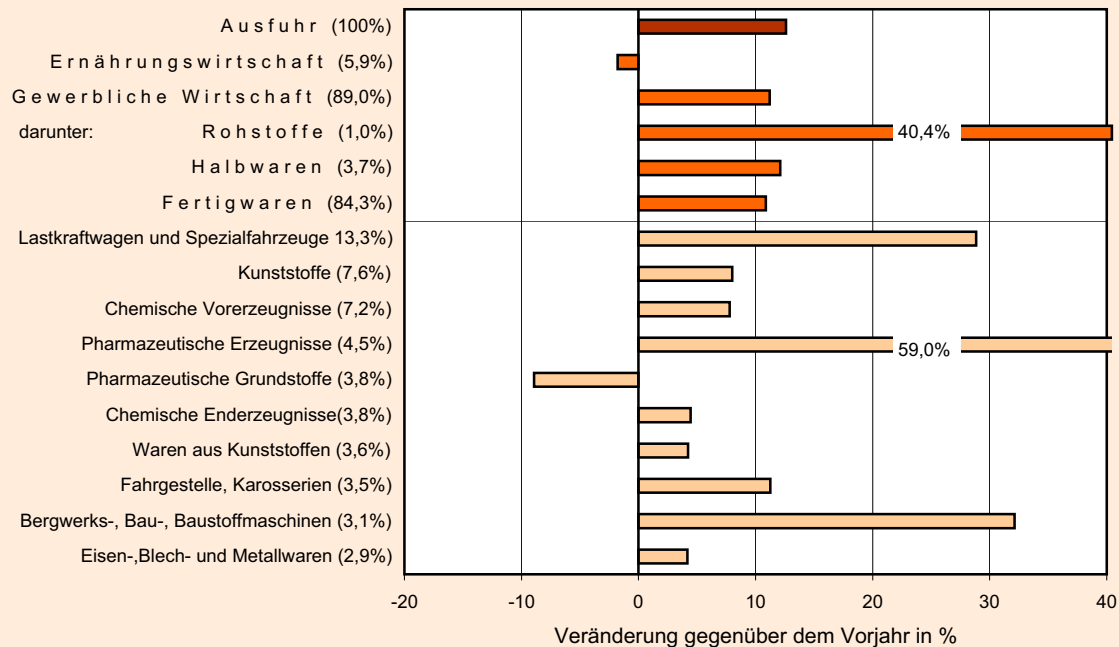
Gleitende 3-Monats-Durchschnitte; Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

### Euro-Referenzkurs der Europäischen Zentralbank 1 EUR = ... US-Dollar (Monatsdurchschnitt)

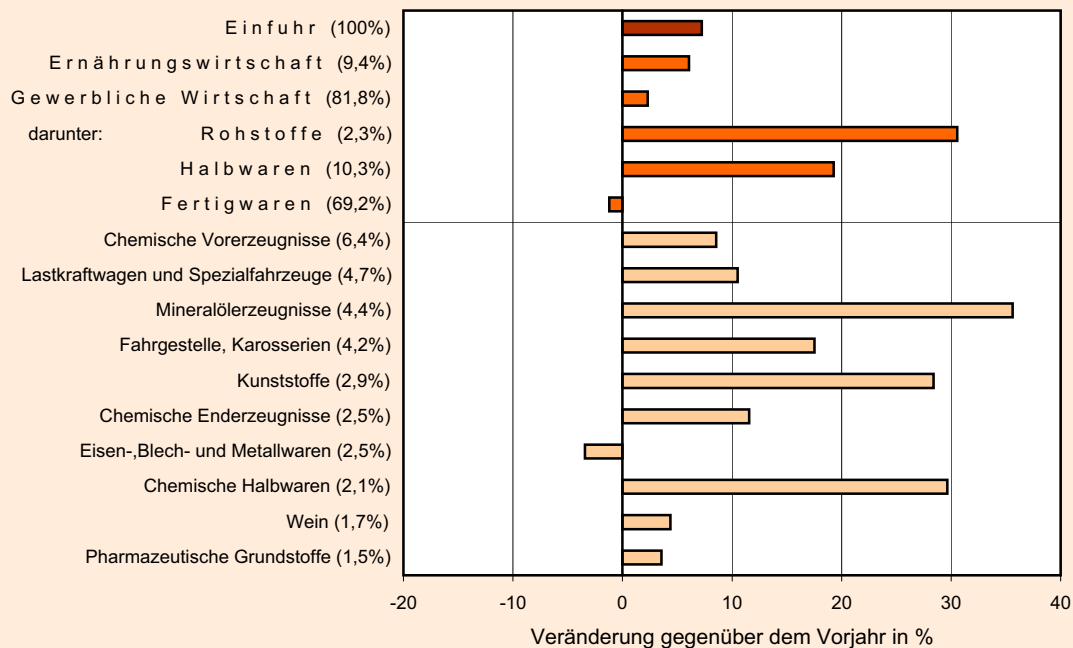


Quelle: Europäische Zentralbank.

**Ausfuhr (nominal) aus Rheinland-Pfalz - Warengruppen<sup>1)</sup>**  
(März 2004 - Februar 2005)

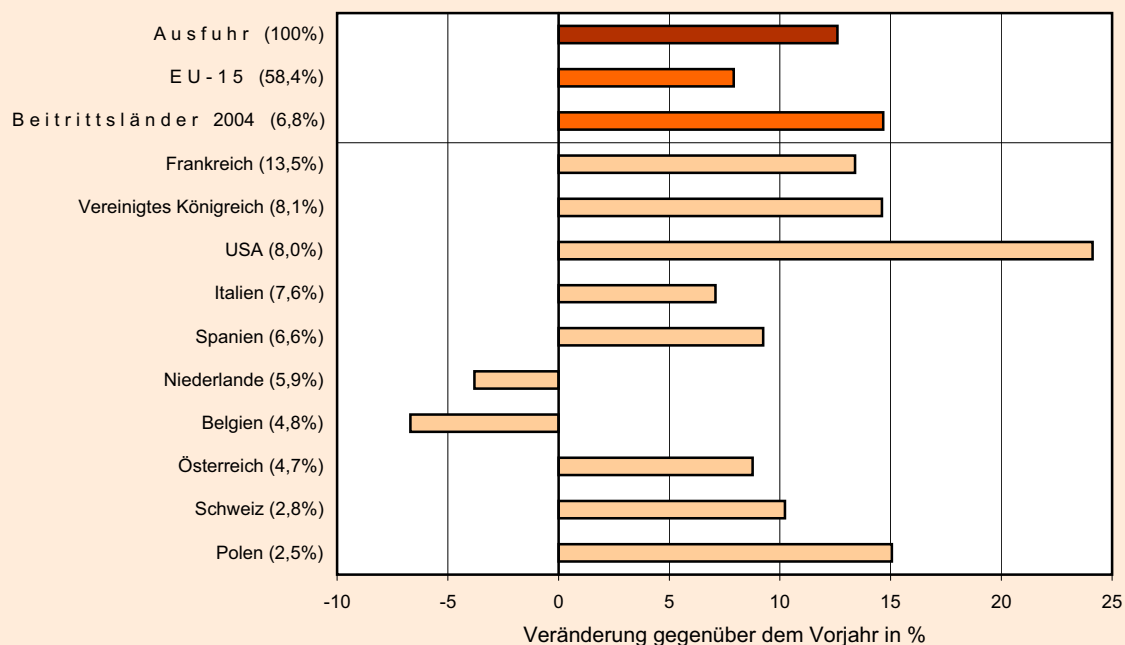


**Einfuhr (nominal) nach Rheinland-Pfalz - Warengruppen<sup>1)</sup>**  
(März 2004 - Februar 2005)

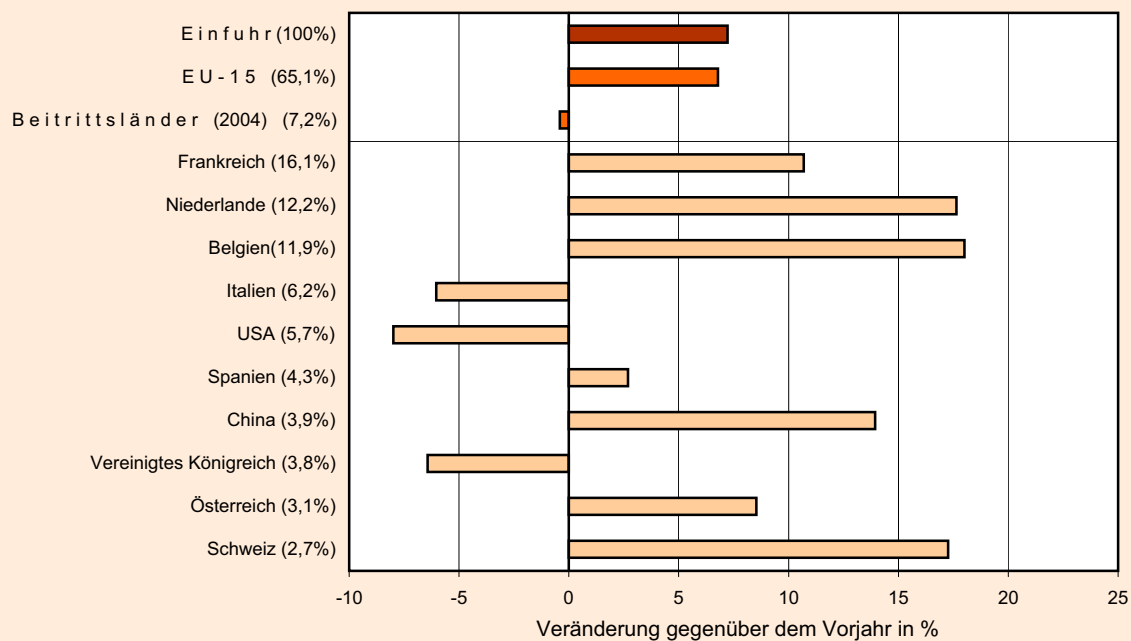


1) Die Abstufung der zehn wichtigsten Warenuntergruppen erfolgt nach dem Anteil am Warenwert insgesamt 2004.

### Ausfuhr (nominal) aus Rheinland-Pfalz - Bestimmungsländer<sup>1)</sup> (März 2004 - Februar 2005)

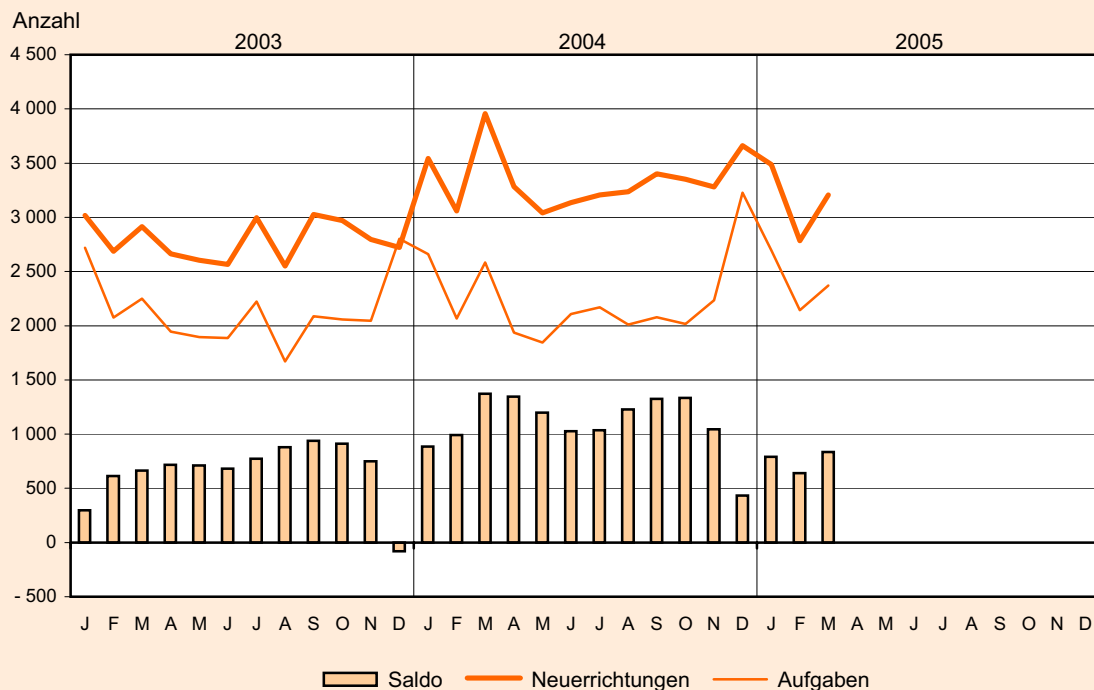


### Einfuhr (nominal) nach Rheinland-Pfalz - Herkunftsländer<sup>1)</sup> (März 2004 - Februar 2005)

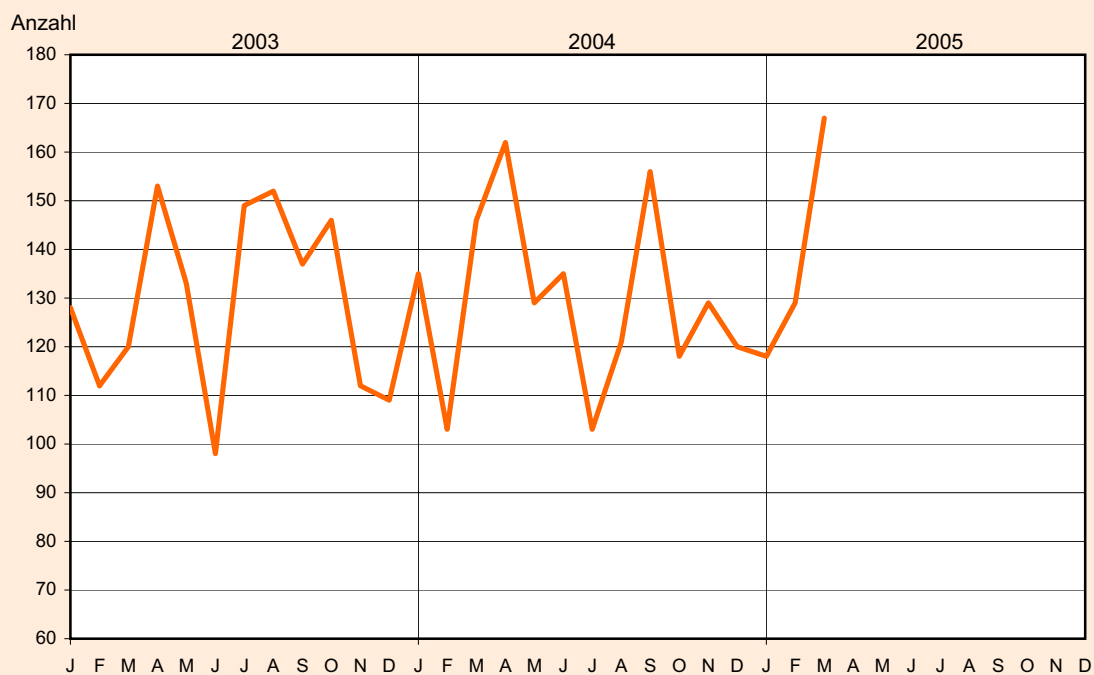


1) Die Abstufung der zehn wichtigsten Länder erfolgt nach dem Anteil am Warenwert insgesamt 2004.

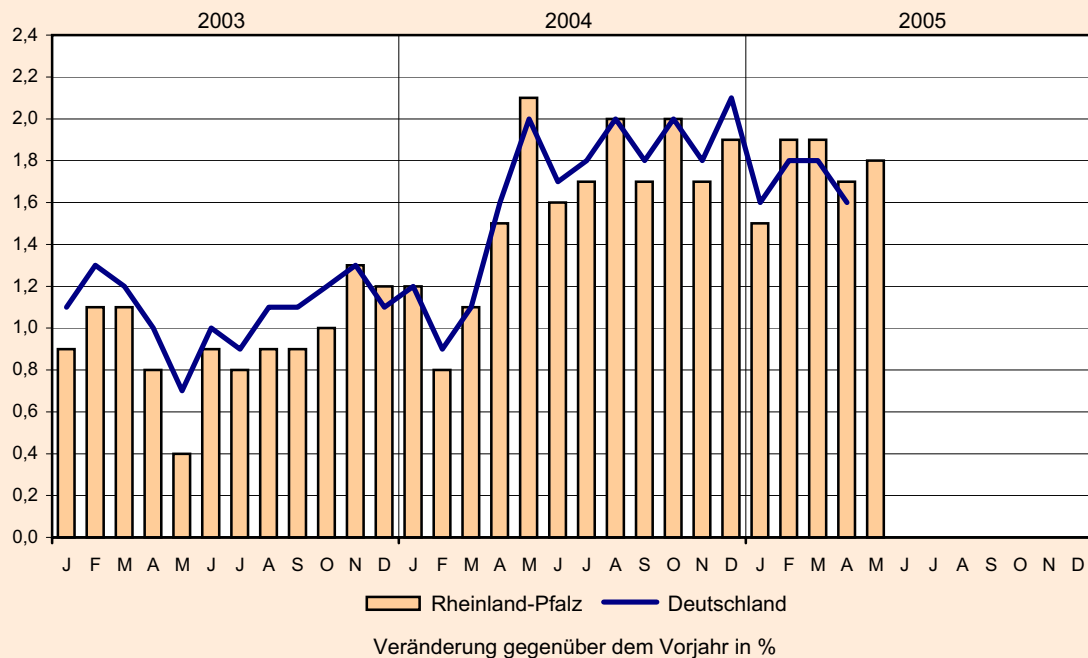
## Gewerbeanzeigen in Rheinland-Pfalz



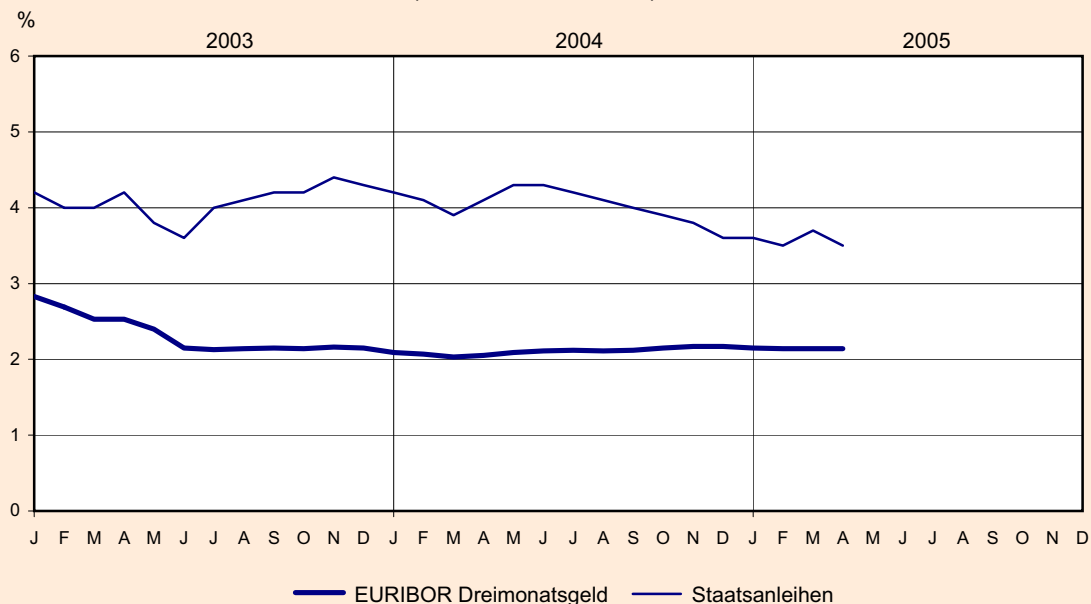
## Unternehmensinsolvenzen in Rheinland-Pfalz



### Verbraucherpreisindex in Rheinland-Pfalz und in Deutschland



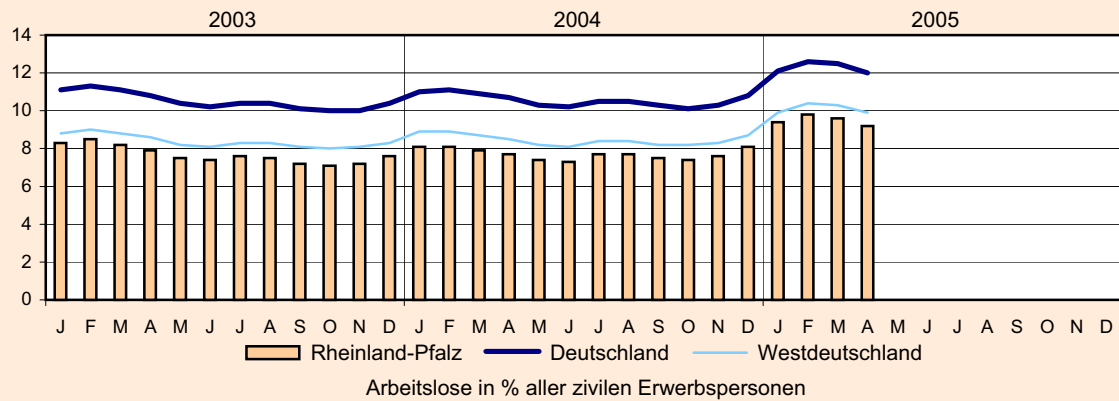
### Geldmarktsätze EURIBOR Staatsanleihen mit 10-jähriger Restlaufzeit (Monatsdurchschnitt)



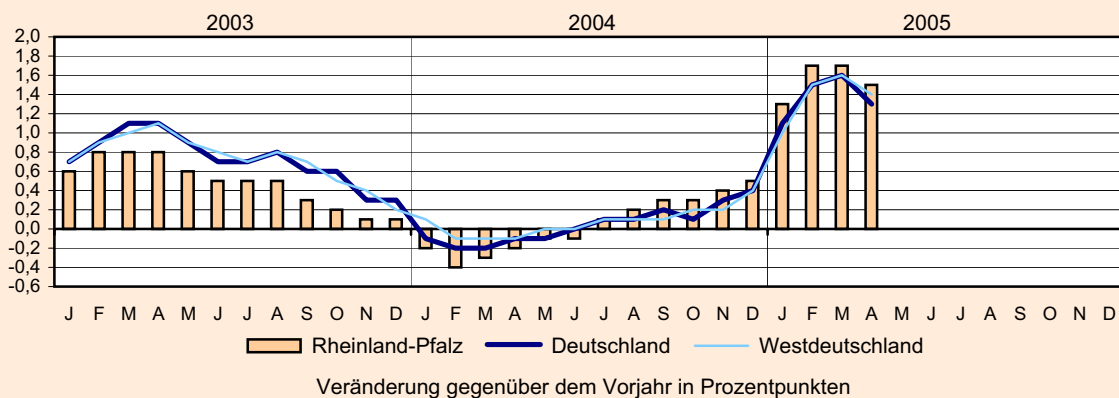
Quelle: Deutsche Bundesbank.



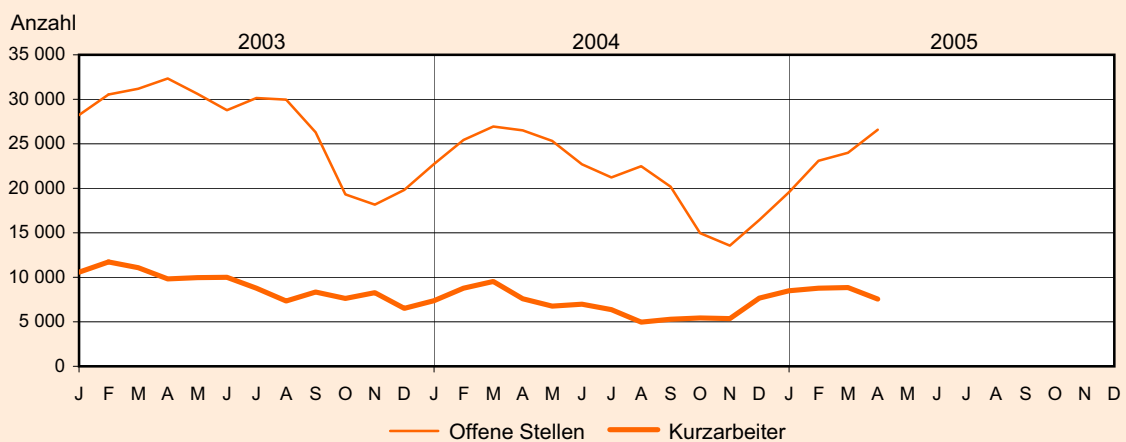
## Arbeitslosenquote in Rheinland-Pfalz, Deutschland und Westdeutschland<sup>1)</sup>



## Veränderung der Arbeitslosenquote in Rheinland-Pfalz, Deutschland und Westdeutschland<sup>1)</sup>

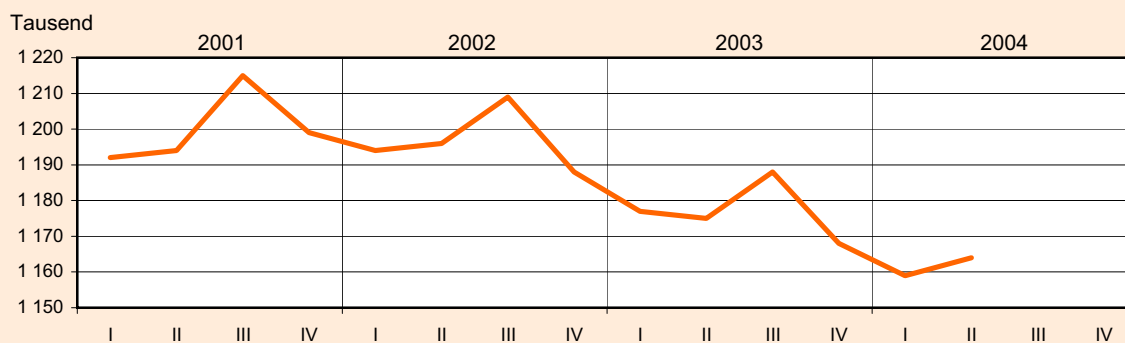


## Offene Stellen und Kurzarbeiter in Rheinland-Pfalz

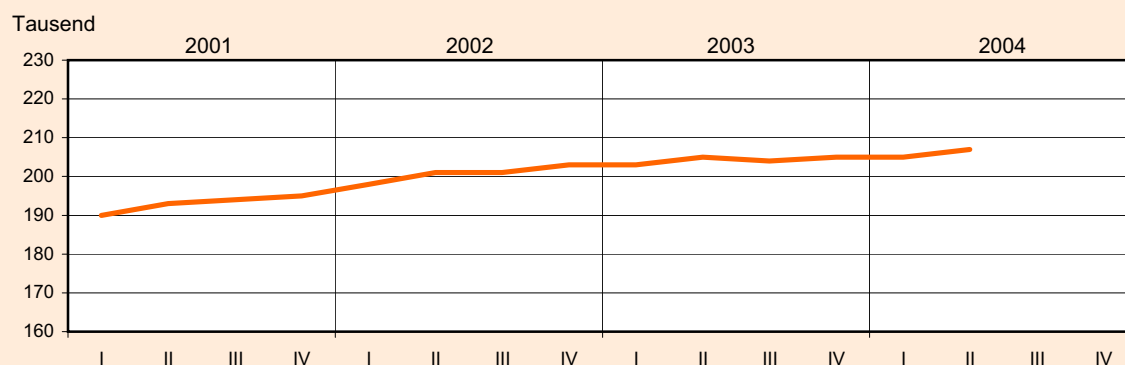


1) Vergleiche mit den Vorjahreszeiträumen sind wegen gesetzlicher Änderungen nur eingeschränkt möglich.

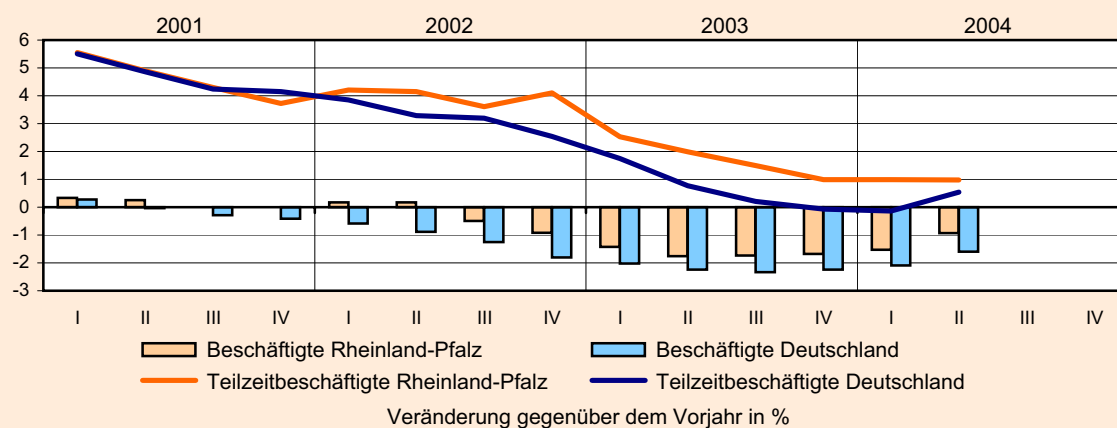
### Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort in Rheinland-Pfalz



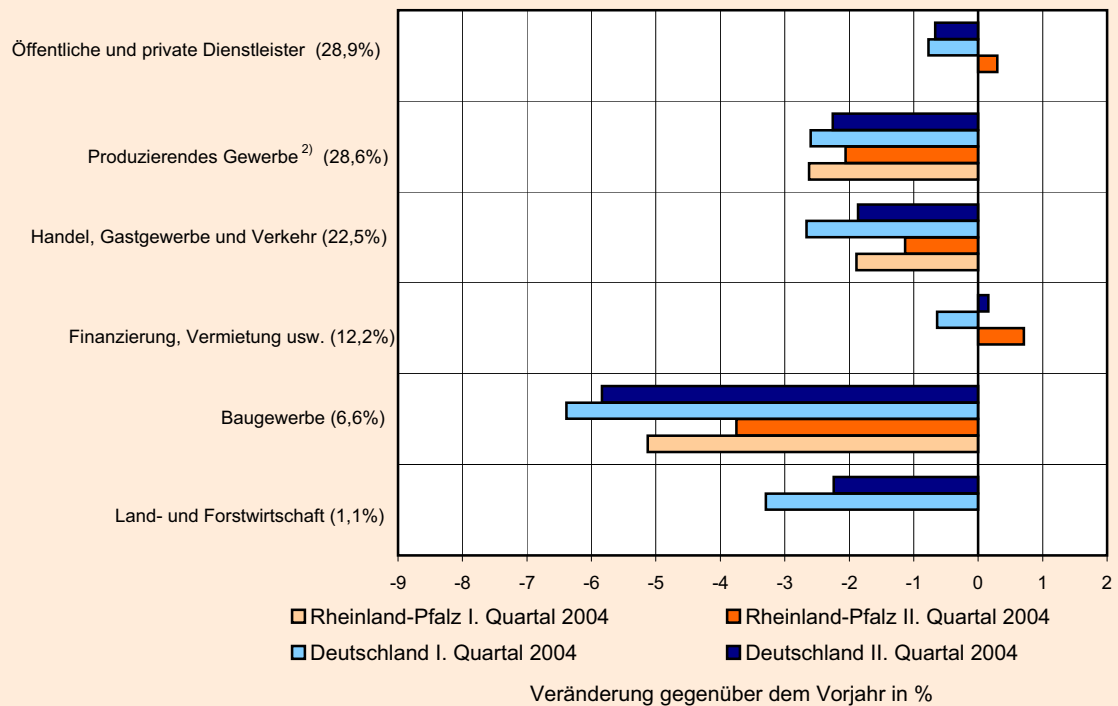
### Sozialversicherungspflichtig Teilzeitbeschäftigte am Arbeitsort in Rheinland-Pfalz



### Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte und Teilzeitbeschäftigte am Arbeitsort (Veränderungsraten)



## Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort nach Wirtschaftsbereichen<sup>1)</sup>



1) Die Abstufung der Wirtschaftsbereiche erfolgt zum Stand 30. Juni 2004. - 2) Ohne Baugewerbe.

Die Daten, auf die sich der Konjunkturteil stützt, haben den Stand 30. Mai 2005.

## Glossar

### Anleihen der öffentlichen Hand

Anleihen der öffentlichen Hand sind Wertpapiere mit festem oder variablem Nominalzinssatz und fester Laufzeit, die von Bund, Ländern, Kommunen und anderen öffentlichen Körperschaften ausgegeben werden. Der effektive Zinssatz (= Nominalzins\*100/Kurswert) einer solchen Anleihe mit zehnjähriger Restlaufzeit gilt als Indikator für das Niveau der langfristigen Zinsen in der Volkswirtschaft.

### Arbeitslose

Arbeitslose sind Arbeit suchende Personen bis zur Vollendung des 65. Lebensjahres, die vorübergehend nicht oder nur kurzzeitig in einem Beschäftigungsverhältnis stehen, die nicht Schüler, Studenten oder Teilnehmer an Maßnahmen der beruflichen Weiterbildung, nicht arbeitsunfähig erkrankt, nicht Empfänger von Altersrente sind und für eine Arbeitsaufnahme sofort zur Verfügung stehen.

### Arbeitslosenquote

Die Arbeitslosenquote ist der Quotient aus den registrierten Arbeitslosen und den abhängigen Erwerbspersonen oder alternativ allen zivilen Erwerbspersonen. Diese Quote ist ein wichtiger Indikator für die Auslastung des Arbeitskräftepotenzials und damit für die gesamtwirtschaftliche Situation in der Volkswirtschaft.

### Auftragseingang

Unter Auftragseingang versteht man alle im betreffenden Berichtsmonat beim Betrieb eingegangenen und fest akzeptierten Aufträge.

Zum Auftragseingang im Bauhauptgewerbe gehören alle Aufträge für baugewerbliche Leistungen entsprechend der Verdingungsordnung für Bauleistungen (ohne Umsatzsteuer).

Beim Auftragseingang im verarbeitenden Gewerbe handelt es sich um Aufträge für die Lieferung selbst hergestellter oder in Lohnarbeit von anderen in- oder ausländischen Firmen gefertigter Erzeugnisse. Der Auftragseingang im verarbeitenden Gewerbe wird in einem Wertindex (zu jeweiligen Preisen) auf der Basis des Jahres 2000 (d. h. 2000 = 100) ausgedrückt.

### Ausbaugewerbe

Das Ausbaugewerbe fasst Wirtschaftszweige zusammen, die überwiegend Ausbauarbeiten und entsprechende Reparatur- und Unterhaltungsarbeiten vornehmen. Hierzu gehören die „Bauinstallation“ und das „Sonstige Baugewerbe“, das u. a. das Maler- und Glasergerber, die Fußboden-, Fliesen- und Plattenlegerei, die Bautischlerei sowie die Gipserei und Verputzerei umfasst, sowie die „Vermietung von Baumaschinen und -geräten mit Bedienungspersonal“.

### Baugewerblicher Umsatz

Die dem Finanzamt für die Umsatzsteuer zu meldenden steuerbaren (steuerpflichtigen und steuerfreien) Beträge für Bauleistungen in Deutschland und die baugewerblichen Umsätze in Zollausschlussgebieten, wie z. B. deutsche Freihäfen, einschließlich Umsatz aus Nachunternehmertätigkeit und Vergabe von Teilleistungen an Nachunternehmer.

### Bauhauptgewerbe

Zum Bauhauptgewerbe gehören Unternehmen, die Hochbauten (einschließlich Fertigteilbauten) errichten, Tiefbauarbeiten oder bestimmte Spezialbauarbeiten ausführen.

### Beschäftigte

In den Erhebungen im Bergbau und verarbeitenden Gewerbe, im Baugewerbe sowie im Handel und Gastgewerbe zählen zu den Beschäftigten alle Personen, die am Monatsende in einem arbeitsrechtlichen Verhältnis zum Betrieb stehen, tätige Inhaber und Mitinhaber sowie unbezahlt mithelfende Familienangehörige, und zwar soweit sie mindestens ein Drittel der üblichen Arbeitszeit im Betrieb tätig sind.

Zum Personenkreis der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten zählen alle Arbeitnehmer, die kranken-, renten- und pflegeversicherungspflichtig und/oder beitragspflichtig zur Bundesagentur für Arbeit sind oder für die von den Arbeitgebern Beitragsanteile zu den gesetzlichen Rentenversicherungen zu entrichten sind.

Das Bruttoinlandsprodukt umfasst den Wert aller in einem abgegrenzten Wirtschaftsgebiet produzierten Waren und Dienstleistungen abzüglich der bei der Produktion verbrauchten Güter (Inlandskonzept). Es ist als Ausdruck der in einer bestimmten Region erbrachten wirtschaftlichen Leistung in erster Linie ein Produktionsindikator.

### Bruttoinlandsprodukt

Die Erwerbspersonen umfassen die abhängigen Erwerbstätigen (Beamte, Angestellte und Arbeiter), die Selbständigen, die mithelfenden Familienangehörigen sowie die Erwerbslosen.

### Erwerbspersonen

Die EURIBOR (= Euro Interbank Offered Rate) ist der Zinssatz, den europäische Banken voneinander beim Handel von Einlagen mit fester Laufzeit verlangen. Er wird als Indikator für die kurzfristigen Zinsen verwendet.

### EURIBOR

Hierbei handelt es sich um den von der Europäischen Zentralbank festgestellten Kurs des Euro zum US-Dollar.

### Euro-Referenzkurs

Die Exportquote einer Branche wird der Auslandsumsatz ins Verhältnis zum gesamten Branchenum-

### Exportquote

satz gesetzt. Sie ist ein Indikator für den Exporterfolg, aber auch für die Auslandsabhängigkeit der Branche.

## Gewerbeanzeigen

Zu den (Gewerbe-)Aufgaben zählen die Abmeldungen von Gewerbebetrieben wegen Aufgabe von Hauptniederlassungen, Zweigniederlassungen bzw. unselbständigen Zweigstellen.

Bei den (Gewerbe-)Neuerichtungen handelt es sich um erstmalige Anmeldungen von Gewerbebetrieben als Hauptniederlassungen, Zweigniederlassungen oder unselbständige Zweigstellen.

## ifo Geschäftsklima-Index

Der ifo Geschäftsklima-Index ist ein Frühindikator für die Konjunkturentwicklung. Zur Berechnung dieses Index befragt das ifo Institut für Wirtschaftsforschung in München jeden Monat mehr als 7 000 Unternehmen in Deutschland nach ihrer Einschätzung der Geschäftslage sowie ihren Erwartungen für die nächsten sechs Monate. Aus diesen Meldungen wird ein Index berechnet. Bei einer durchschnittlichen neutralen Einschätzung des Geschäftsklimas nimmt dieser „Stimmungsindex“ den Wert 100 an, bei einer schlechteren Einschätzung Werte darunter und bei einer besseren Einschätzung Werte darüber.

## Kurzarbeiter

Kurzarbeiter sind Arbeitnehmer, bei denen wegen eines vorübergehenden erheblichen Arbeitsausfalls ein Entgeltausfall vorliegt und die einen Anspruch auf Kurzarbeitergeld haben. Die Erfassung erfolgt zur Monatsmitte.

## Offene Stellen

Offene Stellen sind dem Arbeitsamt zur Vermittlung gemeldete Arbeitsplätze für namentlich nicht benannte Arbeitnehmer und Heimarbeiter. Erfasst werden nur offene Stellen, für die eine Beschäftigung von mehr als sieben Kalendertagen vorgesehen ist.

## Produktivität

Aus den Ergebnissen des Monatsberichts im verarbeitenden Gewerbe bzw. im Bauhauptgewerbe lassen sich hilfsweise allgemeine Aussagen über die Produktivität ableiten, indem etwa der Umsatz in Bezug zu den Beschäftigten gesetzt wird. Bei der Ermittlung einer solchen Produktivitätskennziffer lässt sich somit keine rein mengenmäßige Relation darstellen.

Die Produktivität ist grundsätzlich als Maßzahl zu verstehen, welche die Produktionsausbringung ins Verhältnis zu den Einsatzmengen der Produktionsfaktoren setzt. Sie ist also ein Indikator für die Ergiebigkeit ökonomischer Aktivitäten und kann für einzelne Betriebe, für Branchen oder für eine ganze Volkswirtschaft berechnet werden.

## Produzierendes Gewerbe

Zum produzierenden Gewerbe gehören alle Unternehmen, deren wirtschaftliche Tätigkeit überwiegend darin besteht, Elektrizität, Gas, Fernwärme und Wasser zu erzeugen bzw. zu gewinnen und zu verteilen sowie Waren zu gewinnen bzw. zu be- oder verarbeiten. Das produzierende Gewerbe umfasst den Bergbau und die Gewinnung von Steinen und Erden, das verarbeitende Gewerbe, das Baugewerbe sowie die Elektrizitäts-, Gas-, Fernwärme- und Wasserversorgung.

## Teilzeitbeschäftigte

Grundsätzlich liegt Teilzeitbeschäftigung vor, wenn die Arbeitszeit weniger als 18 Stunden beträgt. Eine Teilzeitbeschäftigung kann aber auch bei einer Beschäftigung von 18 Stunden und mehr vorliegen, soweit es sich um keine Vollbeschäftigung handelt.

## Umsatz

Als Umsatz gilt, unabhängig vom Zahlungseingang, der Gesamtbetrag der im Berichtszeitraum abgerechneten Lieferungen und Leistungen an Dritte (ohne Umsatzsteuer) einschließlich der steu-

erfreien Umsätze, der Handelsumsätze sowie der Erlöse aus Lieferungen und Leistungen an Verkaufsgesellschaften, an denen das Unternehmen beteiligt ist. Einzubeziehen sind auch getrennt in Rechnung gestellte Kosten für Fracht, Porto und Verpackungen, der Eigenverbrauch sowie die private Nutzung von firmeneigenen Sachen mit ihrem buchhalterischen Wert. Preisnachlässe und der Wert der Retouren sind von den fakturierten Werten abzusetzen.

Der Umsatz mit dem Ausland ergibt sich aus direkten Lieferungen und Leistungen an Empfänger, die im Ausland ansässig sind, sowie aus Lieferungen an Exporteure, welche die bestellten Waren ohne Be- und Verarbeitung in das Ausland ausführen.

## Unternehmensinsolvenzen

Als Insolvenz wird die Zahlungsunfähigkeit oder Überschuldung eines Schuldners bezeichnet, wobei ein Gericht um Regelung zur gemeinschaftlichen Befriedigung der Gläubiger bemüht wird.

## Verarbeitendes Gewerbe

Zum verarbeitenden Gewerbe (einschließlich Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden) gehören alle Unternehmen, deren wirtschaftliche Tätigkeit überwiegend darauf gerichtet ist, Erzeugnisse zu be- und verarbeiten, und zwar überwiegend mit dem Ziel, andere Produkte herzustellen. Die Tätigkeit kann aber auch darin bestehen, Erzeugnisse zu veredeln, zu montieren oder zu reparieren. Das verarbeitende Gewerbe ist Teil des produzierenden Gewerbes.

## Verbraucherpreisindex

Der Verbraucherpreisindex (früher: Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte) misst die durchschnittliche Entwicklung der Preise aller Waren und Dienstleistungen, die von privaten Haushalten für Konsumzwecke gekauft werden. Der Verbraucherpreisindex ist ein Indikator für die Geldwertstabilität in der Volkswirtschaft.



## **Zahlenspiegel Rheinland-Pfalz**



Der Zahlenspiegel für Rheinland-Pfalz dokumentiert die wichtigsten Ergebnisse überwiegend monatlicher Statistiken. Es werden dabei die letzten aktuell vorliegenden vier Monate sowie drei der vergleichbaren Vorjahresmonate nachgewiesen. Bei vierteljährlich vorliegenden Ergebnissen werden die jeweils aktuellsten sieben Quartale veröffentlicht.

Die mit einem Stern \* gekennzeichneten Merkmale weisen alle Bundesländer in ihrem Zahlenspiegel nach. Davon nicht veröffentlicht werden in Rheinland-Pfalz die hier zu Lande unbedeutende Geflügelfleischerzeugung und der Preisindex für Wohngebäude, der für Rheinland-Pfalz nicht gesondert berechnet wird.

BEVÖLKERUNG	Einheit	2002	2003		2004				2005
		Durchschnitt	Nov.	Dez.	Jan.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.
* Bevölkerung am Monatsende	1 000	4 058 <sup>1)</sup>	4 059 <sup>1)</sup>	4 057	4 059	4 058	4 061	4 061	...
darunter Ausländer <sup>2)</sup>	1 000	312 <sup>1)</sup>	313 <sup>1)</sup>	318	313	318	318	312	...
<b>Natürliche Bevölkerungsbewegung <sup>3)</sup></b>									
* Eheschließungen <sup>4)</sup>	Anzahl	1 733	1 677	1 119	2 403	578	1 713	1 196	2 819
* Lebendgeborene <sup>5)</sup>	Anzahl	2 895	2 840	2 555	2 731	2 237	2 707	2 745	3 343
je 1 000 Einwohner u. 1 Jahr		8,6	8,4	7,7	7,9	6,5	7,8	8,2	9,7
* Gestorbene (ohne Totgeborene) <sup>6)</sup>	Anzahl	3 556	3 661	3 531	3 732	3 543	3 225	3 533	3 953
je 1 000 Einwohner u. 1 Jahr	Anzahl	10,5	10,8	10,6	10,8	10,3	9,4	10,6	11,5
* darunter im 1. Lebensjahr									
Gestorbene <sup>6)</sup>	Anzahl	13	14	12	16	11	10	10	11
je 1 000 Lebendgeborene <sup>7)</sup>	Anzahl	4,6	4,9	3,8	6,6	4,9	3,7	3,6	3,3
* Überschuss der Geborenen (+) bzw. Gestorbenen (-)	Anzahl	- 661	- 821	- 976	- 1 001	- 1 306	- 518	- 788	- 610
je 1 000 Einwohner u. 1 Jahr	Anzahl	- 2,0	- 2,4	- 2,9	- 2,9	- 3,8	- 1,5	- 2,4	- 1,8
<b>Wanderungen</b>									
* Zuzüge über die Landesgrenze	Anzahl	9 258	8 406	8 352	10 116	7 411	8 886	8 209	7 670
* darunter aus dem Ausland <sup>8)</sup>	Anzahl	2 694	2 346	2 307	2 461	2 018	2 548	2 215	1 729
* Fortzüge über die Landesgrenze	Anzahl	7 875	7 505	6 987	7 736	6 912	7 953	7 532	7 078
* darunter in das Ausland <sup>8)</sup>	Anzahl	1 724	1 849	1 963	2 337	1 996	2 102	2 715	2 321
* Wanderungsgewinn (+) bzw. -verlust (-)	Anzahl	1 382	900	1 365	2 380	499	933	677	592
* Innerhalb des Landes Umgezogene <sup>9)</sup>	Anzahl	12 953	12 821	13 491	19 145	12 092	12 734	13 941	15 711
<b>ERWERBSTÄTIGKEIT</b>									
<b>Beschäftigte</b>		2001	2002	2003				2004	
		30.6.	31.12.	31.3.	30.6.	30.9.	31.12.	31.3.	30.6.
* Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort <sup>10)</sup>	1 000	1 194	1 196	1 188	1 177	1 175	1 188	1 168	1 159
* Frauen	1 000	525	532	535	531	527	531	527	524
* Ausländer/-innen	1 000	78	76	72	72	72	73	69	69
* Teilzeitbeschäftigte	1 000	193	201	203	203	205	204	205	205
* darunter Frauen	1 000	169	176	177	178	179	178	179	179
davon nach Wirtschaftsbereichen									
* Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	1 000	13	14	12	12	13	13	11	12
* produzierendes Gewerbe ohne Baugewerbe	1 000	358	351	347	343	340	342	338	334
* Baugewerbe	1 000	88	85	81	78	80	82	77	74
* Handel, Gastgewerbe und Verkehr	1 000	268	271	268	265	265	268	262	260
* Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleistungen	1 000	138	141	142	141	141	144	141	141
* öffentl. und private Dienstleister	1 000	327	334	338	337	335	338	338	337

1) Statt Monatsdurchschnitt: Bevölkerung am 31. Dezember. – 2) Quelle: Bevölkerungsfortschreibung. Einbürgerungen können erst zum Jahresende berücksichtigt werden. – 3) 2004 vorläufige Ergebnisse. – 4) Nach dem Ereignisort. – 5) Nach der Wohngemeinde der Mutter. – 6) Nach der Wohngemeinde des Verstorbenen. – 7) Unter Berücksichtigung der Geburtenentwicklung in den vorhergehenden 12 Monaten. – 8) Ohne ungeklärte Fälle und Fälle ohne Angabe. – 9) Ohne innerhalb der Gemeinde Umgezogene. – 10) Insgesamt einschließlich Personen "ohne Angabe" zur Wirtschaftsgliederung.

Arbeitsmarkt <sup>1)</sup>	Einheit	2003	2004				2005			
		Durchschnitt	Febr.	März	April	Jan.	Febr.	März	April	
* Arbeitslose <sup>2)</sup>	Anzahl	154 664	155 111	164 799	159 251	156 080	190 105	197 023	193 821	184 656
* Frauen	Anzahl	66 055	66 311	66 866	65 779	66 014	82 387	86 010	85 378	83 625
* Männer	Anzahl	88 609	88 800	97 933	93 472	90 066	107 718	111 013	108 443	101 031
darunter										
Bauberufe	Anzahl	8 181	8 265	10 732	9 658	8 460	12 017	12 335	12 104	9 913
industrielle u. handwerk. Berufe	Anzahl	44 796	44 605	49 115	47 240	45 607	54 757	57 434	56 660	53 741
* Arbeitslosenquote <sup>2(3)</sup>	%	8,5	8,6	9,1	8,8	8,6	10,5	10,9	10,7	10,2
* Frauen	%	7,8	7,8	7,9	7,8	7,8	9,7	10,1	10,0	9,8
* Männer	%	9,2	9,2	10,2	9,7	9,3	11,2	11,6	11,3	10,5
* Ausländer/-innen	%	17,7	17,7	18,8	18,5	18,1	22,5	23,8	23,7	23,0
* Jüngere unter 25 Jahren	%	8,1	8,3	8,6	8,2	7,9	11,5	12,7	12,0	11,0
* Kurzarbeiter/-innen	Anzahl	9 170	6 844	8 789	9 529	7 604	8 503	8 760	8 840	7 547
* Gemeldete Stellen	Anzahl	27 293	21 679	25 444	26 953	26 505	19 570	23 081	23 999	26 573
darunter										
Bauberufe	Anzahl	473	299	336	355	390	274	548	833	1 235
industrielle u. handwerk. Berufe	Anzahl	5 473	4 429	4 199	4 272	4 694	3 461	4 336	4 994	5 789
BAUTÄTIGKEIT (Baugenehmigungen)										
Baugenehmigungen für Wohngebäude		2003	2004				2005			
		Durchschnitt	Jan.	Febr.	März	Dez.	Jan.	Febr.	März	
* Wohngebäude (Neubau)										
insgesamt	Anzahl	988	828	1 940	1 258	1 051	763	950	618	704
davon mit ...										
* 1 oder 2 Wohnungen	Anzahl	949	790	1 887	1 213	1 007	730	923	593	679
3 und mehr Wohnungen <sup>4)</sup>	Anzahl	39	38	53	45	44	33	27	25	25
davon										
öffentl. Bauherren u. Organisa-	Anzahl	1	2	2	1	2	2	2	1	3
tionen ohne Erwerbszweck										
Unternehmen	Anzahl	125	97	234	110	132	86	58	66	104
private Haushalte	Anzahl	862	729	1 704	1 147	917	675	890	551	597
Wohnungen in Wohngebäuden	Anzahl	1 322	1 154	2 362	1 622	1 416	1 198	1 207	797	1 024
* Umbauter Raum	1 000 m³	952	810	1 778	1 210	1 029	810	913	599	668
* Wohnfläche	1 000 m²	172	147	316	216	190	143	163	109	123
Wohnräume	Anzahl	7 525	6 416	14 094	9 376	8 255	6 128	7 049	4 727	5 217
* Veranschlagte Kosten der Bauwerke	Mill. EUR	217	184	400	275	230	185	209	137	155
Baugenehmigungen für Nichtwohngebäude										
* Nichtwohngebäude (Neubau)										
insgesamt	Anzahl	128	130	109	101	135	131	80	99	112
davon										
öffentl. Bauherren und Organisa-	Anzahl	15	16	15	10	15	15	11	18	17
tionen ohne Erwerbszweck										
Unternehmen	Anzahl	106	105	90	81	106	113	69	78	92
private Haushalte	Anzahl	6	10	4	10	14	3	-	3	3
Wohnungen in Nichtwohngebäuden	Anzahl	16	15	10	6	18	25	8	21	8
* Umbauter Raum	1 000 m³	661	662	370	451	548	811	442	478	714
* Nutzfläche	1 000 m²	98	98	60	67	84	132	64	82	95
* Veranschlagte Kosten der Bauwerke	Mill. EUR	67	67	40	51	61	80	37	68	70
Genehmigte Wohnungen (Wohn- u. Nichtwohngebäude)										
* Wohnungen (Neubau u. Baumaß-										
nahmen an bestehenden Gebäuden)	Anzahl	1 491	1 314	2 556	1 773	1 579	1 287	1 329	912	1 243
* Wohnräume (einschließl. Küchen)	Anzahl	8 660	7 421	15 533	10 486	9 358	6 899	7 802	5 591	6 171

1) Quelle: Bundesagentur für Arbeit, Regionaldirektion Rheinland-Pfalz-Saarland. – 2) Ergebnisse ab Januar 2004 nach geändertem Verfahren (Data Warehouse-Lösung) und ohne Teilnehmer an Eignungsfeststellungs- und Trainingsmaßnahmen; ab Januar 2005 unter Einschluss der Grundsicherung für Arbeits-suchende. Umstellungsbedingt sind die Ergebnisse nur vorläufig. – 3) Arbeitslose in Prozent der abhängigen zivilen Erwerbspersonen. – 4) Einschließlich Wohnheime.

LANDWIRTSCHAFT	Einheit	2003	2004					2005		
		Durchschnitt	Jan.	Febr.	März	Dez.	Jan.	Febr.	März	
* Schlachtmengen (ohne Geflügel) <sup>1)</sup>	t	10 393	10 830	11 255	9 967	11 586	11 877	10 624	10 096	11 022
darunter										
* Rinder (ohne Kälber)	t	2 693	2 752	2 983	2 575	3 036	3 474	2 517	2 589	2 772
* Kälber	t	18	20	12	13	20	46	12	11	27
* Schweine	t	7 595	7 968	8 197	7 266	8 454	8 248	7 966	7 438	8 104
* Eiererzeugung <sup>2)</sup>	1 000	9 621	9 535	9 084	8 787	10 833	9 844	9 721	11 068	11 585
Milcherzeugung (Anlieferung rheinland-pfälzischer Erzeuger an Molkereien)	t	64 148	63 617	64 428	60 411	63 701	63 008	65 212	59 280	65 777
PRODUZIERENDES GEWERBE										
Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden <sup>3)</sup>										
* Betriebe	Anzahl	2 260	2 184	2 193	2 184	2 177	2 179	2 127	2 126	2 116
* Beschäftigte <sup>4)</sup>	Anzahl	288 559	281 120	282 362	281 191	281 172	279 085	277 050	275 494	274 361
* darunter Arbeiter/-innen <sup>5)</sup>	Anzahl	180 771	175 217	175 915	174 867	175 250	173 519	172 201	170 652	170 021
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000 h	36 381	35 893	35 789	34 977	39 028	34 330	35 420	34 419	35 379
Bruttolohn- und -gehaltsumme	Mill. EUR	889	884	849	825	841	860	821	805	823
* Bruttolohnsumme	Mill. EUR	455	451	432	421	433	441	412	405	420
* Bruttogehaltsumme	Mill. EUR	434	433	416	405	408	419	409	400	403
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. EUR	5 230	5 508	4 737	5 110	6 036	5 647	5 143	5 283	5 812
davon										
Vorleistungsgüterproduzenten und Energie <sup>6)</sup>	Mill. EUR	2 779	2 953	2 663	2 757	3 265	2 823	2 726	2 790	3 076
Investitionsgüterproduzenten	Mill. EUR	1 366	1 477	1 069	1 342	1 623	1 653	1 373	1 443	1 591
Gebrauchsgüterproduzenten	Mill. EUR	116	115	104	109	138	113	114	113	113
Verbrauchsgüterproduzenten	Mill. EUR	968	962	901	902	1 010	1 057	929	937	1 032
darunter										
Herst. v. chem. Erzeugnissen	Mill. EUR	1 666	1 735	1 592	1 649	1 938	1 786	1 602	1 682	1 857
Fahrzeugbau	Mill. EUR	751	829	557	759	924	907	771	821	910
darunter										
* Auslandsumsatz	Mill. EUR	2 348	2 521	2 168	2 298	2 747	2 617	2 478	2 544	2 790
Exportquote <sup>7)</sup>	%	44,9	45,8	45,8	45,0	45,5	46,3	48,2	48,2	48,0
Index des Auftragseingangs im verarbeitenden Gewerbe (Volumenindex)	2000=100	99,6	106,8	105,1	104,0	120,8	103,0	113,3	112,9	115,5
davon										
Vorleistungsgüterproduzenten	2000=100	99,1	104,2	100,9	99,9	115,0	93,7	112,3	107,5	116,7
Investitionsgüterproduzenten	2000=100	100,5	111,4	111,5	111,4	130,4	121,8	113,8	122,6	112,9
Gebrauchsgüterproduzenten	2000=100	89,1	98,2	111,1	96,9	105,7	82,9	106,3	93,7	101,1
Verbrauchsgüterproduzenten	2000=100	103,1	108,1	104,0	103,2	125,5	96,0	120,4	117,0	123,7
darunter										
Herst. v. chem. Erzeugnissen <sup>8)</sup>	2000=100	102,3	109,4	107,6	103,6	119,9	97,9	132,8	122,2	134,6
Fahrzeugbau	2000=100	105,2	119,1	124,1	123,0	147,5	127,3	118,6	136,8	116,5
Energie- und Wasser- versorgung										
* Betriebe <sup>3)</sup>	Anzahl	87	86	86	86	86	85	86	86	86
* Beschäftigte <sup>3)4)</sup>	Anzahl	10 660	10 377	10 470	10 441	10 436	10 326	10 390	10 279	10 243
* Geleistete Arbeitsstunden <sup>3)</sup>	1 000 h	1 363	1 329	1 353	1 290	1 475	1 290	1 335	1 245	1 317
* Bruttolohn- und -gehaltsumme <sup>3)</sup>	Mill. EUR	34	33	30	36	30	31	30	33	30
Stromerzeugung in öffentlichen Energieversorgungsunter- nehmen <sup>9)</sup>										
* Bruttostromerzeugung	Mill. kWh	640	668	863	797	638	760	762	652	699
Nettostromerzeugung	Mill. kWh	624	651	841	778	625	743	747	641	668

1) Aus gewerblichen Schlachtungen von Tieren in- und ausländischer Herkunft (Rinder, Schweine, Schafe, Pferde, Ziegen); einschließlich Schlachtfetten, jedoch ohne Innereien. – 2) Erzeugte Eier in Betrieben bzw. Unternehmen mit mindestens 3 000 Hennenhaltungsplätzen; einschließlich Junghennen-, Bruch- und Knickeiern. – 3) Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. – 4) Einschließlich der tätigen Inhaber. – 5) Einschließlich der gewerblich Auszubildenden. – 6) Ohne Energie- und Wasserversorgung. – 7) Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz. – 8) Ab Januar 2005 aufgrund erfassungstechnischer Änderungen mit früheren Ergebnissen nur bedingt vergleichbar. – 9) Kraftwerke mit mehr als 1 MW Kraftwerksleistung.

Baugewerbe	Einheit	2003	2004					2005		
		Durchschnitt		Jan.	Febr.	März	Dez.	Jan.	Febr.	März
<b>Bauhauptgewerbe</b> (Vorbereitende Baustellen- arbeiten, Hoch- und Tief- bau) <sup>1)</sup>										
* Beschäftigte <sup>2)</sup>	Anzahl	39 526	38 163	37 837	36 574	38 892	36 744	35 498	34 635	34 571
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000 h	3 967	3 780	2 484	2 925	4 038	2 935	2 358	2 055	2 871
davon										
* Wohnungsbau	1 000 h	1 568	1 543	1 081	1 226	1 680	1 158	979	863	1 168
* gewerblicher Bau <sup>3)</sup>	1 000 h	995	931	690	776	1 017	752	666	591	730
* öffentlicher und Straßenbau	1 000 h	1 404	1 305	713	923	1 341	1 025	713	601	973
darunter Straßenbau	1 000 h	639	599	248	366	611	451	268	230	435
Bruttolohn- und -gehaltssumme	Mill. EUR	90	85	77	72	82	85	70	60	67
* Bruttolohnsumme	Mill. EUR	67	63	55	50	59	63	50	40	47
* Bruttogehaltssumme	Mill. EUR	23	22	22	21	22	22	20	20	20
* Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. EUR	332	343	214	208	322	538	198	170	229
davon										
* Wohnungsbau	Mill. EUR	106	116	65	71	110	217	64	58	79
* gewerblicher Bau <sup>3)</sup>	Mill. EUR	92	86	61	62	94	108	54	47	68
* öffentlicher und Straßenbau	Mill. EUR	133	140	88	75	118	213	80	65	82
darunter Straßenbau	Mill. EUR	56	57	29	24	40	83	34	17	30
<b>Ausbaugewerbe/ Bauinstallation und sons- tiges Ausbaugewerbe</b> <sup>4) 5)</sup>										
		2003	2004	2003		2004		2005		
		Durchschnitt		3.Quartal	4.Quartal	1.Quartal	2.Quartal	3.Quartal	4.Quartal	1.Quartal
Betriebe <sup>6)</sup>	Anzahl	368	332	368	365	331	331	334	331	319
* Beschäftigte <sup>2) 6)</sup>	Anzahl	12 338	11 708	12 495	12 381	11 569	11 497	11 999	11 767	11 207
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000 h	3 677	3 558	3 813	3 715	3 446	3 467	3 681	3 636	3 330
Bruttolohn- und -gehaltssumme	Mill. EUR	80	77	80	86	73	75	78	83	72
* Bruttolohnsumme	Mill. EUR	57	55	58	62	52	54	56	59	51
* Bruttogehaltssumme	Mill. EUR	23	22	22	24	21	22	22	24	20
* Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. EUR	270	263	273	348	195	244	281	335	183
<b>HANDEL</b>										
<b>Großhandel</b> <sup>7)</sup>										
		2003	2004				2005			
		Durchschnitt		Jan.	Febr.	März	Dez.	Jan.	Febr.	März
* Beschäftigte	2000=100	86,7	84,5	85,0	85,1	85,0	83,7	...	...	...
darunter Teilzeitbeschäftigte	2000=100	92,2	96,4	94,4	95,4	96,0	95,9	...	...	...
* Umsatz nominal <sup>8)</sup>	2000=100	94,7	96,4	86,2	84,5	105,0	94,5	...	...	...
* Umsatz real <sup>9)</sup>	2000=100	92,2	92,1	84,2	82,2	100,8	90,1	...	...	...
<b>Einzelhandel</b> <sup>9)</sup>										
* Beschäftigte	2000=100	100,3	100,1	100,1	99,4	99,4	102,4	...	...	...
darunter Teilzeitbeschäftigte	2000=100	104,5	106,1	105,6	104,6	104,4	108,9	...	...	...
* Umsatz nominal <sup>8)</sup>	2000=100	101,3	101,5	94,9	88,4	103,7	119,7	...	...	...
* Umsatz real <sup>9)</sup>	2000=100	99,7	99,9	93,6	87,5	102,1	117,7	...	...	...
<b>Kfz-Handel u. Tankstellen</b> <sup>9) 10)</sup>										
* Beschäftigte	2000=100	101,0	102,8	100,8	100,6	100,9	104,4	...	...	...
darunter Teilzeitbeschäftigte	2000=100	103,0	112,3	109,7	109,1	109,6	112,8	...	...	...
* Umsatz nominal <sup>8)</sup>	2000=100	103,9	104,1	87,3	91,1	112,7	99,6	...	...	...
* Umsatz real <sup>9)</sup>	2000=100	101,5	100,5	84,5	88,0	108,9	96,6	...	...	...
<b>GASTGEWERBE</b> <sup>9)</sup>										
* Beschäftigte	2000=100	99,8	100,5	93,7	95,1	95,8	98,4	...	...	...
darunter Teilzeitbeschäftigte	2000=100	103,5	107,7	99,0	102,3	102,3	104,6	...	...	...
* Umsatz nominal <sup>8)</sup>	2000=100	99,4	95,4	82,2	81,0	86,0	88,3	...	...	...
* Umsatz real <sup>9)</sup>	2000=100	93,2	88,7	77,2	75,7	80,5	80,7	...	...	...

1) Nach der Totalerhebung hochgerechnete Ergebnisse; teilweise vorläufige Werte. – 2) Einschließlich der tätigen Inhaber. – 3) Einschließlich landwirtschaftlicher Bauten sowie Unternehmen der Bahn und Post. – 4) Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. – 5) Einschließlich Vermietung von Baumaschinen und -geräten mit Bedienungspersonal. – 6) Am Ende des Berichtszeitjahres. – 7) Einschließlich Handelsvermittlung. – 8) Ohne Umsatzsteuer. – 9) Ohne Reparatur von Gebrauchsgütern. – 10) Sowie Instandhaltung und Reparatur von Kfz.

TOURISMUS <sup>1)</sup>	Einheit	2003		2004				2005				
		Durchschnitt	Jan.	Febr.	März	Dez.	Jan.	Febr.	März			
		* Gästeankünfte	1 000	561	580	272	326	410	366	310	350	443
		* darunter von Auslandsgästen	1 000	123	130	55	79	76	85	65	84	87
		* Gästeübernachtungen	1 000	1 657	1 652	779	915	1 097	974	850	953	1 249
		* darunter von Auslandsgästen	1 000	375	376	134	220	200	213	162	232	219
		VERKEHR										
		Straßenverkehrsunfälle										
		2002	2003		2004				2005			
		Durchschnitt	Dez.	Jan.	Febr.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.			
* Unfälle mit Personenschaden und Sachschaden <sup>2)</sup>	Anzahl	2 401	2 357	2 203	2 021	1 675	2 223	2 218	2 015	1 765		
* darunter Unfälle mit Personenschaden	Anzahl	1 548	1 540	1 319	1 086	966	1 378	1 265	1 177	976		
* Getötete Personen	Anzahl	30	30	28	23	18	19	17	27	15		
darunter												
Pkw-Insassen	Anzahl	18	17	24	14	9	12	7	19	8		
Benutzer motorisierter Zweiräder	Anzahl	6	6	-	1	-	3	1	-	-		
Radfahrer	Anzahl	2	2	1	-	1	1	-	2	-		
Fußgänger	Anzahl	4	3	3	7	8	2	8	5	6		
* Verletzte Personen	Anzahl	2 043	2 042	1 768	1 385	1 289	1 780	1 666	1 548	1 310		
dar. schwer verletzte Personen	Anzahl	406	409	346	256	237	289	305	255	220		
darunter												
Pkw-Insassen	Anzahl	202	203	230	155	144	176	208	170	131		
Benutzer motorisierter Zweiräder	Anzahl	90	95	31	21	20	42	22	24	16		
Radfahrer	Anzahl	49	51	17	15	19	28	16	15	17		
Fußgänger	Anzahl	44	40	54	51	45	27	47	34	30		
Kraftfahrzeuge												
* Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge	Anzahl	15 836	13 931	10 093	10 551	10 980	12 899	12 846	10 203	10 294		
darunter												
Krafträder	Anzahl	889	898	169	233	499	203	231	299	405		
* Personenkraftwagen <sup>3)</sup>	Anzahl	13 776	11 897	8 944	9 307	9 564	11 581	11 561	8 812	8 933		
* Lastkraftwagen	Anzahl	803	741	735	669	602	832	751	738	563		
* Zugmaschinen	Anzahl	197	196	155	205	185	181	163	256	248		
Personenbeförderung												
2003	2004	2003		2004				2005				
Durchschnitt		3.Quartal	4.Quartal	1.Quartal	2.Quartal	3.Quartal	4.Quartal	1.Quartal				
Beförderte Personen im Linienverkehr	1 000	.	69 121	.	.	71 535	70 036	62 460	72 451	...		
Personenkilometer <sup>4)</sup>	Mill.	.	643	.	.	623	654	517	776	...		
Binnenschifffahrt												
2002	2003	2004				2005						
Durchschnitt		Dez.	Jan.	Febr.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.				
* Gütereingang	1 000 t	1 239	1 125	1 009	1 095	1 055	1 352	1 200	1 274	1 198		
* Güterversand	1 000 t	785	756	669	696	788	884	754	774	816		
AUSSENHANDEL <sup>5)</sup>												
Ausfuhr (Spezialhandel)												
* Insgesamt	Mill. EUR	2 213	2 383	2 156	2 366	2 433	2 763	2 733	2 756	2 689		
darunter												
* Güter der Ernährungswirtschaft	Mill. EUR	152	162	133	134	140	165	138	141	135		
* Güter der gewerbl. Wirtschaft	Mill. EUR	2 061	2 157	1 939	2 117	2 174	2 446	2 471	2 480	2 425		
* Rohstoffe	Mill. EUR	18	19	18	15	18	15	25	21	15		
* Halbwaren	Mill. EUR	78	83	68	81	137	110	102	110	92		
* Fertigwaren	Mill. EUR	1 965	2 055	1 854	2 021	2 019	2 320	2 344	2 349	2 318		
* Vorerzeugnisse	Mill. EUR	609	669	537	700	619	722	751	655	693		
* Enderzeugnisse	Mill. EUR	1 356	1 387	1 317	1 321	1 401	1 599	1 593	1 694	1 625		

1) Betriebe ab 9 Betten; einschließlich Campingplätzen (Touristik-Camping). – 2) Schwerwiegender Unfall mit Sachschaden (im engeren Sinne) und sonstiger Sachschaden unter Alkoholeinwirkung. – 3) Fahrzeuge zur Personenbeförderung mit höchstens 8 Sitzplätzen außer dem Fahrersitz. – 4) Verkehrsleistung, berechnet aus Anzahl der Fahrgäste und Fahrtweiten. – 5) Wegen der unterschiedlichen Abgrenzung von Spezialhandel und Generalhandel ist eine Saldierung der Ein- und Ausfuhrergebnisse nicht vertretbar.

noch AUSSENHANDEL <sup>1)</sup> Ausfuhr (Spezialhandel)	Einheit	2002	2003		2004				2005	
		Durchschnitt	Dez.	Jan.	Febr.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.	
davon nach										
* Europa	Mill. EUR	1 645	1 780	1 603	1 754	1 838	2 111	1 788	1 961	1 906
* darunter in EU-Länder <sup>2)</sup>	Mill. EUR	1 331	1 590	1 416	1 581	1 646	1 894	1 540	1 758	1 689
Belgien	Mill. EUR	146	142	122	125	117	142	133	133	137
Luxemburg	Mill. EUR	29	31	33	24	35	42	40	29	32
Dänemark	Mill. EUR	32	33	26	36	30	43	27	46	33
Finnland	Mill. EUR	17	20	16	17	16	24	18	24	19
Frankreich	Mill. EUR	296	317	297	329	339	372	315	402	362
Griechenland	Mill. EUR	23	23	15	26	21	31	28	40	43
Großbritannien	Mill. EUR	177	190	154	185	203	239	195	216	212
Irland	Mill. EUR	9	11	10	11	12	11	8	13	12
Italien	Mill. EUR	182	186	156	190	192	217	165	187	190
Niederlande	Mill. EUR	134	154	137	145	183	154	149	150	133
Österreich	Mill. EUR	98	114	115	110	103	140	115	110	109
Schweden	Mill. EUR	37	44	47	46	41	73	48	46	69
Spanien	Mill. EUR	130	153	130	156	164	199	136	175	157
Portugal	Mill. EUR	19	19	14	24	20	17	12	19	15
* Afrika	Mill. EUR	47	50	53	41	50	44	76	67	65
* Amerika	Mill. EUR	241	260	214	257	252	271	482	358	366
darunter nach USA und Kanada	Mill. EUR	180	201	164	184	187	215	411	281	278
* Asien	Mill. EUR	260	271	257	282	269	312	360	328	323
darunter nach Japan	Mill. EUR	44	50	37	66	55	54	60	63	55
* Australien, Ozeanien und übrigen Gebieten	Mill. EUR	18	22	27	30	23	26	27	41	29
Einfuhr (Generalhandel)										
* Insgesamt	Mill. EUR	1 473	1 558	1 547	1 456	1 555	1 859	1 531	1 618	1 626
darunter										
* Güter der Ernährungswirtschaft	Mill. EUR	147	157	172	168	169	183	158	161	153
* Güter der gewerbl. Wirtschaft	Mill. EUR	1 326	1 328	1 298	1 161	1 246	1 496	1 224	1 314	1 326
davon										
* Rohstoffe	Mill. EUR	41	37	17	17	51	51	70	56	60
* Halbwaren	Mill. EUR	176	165	139	153	164	237	151	195	199
* Fertigwaren	Mill. EUR	1 109	1 126	1 141	991	1 031	1 208	1 003	1 062	1 067
davon										
* Vorerzeugnisse	Mill. EUR	275	275	240	235	266	321	297	304	283
* Enderzeugnisse	Mill. EUR	834	851	902	756	765	886	707	758	784
davon aus										
* Europa	Mill. EUR	1 164	1 244	1 197	1 104	1 267	1 492	1 227	1 275	1 306
* darunter aus EU-Ländern <sup>2)</sup>	Mill. EUR	941	1 133	1 105	1 010	1 153	1 352	1 102	1 135	1 163
Belgien	Mill. EUR	147	163	136	156	233	225	205	185	186
Luxemburg	Mill. EUR	27	26	21	29	22	31	20	27	39
Dänemark	Mill. EUR	33	31	57	20	31	38	32	30	36
Finnland	Mill. EUR	7	8	22	4	6	7	6	8	7
Frankreich	Mill. EUR	217	240	250	225	256	283	250	238	250
Griechenland	Mill. EUR	3	4	3	3	6	4	6	3	4
Großbritannien	Mill. EUR	68	70	55	57	53	60	59	65	57
Irland	Mill. EUR	12	20	25	45	16	6	9	20	6
Italien	Mill. EUR	104	111	96	89	97	116	100	99	95
Niederlande	Mill. EUR	168	174	171	155	169	270	148	204	214
Österreich	Mill. EUR	46	50	48	34	43	56	56	53	49
Schweden	Mill. EUR	31	37	36	19	28	39	33	25	37
Spanien	Mill. EUR	59	69	61	61	73	68	60	69	65
Portugal	Mill. EUR	18	14	11	7	10	11	8	8	9
* Afrika	Mill. EUR	29	24	20	29	20	27	29	30	33
* Amerika	Mill. EUR	126	138	174	180	111	146	124	145	127
darunter aus USA und Kanada	Mill. EUR	106	111	149	154	91	116	98	114	93
* Asien	Mill. EUR	148	147	152	140	152	191	147	165	158
darunter aus Japan	Mill. EUR	31	31	28	20	26	30	20	26	23
* Australien, Ozeanien und übrigen Gebieten	Mill. EUR	6	4	4	3	5	2	4	3	2
GEWERBEANZEIGEN <sup>3)</sup>		2003	2004				2005			
		Durchschnitt	Jan.	Febr.	März	Dez.	Jan.	Febr.	März	
* Gewerbebeanmeldungen	Anzahl	3 278	3 879	4 226	3 570	4 587	4 274	4 247	3 281	3 764
* Gewerbeabmeldungen	Anzahl	2 658	2 798	3 360	2 594	3 257	3 919	3 479	2 703	2 944

1) Wegen der unterschiedlichen Abgrenzung von Spezialhandel und Generalhandel ist eine Saldierung der Ein- und Ausfuhrergebnisse nicht vertretbar. –

2) Ab Januar 2004 einschließlich der im Mai 2004 beigetretenen Länder. – 3) Ohne Automatenaufsteller und Reisegewerbe.



INSOLVENZEN	Einheit	2003	2004					2005		
		Durchschnitt	Jan.	Febr.	März	Dez.	Jan.	Febr.	März	
* Insgesamt	Anzahl	399	456	395	417	481	464	455	476	619
davon										
* Unternehmen	Anzahl	129	130	135	103	146	120	118	129	167
* Verbraucher	Anzahl	155	201	160	185	195	202	206	214	287
* ehemals selbstständig Tätige	Anzahl	100	113	81	114	129	126	115	121	143
* sonstige natürliche Personen, <sup>1)</sup>										
Nachlässe	Anzahl	16	13	19	15	11	16	16	12	22
* Voraussichtliche Forderungen	Mill. EUR	121	118	70	128	110	147	80	105	224
HANDWERK <sup>2)</sup>		2003	2004	2003		2004				2005
		Durchschnitt		3.Quartal	4.Quartal	1.Quartal	2.Quartal	3.Quartal	4.Quartal	1.Quartal
* Beschäftigte <sup>3)</sup>	2003=100 <sup>4)</sup>	98,1	81,4	100,0	96,6	93,1	92,7	95,4	93,0	90,4
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	2003=100 <sup>5)</sup>	100,0	88,1	103,4	109,2	85,4	98,2	98,4	104,9	79,2
PREISE		2003	2004			2005				
		Durchschnitt	März	April	Mai	Febr.	März	April	Mai	
* Verbraucherpreisindex	2000=100	104,3	106,0	105,6	105,8	106,1	107,2	107,6	107,6	108,0
VERDIENSTE <sup>6)</sup>		2002	2003		2004				2005	
		Durchschnitt	Juli	Okt.	Jan.	April	Juli	Okt.	Jan.	
* Bruttonomatsverdienste der Arbeiter im produzierenden Gewerbe	EUR	2 465	2 531	2 559	2 540	2 504	2 599	2 578	2 575	2 502
* Männer	EUR	2 537	2 602	2 632	2 611	2 574	2 675	2 651	2 645	2 566
* Frauen	EUR	1 853	1 909	1 916	1 925	1 910	1 930	1 933	1 950	1 936
* Bruttostundenverdienste der Arbeiter im produzierenden Gewerbe	EUR	15,00	15,38	15,48	15,37	15,48	15,67	15,53	15,53	15,59
* Männer	EUR	15,41	15,79	15,89	15,76	15,91	16,09	15,92	15,91	15,99
darunter										
Facharbeiter	EUR	16,51	16,96	17,10	16,87	16,99	17,20	16,99	17,02	17,05
angelernte Arbeiter	EUR	14,73	15,12	15,19	15,19	15,36	15,60	15,45	15,40	15,44
Hilfsarbeiter	EUR	12,48	12,60	12,62	12,64	12,68	12,66	12,69	12,64	12,66
* Frauen	EUR	11,48	11,78	11,85	11,84	11,82	11,90	11,96	12,03	12,01
darunter Hilfsarbeiterinnen	EUR	10,66	10,97	11,03	11,05	11,02	11,04	11,11	11,15	11,11
Bezahlte Wochenarbeitszeit	h	37,8	37,9	38,0	38,0	37,2	38,2	38,2	38,2	36,9
Arbeiter	h	37,9	37,9	38,1	38,1	37,2	38,3	38,3	38,3	36,9
Arbeiterinnen	h	37,2	37,3	37,2	37,4	37,2	37,3	37,2	37,3	37,1
* Bruttonomatsverdienste der Angestellten im produzierenden Gewerbe	EUR	3 572	3 686	3 689	3 736	3 766	3 785	3 779	3 769	3 788
* Männer	EUR	3 849	3 957	3 960	4 009	4 053	4 069	4 059	4 048	4 058
* Frauen	EUR	2 776	2 888	2 899	2 930	2 927	2 946	2 963	2 966	2 990
* kaufmännische Angestellte	EUR	3 284	3 394	3 395	3 431	3 442	3 475	3 486	3 479	3 508
Männer	EUR	3 779	3 882	3 874	3 915	3 945	3 981	3 991	3 974	3 998
Frauen	EUR	2 712	2 821	2 832	2 858	2 848	2 872	2 885	2 891	2 915
* technische Angestellte	EUR	3 798	3 909	3 917	3 970	4 020	4 028	4 012	4 002	4 009
Männer	EUR	3 882	3 991	3 999	4 052	4 104	4 110	4 091	4 083	4 087
Frauen	EUR	3 014	3 136	3 144	3 194	3 225	3 233	3 259	3 250	3 275
* Bruttonomatsverdienste der Angestellten in Handel; Instandhaltung und Reparaturen von Kfz und Verbrauchsgütern; Kredit- und Versicherungsgewerbe	EUR	2 687	2 780	2 760	2 850	2 871	2 857	2 871	2 900	2 911
* Männer	EUR	2 982	3 068	3 047	3 142	3 164	3 139	3 162	3 197	3 199
* Frauen	EUR	2 303	2 393	2 367	2 461	2 476	2 474	2 475	2 500	2 517
* kaufmännische Angestellte	EUR	2 700	2 791	2 766	2 867	2 893	2 883	2 895	2 925	2 935
Männer	EUR	3 060	3 133	3 105	3 215	3 246	3 223	3 242	3 278	3 283
Frauen	EUR	2 308	2 401	2 375	2 470	2 486	2 487	2 486	2 512	2 524
* Bruttonomatsverdienste aller Angestellten im produzierenden Gewerbe; in Handel; Instandhaltung und Reparaturen von Kfz und Verbrauchsgütern; Kredit- und Versicherungsgewerbe	EUR	3 140	3 246	3 247	3 294	3 323	3 324	3 327	3 336	3 355

1) Beispielsweise Gesellschafter oder Mithafter. – 2) Ohne handwerkliche Nebenbetriebe. – 3) Am Ende eines Berichtsvierteljahres. – 4) 30. September. – 5) Vierteljahresdurchschnitt. – 6) Zum Bruttoverdienst gehören alle vom Arbeitgeber laufend gezahlten Beträge, nicht die einmaligen Zahlungen wie 13. Monatsgehalt, Gratifikationen, Jahresabschlussprämien u.Ä. sowie Spesenersatz, Trennungsentschädigungen, Auslösungen usw.

GELD UND KREDIT <sup>1)</sup>	Einheit	2002	2003			2004				2005
		Durchschnitt	30.9.	31.12.	31.3.	30.6.	30.9.	31.12.	31.3.	
<b>Kredite an Nichtbanken</b>	Mill. EUR	112 680	112 290	108 375	112 393	112 230	112 953	113 075	114 728	...
kurzfristige Kredite (bis 1 Jahr)	Mill. EUR	13 677	13 598	12 693	12 574	12 674	12 524	12 154	12 506	...
mittelfristige Kredite (über 1 bis 5 Jahre)	Mill. EUR	10 931	10 550	10 490	10 702	10 424	9 987	9 817	9 525	...
langfristige Kredite (über 5 Jahre)	Mill. EUR	88 072	88 142	85 192	89 117	89 132	90 442	91 104	92 697	...
Kredite an inländische Nichtbanken	Mill. EUR	106 124	106 069	102 136	106 242	106 093	106 903	107 220	109 173	...
davon an										
Unternehmen und Privatpersonen	Mill. EUR	93 391	92 487	89 272	92 997	93 207	93 794	94 260	94 486	...
öffentliche Haushalte	Mill. EUR	12 734	13 582	12 864	13 245	12 886	13 109	12 960	14 687	...
Kredite an ausländische Nichtbanken	Mill. EUR	6 556	6 221	6 239	6 151	6 137	6 050	5 855	5 555	...
<b>Einlagen u. aufgenommene Kredite von Nichtbanken</b>	Mill. EUR	80 199	84 173	83 980	86 842	86 538	87 046	87 280	89 470	...
Sichteinlagen	Mill. EUR	20 241	22 733	22 381	24 439	23 574	24 394	24 049	24 721	...
Termineinlagen	Mill. EUR	24 329	25 982	26 445	26 769	27 559	27 485	28 049	28 883	...
Sparbriefe	Mill. EUR	5 581	5 215	5 132	5 130	5 044	5 061	5 182	5 349	...
Spareinlagen	Mill. EUR	30 049	30 243	30 022	30 504	30 361	30 106	30 000	30 517	...
Einlagen von inländischen Nichtbanken	Mill. EUR	77 570	81 610	81 484	84 429	83 882	84 093	84 568	86 930	...
davon von										
Unternehmen und Privat- personen	Mill. EUR	75 384	79 251	79 023	81 863	82 012	82 095	82 700	84 934	...
öffentlichen Haushalten	Mill. EUR	2 186	2 360	2 461	2 566	1 870	1 998	1 868	1 996	...
Einlagen von ausländischen Nichtbanken	Mill. EUR	2 629	2 563	2 496	2 413	2 656	2 953	2 712	2 540	...
<b>STEUERN</b>		2003	2004				2005			
		Durchschnitt	Febr.	März	April	Jan.	Febr.	März	April	
<b>Aufkommen nach Steuerarten</b>										
<b>Gemeinschaftsteuern</b>	Mill. EUR	2 084	2 091	2 215	1 560	1 875	1 904	2 263	1 564	1 693
Steuern vom Einkommen	Mill. EUR	733	691	795	273	370	597	832	332	315
Lohnsteuer	Mill. EUR	636	573	846	412	435	474	809	409	424
Einnahmen aus der Lohnsteuerzerlegung	Mill. EUR	121	115	394	-	-	-	364	-	-
veranlagte Einkommensteuer	Mill. EUR	5	7	- 83	- 267	- 95	3	- 38	- 209	- 57
Kapitalertragsteuer	Mill. EUR	36	51	13	10	14	41	13	12	34
Zinsabschlag	Mill. EUR	23	20	26	7	8	84	32	10	9
Einnahmen aus der Zinsabschlagzerlegung	Mill. EUR	5	9	16	-	-	-	24	-	-
Körperschaftsteuer	Mill. EUR	33	41	- 6	112	7	- 5	17	110	- 96
Einnahmen aus der Körperschaftsteuer- zerlegung	Mill. EUR	- 10	2	- 1	-	-	-	13	-	-
Steuern vom Umsatz	Mill. EUR	1 351	1 400	1 420	1 287	1 505	1 307	1 431	1 232	1 379
Umsatzsteuer	Mill. EUR	354	365	433	258	323	359	463	274	299
Einfuhrumsatzsteuer	Mill. EUR	997	1 035	987	1 029	1 182	948	968	958	1 080
<b>Zölle</b>	Mill. EUR	96	123	108	100	111	104	117	117	123
<b>Bundessteuern</b>	Mill. EUR	108	86	60	115	74	36	57	105	72
darunter										
Verbrauchssteuern (ohne Biersteuer)	Mill. EUR	66	44	19	68	48	- 0	12	55	49
Solidaritätszuschlag	Mill. EUR	33	32	20	38	18	29	22	41	15

1) Die Angaben umfassen die in Rheinland-Pfalz gelegenen Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute (ohne Landeszentralbank).

noch <b>STEUERN</b>	Einheit	2003	2004				2005				
		Durchschnitt	Febr.	März	April	Jan.	Febr.	März	April		
<b>Landessteuern</b> Vermögensteuer Erbschaftsteuer Grunderwerbsteuer Kraftfahrzeugsteuer Rennwett- und Lotteriesteuer Feuerschutzsteuer Biersteuer	Mill. EUR	77	99	73	107	84	73	84	94	79	
	Mill. EUR	1	0	1	0	0	0	0	- 0	0	
	Mill. EUR	10	30	8	19	12	7	11	18	9	
	Mill. EUR	15	16	16	24	16	16	19	14	13	
	Mill. EUR	33	35	31	41	39	37	35	42	42	
	Mill. EUR	13	14	15	16	13	9	16	14	12	
	Mill. EUR	1	1	0	3	0	0	0	4	0	
	Mill. EUR	3	3	3	3	3	3	3	2	3	
	2003	2004	2003		2004				2005		
	Durchschnitt		3.Quartal	4.Quartal	1.Quartal	2.Quartal	3.Quartal	4.Quartal	1.Quartal		
<b>Gemeindesteuern</b> Grundsteuer A Grundsteuer B Gewerbsteuer (brutto) sonstige Gemeindesteuern <sup>1)</sup>	Mill. EUR	350	404	376	341	355	447	367	445	438	
	Mill. EUR	5	5	6	3	4	5	5	4	5	
	Mill. EUR	97	99	108	88	91	107	107	90	92	
	Mill. EUR	240	291	254	243	251	323	245	346	333	
	Mill. EUR	10	9	8	6	8	13	9	6	8	
<b>Steuerverteilung</b>											
<b>Steuereinnahmen der Ge- meinden u. Gemeindeverb.</b> Gewerbsteuer (netto) <sup>2)</sup> Anteil an der Lohnsteuer und veranlagten Einkommensteuer Anteil an der Umsatzsteuer	Mill. EUR	546	600	558	663	468	609	546	777	543	
	Mill. EUR	160	230	169	113	227	262	173	257	291	
	Mill. EUR	247	230	239	405	127	191	222	379	130	
	Mill. EUR	29	28	28	47	11	31	29	41	17	
	2003	2004				2005					
<b>Steuereinnahmen des Landes</b> Landessteuern Anteil an den Steuern vom Einkommen Lohnsteuer veranlagte Einkommensteuer Kapitalertragsteuer Zinsabschlag Körperschaftsteuer Anteil an den Steuern vom Umsatz Umsatzsteuer Einfuhrumsatzsteuer Anteil an der Gewerbe- steuerumlage Gewerbsteuerumlage- Anhebung (FDE) Gewerbsteuerumlage- Anhebung (LFA) Gewerbsteuerumlage- Unternehmenssteuerreform	Mill. EUR	577	598	618	354	454	549	631	347	376	
	Mill. EUR	77	99	73	107	84	73	84	94	79	
	Mill. EUR	263	261	287	73	107	256	303	97	77	
	Mill. EUR	220	205	309	125	134	202	293	124	130	
	Mill. EUR	2	3	- 35	- 114	- 40	1	- 16	- 89	- 24	
	Mill. EUR	14	22	5	2	6	18	3	2	15	
	Mill. EUR	10	11	12	3	4	37	14	4	4	
	Mill. EUR	17	19	- 3	56	3	- 2	8	55	- 48	
	Mill. EUR	220	224	248	174	223	218	227	156	175	
	Mill. EUR	155	160	199	106	146	148	191	106	123	
	Mill. EUR	65	64	50	68	77	70	36	50	51	
	Mill. EUR	8	5	4	0	13	1	5	- 0	14	
	Mill. EUR	2	2	1	0	5	0	2	- 0	6	
	Mill. EUR	7	7	3	0	19	1	8	- 0	21	
	Mill. EUR	1	1	1	0	4	0	2	- 0	4	
	<b>Steuereinnahmen des Bundes</b> Bundessteuern Anteil an den Steuern vom Einkommen Anteil an den Steuern vom Umsatz Anteil an der Gewerbsteuer- umlage	Mill. EUR	1 116	1 071	1 075	858	967	977	1 163	901	1 034
		Mill. EUR	108	86	60	115	74	36	57	105	72
Mill. EUR		317	314	338	125	158	257	356	150	225	
Mill. EUR		683	667	672	619	722	683	745	646	723	
Mill. EUR		8	5	4	0	13	1	5	- 0	14	

1) Einschließlich Restabwicklung der Grunderwerbsteuer. – 2) Nach Abzug der Gewerbesteuerumlage.

## Rheinland-Pfalz

### Ein Ländervergleich in Zahlen

Mit dem Band „Rheinland-Pfalz – Ein Ländervergleich in Zahlen“ hat das Statistische Landesamt erstmals Merkmale aus Themenbereichen wie Bevölkerung, Soziales, Bildung, Wirtschaft, Arbeitsmarkt und Öffentliche Finanzen zu einem Bund-Länder-Vergleich zusammengestellt. Anhand übersichtlicher Grafiken werden die Ergebnisse aufgezeigt und kommentiert. Sie lassen Unterschiede der Bundesländer erkennen und sind Teil des Controllings in einem föderativen Gemeinwesen, das durch Zusammenarbeit und Solidarität, aber auch durch Wettbewerb gekennzeichnet ist. Um neben dem gegenwärtigen Stand auch Entwicklungen erkennen zu können, enthält der Band einen umfangreichen Tabellenteil, der sowohl die aktuellen Werte als auch die Zahlen der letzten Jahre aufweist.

Im Internet ([www.statistik.rlp.de](http://www.statistik.rlp.de)) steht die Veröffentlichung als PDF-Datei zum kostenlosen Download zur Verfügung.



Die Bestellung erleichtert Ihnen der folgende Vordruck. Sie können sich auch gerne per Fax: 02603 71-194322 oder E-Mail: [vertrieb@statistik.rlp.de](mailto:vertrieb@statistik.rlp.de) an uns wenden.

## Bestellschein

Statistisches Landesamt  
Rheinland-Pfalz  
- Vertrieb der Veröffentlichungen -  
56128 Bad Ems

### Statistisches Taschenbuch 2005

Das Statistische Taschenbuch liefert schnell und übersichtlich wesentliche Daten über Rheinland-Pfalz und gibt mit detaillierten Quellenangaben Hilfestellungen für tiefer gehende Recherchen. In 23 Kapiteln zeichnet diese Veröffentlichung ein umfassendes Bild des Landes, das von der Bevölkerung über die Bildung, die Wirtschaft und das Gesundheitswesen bis hin zu Verkehr und Umwelt alle wesentlichen Bereiche des Lebens darstellt.

Ein detailliertes Tabellen- und Stichwortverzeichnis hilft, die gesuchten Daten zu finden.

Flexible Möglichkeiten durch Verlinkung des Tabellen- und Stichwortverzeichnisses mit den Tabellen im PDF- und Excel-Format bietet die zum Taschenbuch gehörige CD.

Die gebundene Version ist zum Preis von 12 Euro erhältlich, die CD zum Preis von 10 Euro, Buch und CD zusammen gibt es schon für 17 Euro.

### Statistisches Taschenbuch Rheinland-Pfalz 2005



Statistisches Landesamt



## Anschrift

Name, Firma, Institution

Ansprechpartner

Straße

PLZ/Ort

Telefon/Fax/E-Mail

Datum, Unterschrift

### Hiermit bestelle ich:

Anzahl	Bestellnummer	Titel	Euro
	Z 2101	Statistisches Taschenbuch	12,00
	Z 2101C	CD - Statistisches Taschenbuch	10,00
		Statistisches Taschenbuch + CD	17,00
	Z 0106	Rheinland-Pfalz Ein Ländervergleich in Zahlen	11,50

Preise zuzüglich Versandkosten

## Mai

### STATISTISCHE BERICHTE

#### Bevölkerung, Gesundheitswesen, Gebiet, Erwerbstätigkeit

Bevölkerungsvorgänge im Jahr 2003 (Gebietsstand 31. Dezember 2003)  
Bestellnr.: A1023 200300

#### Produzierendes Gewerbe, Handwerk

Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden im Januar 2005  
Bestellnr.: E1023 200501

Ausbaugewerbe 2004 – Bauinstallation und sonstiges Baugewerbe (vierteljährliche Erhebung)  
Bestellnr.: E3013 200400

Ausbaugewerbe im 4. Quartal 2004 – Bauinstallation und sonstiges Baugewerbe  
Bestellnr.: E3023 200444

#### Handel, Tourismus, Gastgewerbe

Gäste und Übernachtungen im Fremdenverkehr im Februar 2005  
Bestellnr.: G4023 200502

#### Verkehr

Straßenverkehrsunfälle im Februar 2005  
Bestellnr.: H1023 200502

Bestand an Kraftfahrzeugen und Kfz-Anhängern am 1. Januar 2005  
Bestellnr.: H1033 200500

#### Preise und Preisindizes

Verbraucherpreisindex in Rheinland-Pfalz und Deutschland im April 2005  
Bestellnr.: M1013 200504

### SONSTIGE VERÖFFENTLICHUNGEN

Verzeichnis der Krankenhäuser, Vorsorge- und Rehabilitationseinrichtungen 2004 (E-Mail-Versand)  
Bestellnr.: A4214E 200400  
(auch auf CD-ROM erhältlich, Bestellnr.: A4214C 200400)

Rheinland-Pfalz – Ein Ländervergleich in Zahlen  
Bestellnr.: Z0106 200501  
(auch kostenloser Download unter [www.statistik.rlp.de](http://www.statistik.rlp.de))

Statistisches Taschenbuch Rheinland-Pfalz 2005  
Bestellnr.: Z2101 200500  
(auch auf CD-ROM erhältlich, Bestellnr.: Z2101C 200500)

Broschüre Rheinland-Pfalz heute 2004/2005  
Bestellnr.: Z2151 200500  
(auch kostenloser Download unter [www.statistik.rlp.de](http://www.statistik.rlp.de))

Faltblätter (auch kostenloser Download unter [www.statistik.rlp.de](http://www.statistik.rlp.de))

- Bauen und Wohnen 2004/2005
- Fremdenverkehr 2004/2005
- Landwirtschaft 2004/2005
- Mikrozensus 2004/2005
- Wirtschaft 2004/2005

#### Gemeinschaftsveröffentlichungen der statistischen Ämter des Bundes und der Länder

Entstehung, Verteilung und Verwendung des Bruttoinlandsprodukts in den Ländern und Ost-West-Großraumregionen Deutschlands 1991 bis 2004 – Reihe 1 Länderergebnisse, Band 5 (E-Mail-Versand)  
Bestellnr.: P1025E 200401

Die Veröffentlichungen können beim Statistischen Landesamt, Vertrieb der Veröffentlichungen, 56128 Bad Ems, bestellt werden.

Telefon: 02603 71-2450, Telefax: 02603 71-194322,  
E-Mail: [vertrieb@statistik.rlp.de](mailto:vertrieb@statistik.rlp.de).

Unter der Internetadresse [www.statistik.rlp.de](http://www.statistik.rlp.de) sind die Neuerscheinungen der letzten acht Wochen und das wöchentlich aktualisierte Verzeichnis aller Veröffentlichungen abrufbar.

## Impressum

Statistische Monatshefte Rheinland-Pfalz

Bestellnummer: Z 2201  
ISSN: 0174-2914

Herausgeber:  
Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz  
56128 Bad Ems  
Telefon: 02603 71-0, Telefax: 02603 71-3150  
E-Mail: [poststelle@statistik.rlp.de](mailto:poststelle@statistik.rlp.de)  
Internet: [www.statistik.rlp.de](http://www.statistik.rlp.de)

Redaktion: Dr. Birgit Hübbers

Layout, Satz und Vertrieb:  
Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Fotos: Achim Steinhäuser und Manfred Riege

Druck: Hessisches Statistisches Landesamt

Erscheinungsfolge: monatlich

Bezugspreis: Einzelheft 2,10 EUR  
Jahresabonnement 22,- EUR zuzüglich Versand

---

© Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz  
Bad Ems · 2005

Für nichtgewerbliche Zwecke sind Vervielfältigung und unentgeltliche Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet. Die Verbreitung, auch auszugsweise, über elektronische Systeme/Datenträger bedarf der vorherigen Zustimmung. Alle übrigen Rechte bleiben vorbehalten.